APRIL BIS JUNI 1996
2. Quartal 1996
6. Jahrgang Nr. 18
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

5,–DM

ZAG

ARRANCA! Fels - Antifa - AG



Thema: VietnamesInnen in Berlin

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 84 68
(in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo ab 17.30, di 16.00-19.00,
fr 14.30-17.30

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/64094
mo+fr 10.00-13.00, di+do
14.00-18.00 (sonst AB)

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/34 11 34
mi 16.00-18.00, sa 17.00-19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15.00-19.00, do 15.00-17.00

Dortmund
Antifa-Telefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di 10.00-12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon
0201/23 20 60
mo 13-19 Uhr, di-fr 16-19 Uhr

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches
Notruftelefon
0641/79 14 64
di 19.00-21.00, fr 19.00-23.00,
sa 11.00-13.00 und 19.00-23.00

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87, mo-sa 9.00-23.00

Heidelberg
Antirassistisches
Notruf- und Infotelefon
06221/290 82, werktags 19.00-7.00

Köln
Kölntelefon 0221/881022

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg
04131/40 54 10
fr 16-18 Uhr

Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon
0621/156 41 41
fr+sa 19.00-6.00,
so und mo 19.00-24.00
Infotelefon 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon,
089/543 96 12
mo 10.00-12.00, di 18.30-20.30
und fr 15.00-17.00

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/602 56
di 18.00-20.00, Fr 17.00-1.00

Nürnberg
Antirassistisches Telefon
0911/26 20 88 (mit Anrufbeantworter)
mo 10.00-12.00, di 19.00-21.00
fr 19.00-21.00

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16.00-19.00



Inhalt

ZAG

Zeitung antirassistischer Gruppen

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Andreas, Claudia, Heidje, Irmgard, Jürgen, Michael, Sabine, Stefan, Georg
FelS c/o LAZ, Crellestr. 22, 10827 Berlin

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.5.96

The Truth lies in Rostock

Denk ich an Deutschland in den Tagen nach dem Brand von Lübeck, so tritt mir immer wieder dieser Herr Kordus vor's innere Auge, der wie in Trance, wie unter Drogen, erklärte, er habe nach Hause fahren müssen, um sich ein frisches Hemd anzuziehen, während sich in Lichtenhagen die Polizei zurückzog, um einem Pogrom freien Lauf zu lassen, dem verglichen mit der heutigen Situation symbolischer Charakter beizumessen ist: Wie durch ein Wunder kam niemand zu Tode. Drei Jahre später wird an Grenzen, in Asylunterkünften, in Abschiebeknästen, in Untergeschossen von Flughäfen unter staatlicher Obhut gestorben. Regelmäßig und geordnet. An den einzelnen Toten wird das routinierte Überlesen und sofortige Vergessen der entsprechenden Fünfzeiler geübt, an den unübersehbaren Ereignissen (wie dem von Lübeck) die kollektive Bereitschaft, zukünftigen, noch ganz anderen Ungeheuerlichkeiten mit absurden Ersatzhandlungen zu begegnen, sie also effektiv unwidersprochen geschehen zu lassen. Ein Gespräch mit den jüngsten Opfern einer solchen Übung steht auf Seite fünf.

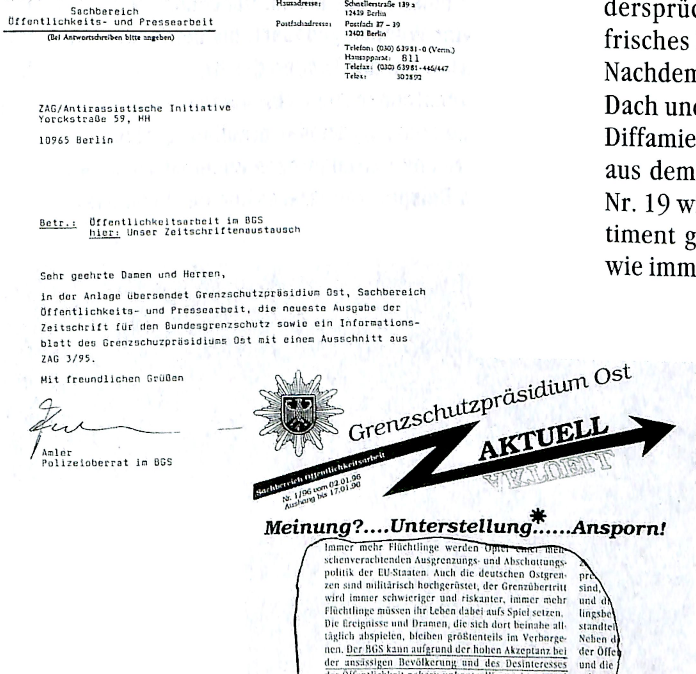
Zu unserem Schwerpunkt: Die Idee zu dieser Ausgabe entstand zwischen AG's der Antirassistischen Initiative und F.e.l.S., die gemeinsam zur Situation der VietnamesInnen in Berlin arbeiten, im Herbst 1995: Die Diffamierungskampagne läuft auf Hochtouren: »Kippen, Kanonen, Kokain« - in jedem U-Bahnhof ist beim flüchtigen Blick aus dem Waggon zu lesen, daß die »Mafia Mordsgeschäfte macht«. Das Rückübernahmeabkommen zwischen der BRD und Vietnam tritt in Kraft und bedroht seitdem die Ostberliner VietnamesInnen mit der Abschiebung - das alles vorbereitet durch »räumungsbeschleunigende Maßnahmen« des Berliner Senats und des Vermieters in den Wohnheimen der Ostberliner Trabantenstädte. Die Polizei jagt die mit Zigaretten handelnden VietnamesInnen. Einer wird lebensgefährlich angeschossen.

Mit dieser gemeinsamen Ausgabe von Arranca! und ZAG versuchen wir, die unterschiedlichen Lesezirkel anzusprechen und Diskussionen zu verbinden. Für uns stellte sich dabei auch die Frage nach einer gemeinsamen antifaschistischen und antirassistischen Praxis, die in der Gemeinschaftsausgabe »Deutscher Antirassismus« von ZAG und OFF LIMITS vom Frühjahr 1995 aufgeworfen wurde. Auf Seite 38 findet Ihr eine vorläufige Antwort der F.e.l.S. Antifa-AG darauf ...

Mehr als vorläufig kann sie wohl nicht sein, denn an einer erquicklichen Diskussionskultur gebricht es doch sehr. Die entwickelte sich nicht nur bei der Produktion dieses Hefts nicht so, wie wir es uns gewünscht hätten, sie macht sich auch im fortgesetzten Ausbleiben von Publikumsreaktionen bemerkbar. Aber halt, etwas Resonanz gibt es doch: Unsere uniformierte Leserschaft, der Bundesgrenzschutz (»Menschenjäger - ohne Zweifel!«) liest nicht nur ZAG, er zitiert uns sogar auf Aushängen in seinen Amtsstuben. Wie es dagegen im Außendienst (»Wir haben hier einen dicken Daimler mit einen Neger drin«) bei der korrekten Aufgabenerfüllung »mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates« zugeht, hat das Aachener Flüchtlingsplenum anhand von Funkverkehr dokumentiert (»Ohne blaues Auge? Schade«). Mehr dazu unter ›Kurz vorgestellt‹ auf Seite 49.

Was aber - um darauf zurückzukommen - die Debatte in zivili(siert)en Kreisen angeht: Schweigen im Walde, Erledigung durch Nichtbefassung. So kommt es, daß wir uns bisweilen fragen: Was machen wir hier eigentlich? Wer liest das ganze Zeug eigentlich noch? Was löst es für Widersprüche aus? Oder gar Handlungen? Jetzt bitte kein frisches Hemd anziehen ...

Nachdem die Abschiebeabkommen mit Vietnam unter Dach und Fach sind, muß für den Sommer mit einer neuen Diffamierungs- und Abschiebekampagne gegen Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gerechnet werden. ZAG Nr. 19 wird sich deshalb mit Krieg, Flucht und dem Ressentiment gegen die Flüchtenden beschäftigen und erscheint wie immer zu Pfingsten. Oder wenn der Flieder blüht.



GRENZSCHUTZPRÄSIDIUM OST
Sachbereich
Öffentlichkeits- und Pressearbeit
(Bei Antwortschreiben bitte angeben)

Berlin, den 03. 01. 1996
Hausadresse: Schnellerstraße 139 a, 12439 Berlin
Postfachadresse: Postfach 37 - 39, 12403 Berlin
Telefon: (030) 63981-0 (Verm.)
Hausapparat: 811
Telefax: (030) 63981-446/447
Telex: 303892

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstraße 59, HH

10965 Berlin

Betr.: Öffentlichkeitsarbeit im BGS
hier: Unser Zeitschriftenaustausch

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage übersendet Grenzschutzpräsidium Ost, Sachbereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit, die neueste Ausgabe der Zeitschrift für den Bundesgrenzschutz sowie ein Informationsblatt des Grenzschuzpräsidiums Ost mit einem Ausschnitt aus ZAG 3/95.

Mit freundlichen Grüßen

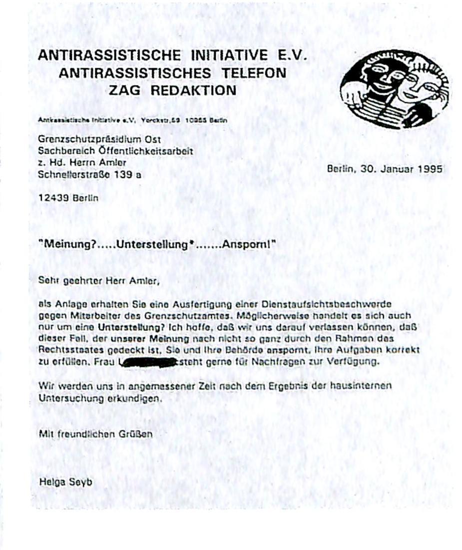
Amler
Polizeioberrat im BGS

Meinung?....Unterstellung*.....Ansporn!

Immer mehr Flüchtlinge werden Opfer einer menschenverachtenden Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik der EU-Staaten. Auch die deutschen Ostgrenzen sind militärisch hochgerüstet, der Grenzübertritt wird immer schwieriger und riskanter, immer mehr Flüchtlinge müssen ihr Leben dabei aufs Spiel setzen. Die Ereignisse und Dramen, die sich dort beinahe alltäglich abspielen, bleiben größtenteils im Verborgenen. Der BGS kann aufgrund der hohen Akzeptanz bei der ansässigen Bevölkerung und des Desinteresses der Öffentlichkeit nahezu unkontrolliert agieren, und gibt »besondere Vorfälle« wie Übergriffe, Verletzte und Tote nur dann bekannt, wenn diese von anderer Seite bereits nachgewiesen werden konnten.
Nicht zuletzt die Erfahrungen mit dem Fall der ertrunkenen tamilischen Flüchtlinge im August 1994 (siehe ZAG 13) lassen eine unabhängige und kontinuierliche Beobachtung der deutschen Ostgrenze unabdingbar erscheinen.
...ste Berichte, nach denen angespülte ...

aus: ZAG - Zeitung antirassistischer Gruppen, 3/95, Seite 9

* Eines ist gewiß: Da werden wir unsere Aufgaben mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates noch so korrekt erfüllen können, durch die "Brille" dieser Autoren wird das nie zu erkennen sein!



ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
ANTIRASSISTISCHES TELEFON
ZAG REDAKTION

Antirassistische Initiative e.V. Yorckstr.59 10965 Berlin

Grenzschutzpräsidium Ost
Sachbereich Öffentlichkeitsarbeit
z. Hd. Herrn Amler
Schnellerstraße 139 a

12439 Berlin

Berlin, 30. Januar 1995

"Meinung?.....Unterstellung*.......Ansporn!"

Sehr geehrter Herr Amler,

als Anlage erhalten Sie eine Ausfertigung einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Mitarbeiter des Grenzschutzamtes. Möglicherweise handelt es sich auch nur um eine Unterstellung? Ich hoffe, daß wir uns darauf verlassen können, daß dieser Fall, der unserer Meinung nach nicht so ganz durch den Rahmen des Rechtsstaates gedeckt ist, Sie und Ihre Behörde anspornt, Ihre Aufgaben korrekt zu erfüllen. Frau L[illegible]steht gerne für Nachfragen zur Verfügung.

Wir werden uns in angemessener Zeit nach dem Ergebnis der hausinternen Untersuchung erkundigen.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Seyb

Radikal – Wenn der Staat Schweigen verordnet

von Mumia Abu-Jamal

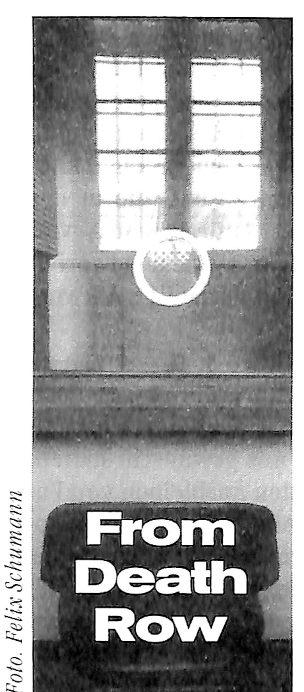


Foto: Felix Schumann

»Die Pressefreiheit gehört denjenigen, die im Besitz einer Presse sind.« (Sprichwort)

Ist es nicht erstaunlich, daß die bürgerlichen Demokratien, die sich einerseits in aller Welt ihrer erhabenen »Freiheiten« brüsten, gleichzeitig ihre Dissidenten unterdrücken?
Der Versuch, »Radikal«, eine unabhängige linke Zeitschrift, mit Hilfe der drakonischen 129/ 129a-Paragraphen des deutschen Staats zum Schweigen zu bringen, die Festnahmen der radikalen Journalisten Werner K., Rainer P., Andreas E. und Ralf M., sind die letzten Nägel im Sarg der Überreste einer sogenannten »freien Presse«.
Wo bleibt die internationale Empörung der BürgerrechtlerInnen in den imperialistischen Staaten? Wo bleiben die Protestschreie angesichts der Inhaftierung der vier Radikal-Gefangenen, die das »Verbrechen« begingen, etwas zu schreiben, was die Regierung nicht gedruckt sehen will?
Natürlich stehen die Angriffe auf radikale JournalistInnen in einem soziopolitischen Zusammenhang: Westliche Regierungen, als »liberale Demokratien« maskiert, sind dabei, ihre Maschinerie der gesellschaftlichen Repression gegen die Marginalisierten, gegen die militante Linke, gegen nationale und gesellschaftliche Minderheiten, gegen eine zunehmend erwerbslose Arbeiterklasse sowie gegen die Armen einzusetzen.
Die Hausdurchsuchungen durch Regierungstruppen wegen Radikal, der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. und die AIZ sind eine Einschüchterungstaktik, die dazu dienen soll, Angst zu verbreiten und jeglichen Dissens gegenüber dem Staat durch Kriminalisierung zum Schweigen zu bringen, das Infragestellen der offiziell erlaubten Version der Wirklichkeit zu unterdrücken.
Der verstorbene radikale Priester und Psychologe Ignacio Martín-Baró aus El Salvador schrieb kurz vor seiner Ermordung durch einen der von den USA ausgebildeten Todesschwadrone, daß eine der wichtigsten Phasen im revolutionären Prozeß das Entstehen eines kritischen Bewußtseins innerhalb der Bevölkerung war – als die Menschen begannen, den offiziellen Diskurs in Frage zu stellen. Das war der Beginn einer Phase voller revolutionärer Möglichkeiten.
Was passiert, wenn der Staat diese Fragen unterdrückt? Wenn der Staat versucht, das Entstehen eines derartigen Bewußtseins durch offenen Staatsterrorismus zu stoppen? Werden sie diese Entwicklung dadurch behindern? Das ist die Frage,die sich den radikalen AktivistInnen da drüben und hier stellt; aber auch für die vier Radikal-Gefangenen und Ulf B. – im Knast, weil er sich geweigert hat, seine Freunde bei der Radikal zu verraten.
Das ist gleichzeitig auch die Herausforderung an uns: Freiheit für die 5 Radikal Gefangenen! Für eine freie Presse, für freie Menschen! Weg mit der staatlichen Zensur! Radikaler Journalismus ist niemals ein Verbrechen, sondern eine Verpflichtung!

aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal, 16.12.1995

Mumia hat diesen Text am 16. Dezember 1995 geschrieben; es hat dann vier Wochen gedauert, bis der Brief in der BRD angekommen ist – tja, die Tücken der Knastzensur und internationalen Luftpostconnection. Inzwischen sind die Radikal-Gefangenen bekanntlich wieder draußen. Trotzdem finden wir es gut, wenn Mumias Grußadresse nochmal veröffentlicht wird – halt als ein Beispiel von internationaler Solidarität ...



Grund zur Angst

In den Morgenstunden des 18. Januar 1996 verbrannten in einem Lübecker Asylbewerberheim 10 Menschen. Sechs der Opfer waren Flüchtlinge aus Zaire. Bis jetzt ist nicht hinreichend geklärt, wer das Brandattentat verübte. Staatsanwaltschaft und Polizei gehen davon aus, daß ein libanesischer Bewohner des Heims das Feuer gelegt hat. Die ZAG sprach am 5. Februar mit Pastor Simon Nsimba von der »Vereinigung der zairischen Flüchtlinge« (Association de Réfugiés Zairois) in Lübeck über die Hintergründe des Brandes.

ZAG: Herr Nsimba, Sie sind oft in dem Haus in der Hafenstraße gewesen?

Pastor Simon Nsimba: Ich bin dort sehr häufig hingegangen, um meinen Freund zu sehen, der sich mit seiner Frau und seinem Kind retten konnte.

Wie leben Ihre Freunde jetzt?

Nun, sie stehen noch unter Schock, wie jeder überlebende Afrikaner. Dieser Schockzustand wird nicht so schnell vorübergehen, wenn man an die Schwere der kriminellen Tragödie des 18. Januar denkt, die alle diese Bekannten von uns das Leben gekostet hat.

Wie waren die Lebensbedingungen in dem Haus in der Hafenstraße?

Die Lebensbedingungen waren, das muß man sagen, unwürdig, unmenschlich und beschämend. Mein Landsmann, der eigentlich an diesem Interview teilnehmen sollte, aber nicht konnte, weil er noch zu sehr von den Ereignissen mitgenommen ist, teilte das Schlafzimmer mit seiner Frau und seiner Tochter. Sie hatten ein kleines Wohnzimmer und ein kleines Schlafzimmer. Diese Enge machte es ihnen unmöglich, angemessen und menschlich zu leben. So eine Situation kann man nicht akzeptieren, sie ist unerträglich.

Wie war der Kontakt zwischen den HausbewohnerInnen und den deutschen BürgerInnen Lübecks?

Nun, man kann nicht wirklich von Kontakt zwischen den Asylbewerbern der Hafenstraße und den deutschen Einwohnern von Lübeck sprechen, um so mehr, als das Asylheim am Ende der Stadt gelegen ist, beim Hafen. Es gibt also ein Phänomen der Isolierung, das eine Kommunikation zwischen den Asylbewerbern und den deutschen Einwohnern nicht gerade begünstigt. Die Deutschen in Lübeck wissen, daß an diesem Ort, in diesem Gebäude ausschließlich Ausländer leben; allein dieses Wissen stellt schon eine Barriere dar. Bei unseren Freunden habe ich beispielsweise niemals wirklich Deutsche gesehen, sondern nur Landsleute. Vielleicht in seltenen Fällen die Zeugen Jehovas, aber die kommen aus einem anderen Grund, zum Predigen der Bibel; das waren keine menschlichen Kontakte im eigentlichen Sinne.

Wie waren die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten im Haus?

Die Beziehungen waren hervorragend, um so mehr, als einige Schwarze aus dem Haus und insbesondere die Libanesen bereits vorher in einem anderen Asylbewerberheim zusammenlebten, erst danach sind sie in die Hafenstraße übersiedelt worden. Meines Wissens hat es niemals besondere Probleme, Gewalt oder Haß zwischen ihnen gegeben. Nein, die Beziehungen waren wirklich sehr nachbarschaftlich und positiv.

Und auch von anderen AfrikanerInnen haben Sie nichts von Problemen mit AraberInnen gehört?

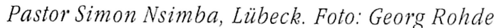
Nein, das gab es nicht, meines Wissens nach jedenfalls. Die Beziehungen waren sehr menschlich und warm.

Wie war der Sicherheitszustand des Hauses?

Also, Sicherheit, das muß man sagen, hat niemals existiert. Ich habe niemals Wachposten vor dem Haus gesehen. Die Tür war nur selten abgeschlossen, außerdem gab es den Schlüssel gar nicht. Manchmal war die Tür sogar die ganze Nacht offen. Die Hausmeister wußten das, aber es wurden keine Maßnahmen ergriffen. Außerdem gab es diese Isolation, von der ich schon gesprochen habe. In dieser Stille, dieser Marginalisierung gab es wirklich Grund, Angst vor einem Anschlag eventueller Feinde zu haben. Man kann nicht wirklich von Sicherheit sprechen, wenn die Tür die ganze Nacht nicht verschlossen ist und jeder hereinkommen kann.

Das heißt, die BewohnerInnen hatten Angst vor einem Attentat?

Natürlich. Wenn es kein Sicherheitskonzept gibt, wenn beispielsweise kein Deutscher zur Bewachung vorgesehen ist, dann ist es völlig logisch, daß die Hausbewohner Angst hatten, dort zu leben. Aber sie hatten keine Alternative, sie waren gezwungen, dort zu leben. Das Diakonische Werk und die politisch Verantwortlichen haben keinen anderen Wohnort für sie vorgesehen.



Pastor Simon Nsimba, Lübeck. Foto: Georg Rohde



Wenn sie so wollen, haben sich die Bewohner einer Art Fatalismus ergeben, sie wären gerne woanders hingegangen, an einen angemesseneren Ort, aber die Verantwortlichen und das Diakonische Werk haben ihnen diese Möglichkeit nicht gegeben, daher mußten sie diese Angst über sich ergehen lassen.

Gab es rassistische Anschläge oder Drohungen?
Ja, meines Wissens hat es das mindestens einmal gegeben. Im November oder Dezember 1995 hat jemand Benzin gegen die Eingangstüre des Gebäudes geschüttet. Meiner Einschätzung nach hätte dieser rassistische Akt die politisch Verantwortlichen und die Hausmeister des Diakonischen Werks dazu veranlassen müssen, Maßnahmen zur Verhinderung einer größeren Tragödie zu ergreifen. Stattdessen haben sie alle diesen Hinweis verharmlost. Das stellt meiner Meinung nach eine offenkundige Vernachlässigung ihrer Amtspflichten dar. Ich würde sagen, daß das fast unverzeihlich ist, denn wenn das Diakonische Werk und die politisch Verantwortlichen den Vorfall ernstgenommen hätten, hätte man vielleicht die tragische Katastrophe verhindern können.

Ist damals die Polizei benachrichtigt worden?
Das kann ich nicht genau sagen. Jedenfalls wußten die Hausmeister am nächsten Morgen Bescheid, sobald sie ihre Arbeit antraten, aber sie haben wie immer nicht reagiert. Wenn sie hätten reagieren wollen, hätten sie das auch gekonnt.

Sie glauben nicht, daß der junge Libanese das Feuer gelegt hat?
Nein, ich glaube nicht. Zuerst einmal wird ein Terrorist niemals seine Eltern, seine Brüder, seine Schwestern verbrennen, das glaube ich nicht. Der Libanese ist nicht der Verursacher dieser kriminellen Katastrophe, das ist nicht wahr. Das ist eine Inszenierung der Polizei. Man will uns glauben machen, daß der Libanese das Verbrechen begangen hat. Diese Inszenierung soll die Wahrheit verdecken. Aber die Wahrheit verdeckt man nicht, man macht sie bekannt. Gerade die Deutschen sollten verstehen, daß sie es niemals schaffen werden, die Wahrheit zu verdecken. Es war eine Gruppe von Deutschen, eine Gruppe von Neonazis, da bin ich sicher: also Extremisten, Leute, die Ausländer nicht mögen. Das Verbrechen wurde auf deutschem Boden begangen, es gibt also eine offensichtliche und große Verantwortung, die man nicht unterschätzen darf. Auch wenn die Deutschen jetzt nicht die Wahrheit sagen wollen, so werden sie im Laufe der Geschichte, im Laufe der Zeit schließlich doch die Wahrheit sagen müssen.

Wie haben die deutschen LübeckerInnen nach der Katastrophe reagiert?
Nun, nach den Statistiken unterstützen dreißig Prozent die Initiative der politisch Verantwortlichen, den Lauf der Dinge (gemeint sind die Lebensbedingungen der Asylbewerber) zu ändern. Dreißig Prozent, das ist sehr wenig. Das heißt, daß eine große Zahl deutscher Lübecker dagegen ist, daß die politisch Verantwortlichen die Lebensbedingungen der Asylbewerber und Ausländer verändern. Das ist empörend. Normalerweise hätte die Situation die ganze Bevölkerung oder zumindest die Mehrheit der Bevölkerung wachrütteln müssen. Es sind jedoch nicht viele, die diese Barbarei öffentlich verurteilt haben. Das Schweigen der Mehrheit legt die Vermutung nahe, daß sie der Xenophobie und dem Fremdenhaß zustimmen. Das ist traurig, aber wahr.

Die Medienaufmerksamkeit nach dem Verbrechen war groß. Welche Erfahrung haben Sie mit der Presse, den Medien gemacht?
Eine negative Erfahrung: Die Presse ist gekommen, um uns zu interviewen, hat es aber vorgezogen, die Erklärungen und Reden der Politiker zu veröffentlichen. Unsere Erklärungen wurden nicht publiziert, wir wurden ignoriert. Wir verurteilen diese Selbstzufriedenheit und diesen unseriösen Geist der Presse. Die Presse hat die Wahrheit zugedeckt, so gesehen ist sie ihren Aufgaben, ihrer Mission nicht gerecht geworden, welche darin besteht, Überbringerin der Wahrheit zu sein.
Warum druckt man die Statements und Reden der Politiker? Diese haben praktisch nichts zu sagen, wenn nicht wir, die Asylbewerber und Ausländer, ihnen die Botschaften übermitteln. Man muß sich nur an den Tag des Verbrechens erinnern, da waren wir es, die Vereinigung der zairischen Flüchtlinge, die den politisch Verantwortlichen die Botschaften für die deutsche Bevölkerung übermittelt haben. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten die Politiker keine Botschaft gehabt, außer natürlich tränenreiche Reden des Bedauerns, aber ... die Botschaft an sich, die erforderlichen Maßnahmen, um den Lauf der Dinge zu ändern, kommen von uns, der Vereinigung der zairischen Flüchtlinge. Also sollte die Presse lieber unsere Erklärungen drucken.

Was muß sich an der Situation von ImmigrantInnen und Flüchtlingen ändern?
Nun, zunächst hat die Vereinigung zairischer Flüchtlinge angesichts der Krise die Umsetzung zweier dringender Maßnahmen gefordert: Erstens, die sofortige Schließung aller Asylheime und den Transfer aller Asylbewerber in Wohnhäuser mit den Deutschen und zweitens, die Integration. Wir glauben, daß dies die einzigen wirkungsvollen Maßnahmen sind, um die Xenophobie und den Haß gegenüber Ausländern zurückzudrängen. Aber noch einmal: Wir verlangen von den politisch Verantwortlichen, daß diese Maßnahmen mit großer Eile umgesetzt werden. Wir haben diese Forderungen an den Bürgermeister der Stadt Lübeck und an Frau Simonis, die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, gerichtet. Wir warten jetzt auf ihre Reaktionen und werden diesen Kampf mit friedlichen Mitteln fortsetzen, bis wir die reale, wirksame und konkrete Umsetzung dieser beiden Maßnahmen erreicht haben.

Interview und Übersetzung aus dem Französischen:
Georg Rohde



Thema: VietnamesInnen in Berlin

Ich fühle mich wie ein Fisch auf dem Tisch



Im Dezember 1995 führten wir in Berlin-Marzahn ein Interview mit N., 30 Jahre alt, und ihrem Mann H. Beide kommen aus Mittelvietnam, einem Teil der ehemaligen Demarkationslinie und zugleich einem der ärmsten Gebiete des Landes. Sie waren Ende der 80er Jahre als VertragsarbeiterInnen in der DDR und sind 1989 gemeinsam nach Vietnam zurückgekehrt. H. ist 1992, N. 1994 wieder als Asylbewerberin nach Deutschland zurückgekommen. Durch ihre Rückkehr nach Vietnam verloren sie ihren Anspruch auf eine Aufenthaltsbefugnis in Deutschland.

Fels-Antifa-AG: Wie kamst du dazu, als Vertragsarbeiterin in die DDR zu gehen? Hat die Regierung die Leute selbst ausgewählt oder konnten sie sich freiwillig melden?
N.: Es gab ganz unterschiedliche Bedingungen. Eine Regelung war z. B., daß die Leute, deren Eltern im Krieg für Vietnam gestorben sind, als Vertragsarbeiter in die DDR gehen konnten. Mein Vater ist im Krieg gestorben. Die vietnamesische Regierung dachte, daß diese Familien im Krieg schon viel verloren hatten und dafür auch eine Entschädigung bekommen sollten. In Vietnam haben wir einen Arbeitsvertrag unterschrieben und wurden dann zum Arbeiten in die DDR geschickt.

Was hast du in der DDR gearbeitet und wo hast du gelebt?
N: Ich war in der Bekleidungsindustrie Näherin. Am Anfang habe ich einen Deutschkurs gemacht und danach ein bißchen Nähen gelernt. Die deutschen Behörden haben uns eine Wohnung gegeben. Ich wohnte da zusammen mit anderen Freundinnen in Georgental bei Gotha.

Hast du zusammen mit Deutschen gearbeitet?
N.: Ja, in der Fabrik. Die Fabrik war aber klein und es waren nur wenige Deutsche dort. Die waren ganz freundlich, aber wir hatten privat wenig Kontakt zu Deutschen.

Hattest du weiterhin Kontakt mit deiner Familie in Vietnam?
Ich bin die Einzige aus der Familie, die nach Deutschland gegangen ist. Früher durften die Vertragsarbeiter nicht auf Besuch nach Vietnam fahren. Sie konnten erst nach Beendigung des Vertrags wieder nach Hause.

Durften vietnamesische VertragsarbeiterInnen in Deutschland eine Familie gründen?
N.: In der DDR durfte eine Vietnamesin keinen Vietnamesen heiraten. Man durfte Deutsche heiraten, aber man mußte der vietnamesischen Botschaft 8000 Mark zahlen. Wenn eine vietnamesische Frau in der DDR ein Kind zur Welt brachte, mußte sie ausreisen. Nach 1988 durfte sie auch in der DDR bleiben.

Und warum bist du 1989 zurück?
N.: Nach der Einheit hatte ich keine Arbeit mehr. Mein Betrieb ist schon '89 aufgelöst worden. Bei der Schließung hat uns der Gruppenleiter gesagt, daß wir zurückgehen oder bleiben könnten, uns aber selber Arbeit suchen müßten. Ich hatte dann keine Hoffnung mehr, in der DDR zu bleiben.

Dachtet ihr damals, ihr bleibt jetzt für immer in Vietnam oder wolltet ihr nach Deutschland zurückkommen?
H.: Im Flughafen Hanoi haben wir viele Vietnamesen gesehen, die ganz dünn geworden sind und deshalb wollten wir damals schon gleich zurückkehren. Aber das war nicht möglich. Ich habe 1 1/2 Jahre gearbeitet und bin dann zurück. Ich habe bald nach meiner Ankunft ein Transportauto gekauft, um z.B. Benzin und Öl zu transportieren. Mit diesem Auto habe ich gut verdient. Davon konnte ich leben und hatte irgendwann genug Geld, um die Reise nach Deutschland zu zahlen.

Wie bist du 1992 zurückgekommen?
H.: Mit dem Flugzeug nach Prag, dann mit dem Zug zur Grenze und dann gelaufen. Denn ich hatte ja seit 1990 keinen Paß mehr. Wenn man Geld hat, kann man Leute bezahlen, die Papiere machen, aber ich hatte kein Geld. Ich konnte auch nicht mit meiner Frau zusammen nach Deutschland kommen, weil sie schwanger war und man zu Fuß nach Deutschland gehen mußte. Sie hat das Kind erst mal großgezogen und dann bei meiner Cousine gelassen. Wir müssen viel Geld verdienen und meiner Familie für Essen zurückschicken.

Wo hast du den Asylantrag gestellt?
H.: In der ZAST Eisenhüttenstadt. Das Asylverfahren ist schon abgeschlossen. Mein Antrag wurde schon zwei Monate, nachdem ich ihn gestellt hatte, abgelehnt. Von Eisenhüttenstadt bin ich in ein anderes Heim umverteilt worden, nach Brandenburg. Dort bin ich nur einmal im Monat, um mein Geld abzuholen. Vom Staat bekommen wir nur die Sozialhilfe, 400 Mark in Gutscheinen und 80

Mark Taschengeld bar. Mit den Gutscheinen bekommen wir nur die europäischen Lebensmittel, mit denen wir nicht die gewohnten Speisen kochen können. Wir verkaufen unsere Gutscheine für ein Drittel des Wertes an andere Ausländer im Wohnheim weiter oder wir bekommen von ihnen einen Karton Lebensmittel dafür.

Und wie ging es dann weiter?
H.: Ich wollte nicht in Brandenburg bleiben. Es ist langweilig, denn dieses Heim in Brandenburg steht im Wald und man kann dort nichts machen außer Essen, Schlafen und Trinken. Ich wollte nach Berlin oder Hannover, aber das war schwierig. Wenn ich von Brandenburg nach Berlin komme, muß ich meinen Ausweis zeigen. Ganz oft wurde ich von der Polizei kontrolliert. Sie haben mir den Ausweis weggenommen und mich zur Ausländerbehörde geschickt. Dort mußte ich dann hinfahren und habe ihn nach einer Woche oder einem Monat zurückbekommen.

Wo hast du gewohnt, als du nach Berlin gekommen bist?
H.: Bei meinen Freunden, z.B. in der Rhinstraße oder in der Havemannstraße, immer in verschiedenen Wohnungen, oft mit 30 oder 40 Leuten in einem Zimmer. Im Moment habe ich keine Hoffnung auf eine Zukunft in Deutschland. Ich fühle mich wie ein Fisch auf dem Tisch, auf dem Trockenen.

In der Öffentlichkeit werden Razzien in den Wohnheimen immer so dargestellt, als ob nach der »Zigarettenmafia« gesucht würde, die dort sein soll. Deshalb hat auch die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John, gefordert, daß die Wohnheime aufgelöst werden, um den angeblichen Einfluß der Mafia zu unterbinden.
H.: Nein, die Mafia wohnt nicht in den Heimen, sondern in einer schönen Wohnung und sie kommen nur, um jeden Monat das Geld für die verkauften Zigaretten abzukassieren.

Habt ihr die Räumung durch die ARWOBAU[1] mitbekommen, als ihr in der Rhinstraße gewohnt habt?
H.: Wir wußten nicht genau, was passiert, denn wir haben die Zimmer nur von den Vertragsarbeitern, den Mietern, untergemietet und bezahlten nur.

Was waren eure Erfahrungen mit der Polizei bei den Razzien?
H.: Wenn die Polizei kam, haben wir die Türen geschlossen. Manchmal haben sie die Türen eingetreten, und manchmal dachten sie, daß niemand da ist und haben die Tür nicht kaputtgemacht. Wenn sie uns erwischt haben, haben sie uns festgenommen.

Arbeitet ihr?
H.: Vor der Schließung der Wohnheime im Herbst '95 bin ich für die Leute im Wohnheim Taxi gefahren, wenn sie zum Asylheim oder irgendwo anders hin wollten. Ich habe nicht so viel wie ein normaler Taxifahrer verdient, aber genug zum Essen. Jetzt gibt es kein Wohnheim mehr, jetzt bin ich arbeitslos. Ich bekomme nur Sozialhilfe und ich weiß nicht, wann ich nach Vietnam zurück muß. Vielleicht in zwei Monaten, vielleicht in zwei Jahren. Aber alle Leute sollen bis zum Jahr 2000 nach Vietnam zurück. Meine Frau verkauft am Tag zehn Stangen Zigaretten, das sind am Tag für sie 30 Mark. Die Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr kostet 80 Mark, dazu kommen Essen und Geschenke. Da bleibt fast nichts übrig. Sie verkauft Zigaretten, um genug zum Leben zu haben. Es gibt keine andere Arbeit. Sie riskiert immer, erwischt zu werden. Der größte Teil des Gelds geht an die Mafia oder für Gerichtsverfahren drauf.

Was macht ihr, wenn ihr krank seid oder jemand zum Arzt muß?
H.: Wir fahren zurück ins Asylwohnheim, weil wir dort gemeldet sind und gehen dort ins Krankenhaus oder in die Poliklinik.

Aber wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist und jemand geht dahin zurück, wird er/sie dann nicht abgeschoben?
H.: Die Leute melden sich ja trotzdem immer noch einmal im Monat im Heim. Solange wir noch nicht auf der Abschiebeliste stehen, passiert nichts. Aber irgendwann kann es sein, daß wir dort festgehalten werden.

Was macht ihr, wenn ihr auf der Abschiebeliste seid?
H.: Wir haben die Hoffnung, daß wir in ein anderes Land gehen können. Wir wollen uns verstecken. Ich habe schon einen Vertrag, daß ich freiwillig zurückgehe, unterschrieben. Das ist obligatorisch, sie zwingen alle dazu. Wenn die Asylbewerber das nicht unterschreiben, bekommen sie keine Verlängerung ihres Aufenthalts. Ich habe eine Hoffnung, hierbleiben zu können, wenn ich eine deutsche Frau zum Heiraten finde. Aber das ist sehr schwer für mich.

Was habt ihr euch gedacht, als das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Vietnam unterzeichnet wurde?
H.: Viele Leute haben nach dem Abkommen gedacht, daß sie bald zurückkehren oder in ein anderes Land gehen werden. Aber wir wissen noch nicht, wohin. Wir hatten keine Hoffnung mehr, daß wir weiterhin in Deutschland leben können, weil wir irgendwann abgeschoben werden. Andere Leute dachten daran, irgendwo ins Ausland zu gehen, aber nicht nach Vietnam zurück. Nach Frankreich oder nach Tschechien oder Polen oder Rußland. Da sind die Lebenschancen viel besser als in Vietnam. In Vietnam verdient ein Arbeiter durchschnittlich ungefähr 50 Mark im Monat.

Im Rahmen dieses Abkommens gab es die Zusage von Vietnam, daß die zurückgekehrten Leute nicht strafrechtlich verfolgt oder nach ihrer Rückkehr festgehalten werden. Dennoch geschieht dies und es heißt, daß man Geld bezahlen muß, um freizukommen. Was wißt ihr davon?
H.: Einige Vietnamesen mußten in der Hauptstadt Hanoi eine Woche oder manchmal 14 Tage bleiben und den vietnamesischen Beamten erklären, was sie in Zukunft machen wollen oder was sie in Deutschland gemacht haben. Sie wurden z.B. nach politischen Organisationen gefragt. Wenn Asylbewerber kommen, wird gesagt, daß sie auf AIDS untersucht oder die Unterlagen geprüft werden müssen. Sie machen das sehr kompliziert. Daß die Menschen dort festgehalten werden, weiß jeder. Ob bzw. wieviel Geld man bezahlen muß, um freizukommen, ist mir nicht bekannt.

[1] *Die ARWOBAU ist eine senatseigene Wohnungsbaugesellschaft.*



BRD plus DDR = Deutschland minus VertragsarbeiterInnen



Demnächst wird in Deutschland die größte Abschiebewelle seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anrollen. Illegalisierte vietnamesische AsylbewerberInnen und DDR-VertragsarbeiterInnen werden in der BRD nicht länger geduldet. Wie ist es möglich, daß so viele Menschen seit über zehn Jahren hier leben und nun problemlos abgeschoben werden können, ohne daß die deutsche Öffentlichkeit davon Notiz nimmt?

DDR holt VietnamesInnen ins Land

1980 schlossen die Regierungen beider Länder ein Abkommen, das die befristete Ausbildung und Beschäftigung von vietnamesischen Menschen in der DDR vorsieht. Angestrebt wurde hiermit eine konkrete Entwicklungshilfe für Vietnam, langfristig ein Zusammenhalt und ökonomische Effizienz der sozialistischen Staaten. Verträge dieser Art schloß die DDR mit weiteren Ländern ab, zum Beispiel Kuba (1978), Mocambique (1979) und Angola (1984). Für die DDR bedeuteten diese Verträge außerdem, daß große Lücken in der Wirtschaft geschlossen wurden; bis Mitte der 70er Jahre ging hier der Anteil an Arbeitskräften zurück, bis Ende der 80er Jahre stagnierte er.
Im Vordergrund dieser Abkommen stand anfangs die Aus- und Weiterbildung in für die Herkunftsländer wichtigen Wirtschaftszweigen. Die VertragsarbeiterInnen wurden überwiegend in Branchen eingesetzt, in denen sie nach ihrer Rückkehr als Fachkräfte tätig sein sollten. Dieser Anspruch wurde jedoch spätestens Mitte der 80er Jahre fallengelassen; viele VertragsarbeiterInnen wurden direkt in die Produktion geschickt und leisteten ihren Beitrag für die hiesige Volkswirtschaft. So arbeiteten viele VietnamesInnen in der Textilproduktion und in Industriekombinaten vor allem im Süden der DDR sowie im Kohletagebau.

Isolation der VertragsarbeiterInnen

Die VertragsarbeiterInnen erhielten in der DDR eine »Aufenthaltsgenehmigung für einen länger befristeten Aufenthalt«, weitere Rechtsgrundlagen waren in den jeweiligen Regierungsabkommen verankert. Für alle galt jedoch, daß sie ohne Familienangehörige hier arbeiteten und lebten und einen Vertrag über 4 bis 5 Jahre erhielten, der teilweise verlängert wurde, aber auch jederzeit beendet werden konnte: »Die Genehmigung kann zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden. Die Entscheidung bedarf keiner Begründung.« (§ 5 des Ausländergesetzes der DDR).
Der Alltag war von Einschränkungen und Gängeleien geprägt; die sozialen und kulturellen Unterschiede wurden ignoriert. VietnamesInnen wurden, wie ein Repräsentationsfilm stolz zeigte, von Betreuern ihres Betriebes mit einer Zuckertüte empfangen, weil das »hier in der DDR am Schulanfang so üblich ist«, verbunden mit dem Wunsch, »so schnell wie möglich deutsch zu lernen«. Die Unterbringung erfolgte, nach Geschlechtern getrennt, in betriebseigenen Wohnheimen, die einen Ausgang nur bis 22 Uhr gestatteten. BesucherInnen mußten am Eingang ihren Personalausweis vorlegen; nächtliche Zimmerkontrollen, die »illegalen« Übernachtungen vorbeugen sollten, waren keine Seltenheit. Diese Unterbringung sowie die Einteilung in Gruppen von ca. 50 Menschen mit je einem übergeordneten Gruppenleiter und einem Dolmetscher ermöglichte eine ständige Kontrolle über einzuhaltende Ordnungen. Vietnamesischen Frauen drohte bei einer Schwangerschaft die vorzeitige Beendigung ihres Vertrages und somit eine »unehrenhafte« Rückkehr in ihr Heimatland. Unter diesem Druck sahen sie sich gezwungen abzutreiben; war es dafür zu spät, führten sie oft eine für ihr Leben bedrohliche Fehlgeburt herbei.
Durch diese repressiven Regelungen, die auch das Klima in den Betrieben beherrschten, wurde einer Distanz der Deutschen bis hin zu offenen rassistischen Anfeindungen Vorschub geleistet. Einzelne Kontakte und Freundschaften konnten über Unwissenheit und Unverständnis seitens der Deutschen und eine Diskriminierung der VertragsarbeiterInnen als »Schmarotzer, die die ohnehin kargen Konsumartikel wegkaufen« nicht hinwegtäuschen.

Die Wende: VietnamesInnen raus aus Deutschland

Ab 1989 setzte eine besonders für die VertragsarbeiterInnen spürbare Veränderung der Lebenssituation ein. Sie gehörten zu den ersten, die aus Betrieben mit nun eingeschränkter Produktion entlassen wurden. In einzelnen Betrieben gab es sogar Willensbekundungen der deutschen Belegschaft, »die Ausländer« rauszuschmeißen. Eine Änderung des Regierungsabkommens von 1980 im März 1990 machte eine vorzeitige Beendigung des Vertrags auch gesetzlich möglich. Den VertragsarbeiterInnen wurde eine »freiwillige« Ausreise, verbunden mit einer Prämie von 3.000 DM sowie einer Ausgleichszahlung von 70% des bisherigen Nettolohns für drei Monate nahegelegt. Ende 1990 waren von ehemals 59.000 vietnamesischen VertragsarbeiterInnen noch 21.000 beschäftigt; ca. 38.000 kehrten – auch aus Angst vor sich häufenden rassistischen Anfeindungen im Betrieb und auf der Straße – bis zu diesem Zeitpunkt nach Viet-



Foto: Umbruch Bildarchiv

Aufenthaltstitel für ImmigrantInnen und Flüchtlinge

(aus: »Rassismus in Deutschland - Das Beispiel Eberswalde«, Antirassistische Initiative, 1994)

■ Aufenthaltsberechtigung (§ 27 AuslG) *

– nach acht Jahren Aufenthalt, mindestens fünf Jahren Rentenversicherungsbeiträgen, Lebensunterhalt aus Arbeit oder sonstigen eigenen Mitteln und Vorliegen aller Voraussetzungen der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis
– der sicherste Ausweisungsschutz
– mindestens gleichwertig (aber leichter zu bekommen) ist die unbefristete Aufenthaltserlaubnis EG (§ 7a AufenthG/EWG)

■ unbefristete Aufenthaltserlaubnis (§ 24–26 AuslG, § 68 AsylVfG) *

– nach fünf Jahren Aufenthalt und besonderer Arbeitserlaubnis, bei einfachen Deutschkenntnissen, ausreichendem Wohnraum, und es darf kein Ausweisungsgrund (§ 46 AuslG) vorliegen
– auch ohne diese Voraussetzungen sofort für rechtskräftig anerkannte Asylberechtigte
– in etwa gleichwertig (aber viel leichter zu bekommen) ist die befristete Aufenthaltserlaubnis EG (§ 6a AufenthG/EWG)

■ befristete Aufenthaltserlaubnis (§ 16–23 AuslG) *

– für nachgezogene Familienangehörige (Ehegatten, Kinder) für die ersten fünf Jahre

■ Aufenthaltsbefugnis (§ 30-35 AuslG / § 70 AsylVfG) *

– aus humanitären Gründen (z.B. für Kriegsflüchtlinge), auf jeweils zwei Jahre befristet, nach acht Jahren kann bei Vorliegen der Voraussetzungen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden

■ Aufenthaltsbewilligung (§ 28, 29 AuslG) *

– für von vornherein als vorübergehend geplanten Aufenthalt (Touristen, Saisonarbeitskräfte, ausl. Studierende), auf jeweils maximal zwei Jahre erteilt und verlängert, kein anschließender Daueraufenthalt möglich

■ Duldung (§ 51–56 AuslG)

– Aussetzung der Abschiebung für jeweils maximal sechs Monate, bei tatsächlicher Unmöglichkeit der Abschiebung, oder wenn humanitäre Gründe derzeit eine Abschiebung nicht möglich machen, nach zwei Jahren Duldung soll eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden

■ Aufenthaltsgestattung (§ 55–67 AsylVfG)

– für Asylsuchende während des Asylverfahrens, in der Regel für jeweils drei bis sechs Monate erteilt, auf eigenem Formular mit Foto, da der Paß zur Sicherung der Abschiebung vom Bundesamt verwahrt wird

■ »Ausländerrechtliche Erfassung«

– Stempel im Paß, für meist drei Monate, wenn die Ausländerbehörde noch prüft, welche Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden soll. Gilt als erlaubter Aufenthalt

■ »Paßeinzugsbescheinigung«

– wenn die Ausländerbehörde den Paß einzieht und sich weigert, einen Status zu bescheinigen (z. B. bei Asylsuchenden, die noch keine Aufenthaltsgestattung haben, bei Flüchtlingen ohne Paß, denen eigentlich eine Aufenthaltserlaubnis zusteht). Gesetzlich nicht vorgesehener Status!

■ »Grenzübertrittsbescheinigung«

– wenn die Ausländerbehörde den Paß einzieht, den Ausländer abschieben will, aber aus irgendwelchen Gründen nicht kann, macht sie es einfach so: »Hiermit wird bescheinigt, daß der Ausländer bis zum ... die Bundesrepublik freiwillig verläßt.« Diese Bescheinigung ist gesetzlich nicht vorgesehen, das Gesetz schreibt für diesen Fall die Duldung vor.

** so gekennzeichnete Titel werden mit dem Sammelbegriff Aufenthaltsgenehmigung bezeichnet (5 AuslG).*

nam zurück. Andere Regierungen, wie die von Kuba und China, reagierten ihrerseits auf die politische Wende und holten ihre VertragsarbeiterInnen zurück.
Die Alternative zur Ausreise bestand in einem weiteren Aufenthalt bis zum Ablauf des regulären Vertrags. Für diesen Zeitraum wurden den ehemaligen VertragsarbeiterInnen Rechte wie das auf Arbeitslosengeld, Arbeitsvermittlung und die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis eingeräumt. Eine Arbeit bekamen sie jedoch in den seltensten Fällen, was mit dem zu kurzen noch verbleibenden Aufenthalt begründet wurde. Die explodierenden Preise trafen die VietnamesInnen besonders hart. Für ein 15-qm-Zimmer im Wohnheim mußten statt 30 Mark in der DDR nun 400 DM bezahlt werden. Viele ehemalige vietnamesische VertragsarbeiterInnen sahen unter diesen Umständen im illegalisierten Verkauf von Zigaretten ihre einzige Möglichkeit zur Existenzsicherung.
Mit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes am 1.1.1991 wurde den ehemaligen VertragsarbeiterInnen der DDR eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, die an das Vorweisen einer Arbeit gekoppelt war und je nach Ermessen um zwei Jahre verlängert werden konnte. Diese Regelung, die eine erhebliche Benachteiligung gegenüber den ArbeitsmigrantInnen der BRD darstellte, traf bei zahlreichen Initiativen von Kirchen, Gewerkschaften und Beratungsstellen auf starken Protest.
Die Innenministerkonferenz der Länder am 17.6.1993 in Potsdam setzte mit der dort beschlossenen »Bleiberechtsregelung« den weiteren Kurs fest. Anstelle einer Aufenthaltserlaubnis sollte ehemaligen VertragsarbeiterInnen eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden. Die daran gekoppelten Bedingungen (legale Arbeit, Wohnraum, Straffreiheit, bisheriger legaler und ununterbrochener Aufenthalt in der BRD) bedeuteten für 50% der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen die drohende Abschiebung.
Den bisherigen Höhepunkt stellt das im September 1995 mit der Regierung Vietnams unterzeichnete Rückübernahmeabkommen dar. Dieses Abkommen, das sich die BRD mit der Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Vietnam (35 Mio. DM 1995) und einer »Wiedereingliederungshilfe« (100 Mio. DM) erkauft hat, sieht die Abschiebung von 40.000 VietnamesInnen bis zum Jahr 2000 vor.

DDR-VertragsarbeiterInnen und BRD-GastarbeiterInnen: Zwischen Isolation und Integration

Die Politik der Ausgrenzung und Abschiebung der DDR-VertragsarbeiterInnen greift damit nicht nur schneller, sondern auch reibungsloser als bei den BRD-GastarbeiterInnen ab Mitte der 70er Jahre. Während die Bundesregierung beispielsweise versuchte, TürkInnen die Rückkehr mit Abfindungen schmackhaft zu machen und sich damit begnügte, »lediglich« den Familiennachzug zu erschweren (und damit, gemessen an ihrem Ziel, scheiterte) und per Ausländergesetz ImmigrantInnen das Leben schwer zu machen, kennt sie bei vietnamesischen VertragsarbeiterInnen – und bei AsylbewerberInnen sowieso – keine Hemmungen, mit polizeilicher Gewalt massenhaft abzuschieben.
Die ehemaligen VertragsarbeiterInnen werden seit 1990 als Arbeitskräfte nicht mehr gebraucht. Die ostdeutsche Wirtschaft ist auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft; massenhafte Arbeitslosigkeit zwingt selbst rechtlich privilegierte deutsche Lohnabhängige, dreckige und entgarantierte Arbeit anzunehmen, und Arbeitskräfte aus Polen oder ärmeren EU-Staaten stehen für den Schwarzmarkt zur Verfügung.
Das war bei den westdeutschen GastarbeiterInnen anders: Sie wurden ins Land geholt als dringend benötigte – je nach Bedarf heuer- und feuerbare – Arbeitskräfte für schlechtbezahlte und dreckige Jobs in Zeiten der »Vollbeschäftigung«. Ihre Arbeit war für »die deutsche Wirtschaft« unverzichtbar geworden – und später auch ihre Steuern für den westdeutschen Teilstaat; zumal viele von ihnen auch in FacharbeiterInnenberufe vorstießen oder sich selbständig machten und damit Arbeitsplätze schufen.
Auch kann die moralische Belastung der Deutschen mit Zweitem Weltkrieg und industriellem Massenmord die Bundesregierung vor 1989 veranlaßt haben, mit Rücksicht auf das Ansehen im Ausland auch in Fragen der »Ausländerpolitik« behutsamer vorzugehen – eine Rücksichtnahme, die mit der Wiedervereinigung und dem ideologischen Schlußstrich unter die Nachkriegsgeschichte beträchtlich geschwunden ist. »Hartes Durchgreifen« gegen unliebsame, weil nicht verwertbare Bevölkerungsteile gehört in der EU mittlerweile generell zum guten Ton und entspricht mehr als vor zwanzig Jahren der ökonomischen »Notwendigkeit«, die sich zuspitzende strukturelle Wirtschaftskrise rassistisch aufzufangen.
Die Zeiträume, während der GastarbeiterInnen in der BRD leben – sie wurden seit den 50er und 60er Jahren angeworben –, sind wesentlich größer als die Verweildauer der DDR-VertragsarbeiterInnen – und damit auch die Zeit, sich zu integrieren und unentbehrlich zu machen.
Je länger die GastarbeiterInnen in der BRD blieben, um so selbstverständlicher wurden Verbindungen zu Deutschen. Trotz rassistischer Ausgrenzung gingen viele mit Deutschen gemeinsam zur Schule, betrieben Sport in gleichen Vereinen, befreundeten sich mit Deutschen oder gründeten Freundschaftsvereine. Der Staat hatte nicht in gleichem Maße wie die DDR die Absicht und die Möglichkeit, die deutsche von der nichtdeutschen Bevölkerung zu trennen. Beispielsweise wurden Anfang der 70er Jahre Integrationsprogramme vom Staat aufgelegt. Wo Vertragsarbeiterinnen aus der DDR ausgewiesen wurden, wenn sie schwanger waren, wuchs in der BRD eine zweite und dritte ImmigrantInnengeneration auf. PolitikerInnen befürchten möglicherweise, daß eine Abschiebung dieser Menschen so gegen den Widerstand wachsender Teile selbst der deutschen Bevölkerung nicht mehr durchsetzbar wäre.
In Ostdeutschland ist dieses Experiment bereits sehr erfolgreich durchgeführt worden: Uns ist nicht bekannt, daß Ostdeutsche gegen die Polizeibrutalitäten und Abschiebungen bezüglich der VietnamesInnen in nennenswertem Umfang auch nur protestiert hätten.

FelS
ANTIFA

Hergeholt. Ausgebeutet. Abgeschoben.

Eine kurze Chronik der Vertragsarbeit



10.10.1966
Zwischen der DDR und der Volksrepublik Vietnam wird eine Vereinbarung über die Ausbildung von 2.500 Vietnamesinnen und Vietnamesen in der DDR geschlossen.

1979/80
Regierungsabkommen der DDR mit Mozambique('79) und Vietnam ('80) über VertragsarbeitnehmerInnen. Aus Mozambique kommen in der Folge 15.000, aus Vietnam 59.000 Menschen zum Arbeiten in die DDR. Ähnlich wie in der BRD werden sie hauptsächlich für belastende Arbeiten herangezogen. Im Gegensatz zur BRD kann die ghettoartige Unterbringung auf Dauer aufrecht erhalten werden.

31.12.1989
90.600 VertragsarbeiterInnen leben in der sich auflösenden DDR.

1990
... wird für sie zum Jahr der Vertreibung. Am härtesten trifft es die Vertragsarbeiter aus Mozambique: Fast vier Fünftel von ihnen (12.300) werden in einer Atmosphäre von Angst, Gewalt und Einschüchterung abgeschoben. Auch der Großteil der VietnamesInnen (38.000 Menschen) wird zur Rückkehr genötigt.

13.6.
Mit der »Verordnung über die Veränderung von Arbeitsrechtsverhältnissen mit ausländischen Bürgern« wird den VertragsarbeiterInnen der Kündigungsschutz entzogen.

3.10.
Nach der offiziellen »Wiedervereinigung« kulminiert die Abschiebekampagne gegen Mozambikaner: Bis Dezember werden jetzt 8.000 von ihnen abgeschoben.

24.11.
Der erste bekannt gewordene rassistisch motivierte Mord in der ehemaligen DDR: In Eberswalde werden angolanische Vertragsarbeiter von 40 rechten Jugendlichen angegriffen. Einer der Angegriffenen, Amadeu Antonio, erliegt zwei Wochen später seinen schweren Verletzungen.

31.12.1990
Mehr als zwei Drittel der VertragsarbeiterInnen sind dem rassistischen Klima im »neuen« Deutschland gewichen, 28.000, drei Viertel von ihnen VietnamesInnen, harren noch aus.

1.1.1991
Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tritt das bundesdeutsche »Ausländerrecht« in Kraft. In einer zusätzlichen »Arbeitsaufenthalteverordnung« wird den ehemaligen VertragsarbeiterInnen eine befristete Aufenthaltsbewilligung für den Zeitraum ihrer ursprünglichen Arbeitsvertragsdauer eingeräumt.

30.6.1991
Offiziell sind in der BRD nur noch 6.670 VertragsarbeiterInnen beschäftigt (4.000 aus Vietnam, 926 aus Mozambique, 50 aus Angola). Die große Mehrheit der VietnamesInnen flüchtet sich in aussichtslose Asylverfahren. Aus Angst vor Ausweisung wagen es die meisten von ihnen nicht, Sozialhilfe zu beantragen und werden dadurch in den informellen Sektor, vor allem den Handel mit unverzollten Zigaretten, abgedrängt.

23.7.1992
Die BRD und Vietnam schließen ein ›Abkommen über Finanzierungshilfen‹, bei dem Vietnam jedoch noch auf freiwilliger Rückkehr besteht.

März 1993
Vornehmlich in Berlin formiert sich eine Kampagne für Bleiberecht.

17.6.1993
Eine von der Innenministerkonferenz beschlossene »Bleiberechtsregelung« tritt in Kraft. Sie setzt jedoch eine offizielle Beschäftigung (bis zum 17.12.1993) voraus und schließt diejenigen aus, die durch Zigarettenhandel aktenkundig geworden sind.

Frühjahr 1995
Das Bundesfinanzministerium startet im Berliner Raum eine rassistische Plakatkampagne gegen den Handel mit unverzollten Zigaretten.

23.7.1995
Vietnam gibt seinen Widerstand gegen Abschiebungen auf und schließt mit der BRD ein »Rückführungsabkommen«. Dort werden 5000-6500 Abschiebungen pro Jahr vereinbart.

September 1995
Der Wohnkomplex Rhinstraße in Berlin-Lichtenberg wird geräumt.





Diffamieren, kriminalisieren, abschieben

Zum Hintergrund rassistischer Polizeiübergriffe auf VietnamesInnen

Seit der Vereinigung sind VietnamesInnen - ehemalige VertragsarbeiterInnen und AsylbewerberInnen - in Berlin und den anderen ostdeutschen Bundesländern massiven polizeilichen Repressionen ausgesetzt:

– Regelmäßige Razzien in Wohnheimen, bei denen oft ohne Durchsuchungsbefehle ganze Häuserblocks durchwühlt, Türen eingetreten und BewohnerInnen zusammengetrieben und über Stunden an Heizkörper gefesselt werden;

– willkürliche und zum Teil äusserst brutale Kontrollen auf der Straße;

– schwere Mißhandlungen auf Polizeiwachen.

Die Polizeiübergriffe sind keine Einzelfälle, wie von Polizeiführung und politisch Verantwortlichen beharrlich behauptet wird. Sie ereignen sich vor dem Hintergrund eines staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit den vietnamesischen VertragsarbeiterInnen und Flüchtlingen, der deutlich rassistische Züge trägt.

Diese Politik verfolgt seit der Wende das Ziel, eine gesellschaftliche Gruppe von Menschen insgesamt gezielt zu diffamieren und zu kriminalisieren, um die Voraussetzungen für massenhafte Abschiebungen zu schaffen.

Zu dieser Politik gehören:

– Die schrittweise Verschlechterung des Aufenthaltsstatus;

– Massenentlassungen entgegen arbeitsvertraglichen Verpflichtungen;

– die Verdrängung der VietnamesInnen in informelle, halblegale und illegale Nischen der Existenzsicherung;

– die gezielte gesellschaftliche Ausgrenzung durch die pauschale Diffamierung als organisierte Kriminelle;

– Einschüchterung und Mißhandlung durch die Polizei.

Rassistische Mißhandlungen durch die Polizei – Entpolitisierung durch die Justiz

Die rassistischen Übergriffe der PolizistInnen sind einerseits Bestandteil des im Polizeiapparat verankerten strukturellen Rassismusses, so wie ihn die meisten MigrantInnen in unterschiedlicher Form schon einmal am eigenen Leibe erlebt haben.

Andererseits wirkt das durch Politik und Medien geschaffene feindselige Klima gegen die VietnamesInnen wie eine Aufforderung an die PolizistInnen, besonders hart durchzugreifen.

Der konkrete polizeiliche Handlungsbedarf - nicht nur hinsichtlich vietnamesischer Zigarettenhändler, sondern gegen VietnamesInnen überhaupt - wurde durch die eigenen Polizeistrukturen, die innenpolitische Führung und die Medien-Berichterstattung erst produziert.

Zudem erlauben die extrem labile Alltags- und Lebenssituation der VietnamesInnen und die unausgesprochene Rückendeckung von Politik und Gesellschaft es den PolizistInnen, sich bei ihren körperlichen Mißhandlungen an den VietnamesInnen derart sicher zu fühlen, daß sie davon ausgehen, keinerlei Repressionen und Sanktionen fürchten zu müssen.

Und die jüngste Entwicklung scheint ihnen Recht zu geben:

Ermittlungen gegen PolizistInnen, denen vorgeworfen wurde, VietnamesInnen mißhandelt zu haben, begannen erst im Sommer 1994, nachdem der Verein »Reistrommel« Gedächtnisprotokolle der Betroffenen gesammelt und öffentlich gemacht hatte. Das öffentliche und mediale Interesse war anfänglich groß, und so waren die politisch Verantwortlichen gezwungen zu handeln.

Eine polizeilich-staatsanwaltliche Sonderkommission unter Leitung des Oberstaatsanwaltes Carlo Weber wurde eingerichtet und rund 75 Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen eröffnet.

Von diesen 75 Verfahren waren im März 1995 bereits 39 wieder eingestellt worden, inzwischen sind wohl noch weitere Einstellungen hinzugekommen.

In einem angeklagten Fall kam es zu einem Freispruch, drei Polizisten sind zu Bewährungsstrafen verurteilt und zwei anhängige Strafverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Die mit viel Medien-Öffentlichkeit eingesetzte polizeilich-staatsanwaltliche Ermittlungskommission wurde bereits am 16.12.94, d.h. als die meisten Ermittlungsverfahren noch anhängig waren, wieder aufgelöst. Diese vorzeitige Auflösung scheint um so unverständlicher, als die Ermittlungsbeamten vorher stets über Überlastung geklagt hatten.

Die Staatsanwaltschaft begründet die hohe Zahl eingestellter Ver-

fahren mit fehlenden konkreten Angaben seitens der Opfer, mit deren widersprüchlichen Aussagen, damit, daß PolizistInnen nicht wiedererkannt wurden oder sich der Anfangsverdacht - z.B. der der Hinterziehung von Schmuggelzigaretten durch PolizistInnen - nicht erhärtet hätte.
Auch behauptet die Staatsanwaltschaft, die fehlende Aussagebereitschaft der Opfer/Zeugen erschwere die Ermittlungen.
Hauptgrund für die Einstellungen der Verfahren ist jedoch, daß die VietnamesInnen fast immer alleine sind, die PolizistInnen jedoch immer zu mehreren und so behaupten können, daß sie angegriffen wurden und aus Notwehr gehandelt haben. Solche Aussagen dienten bereits mehrmals als Begründung zur Verfahrenseinstellung, obwohl ärztliche Atteste von den verletzten VietnamesInnen vorlagen.
Diese prototypische Entwicklung der polizei-internen Ermittlungen sowie die Einstellung der meisten Verfahren - letztlich werden vielleicht noch eine Handvoll Fälle überhaupt zur Anklage kommen - nützt der Polizeiführung und dem Innensenator bei der Durchsetzung ihrer Sicht der Dinge, wonach die Polizei zu Unrecht beschuldigt wurde.

Am 5. Mai 1995 war ein Vietnamese am U-Bahnhof Samariterstraße von einem Polizisten niedergeschossen worden, als er versuchte wegzulaufen. Er wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Das Ermittlungsverfahren gegen diesen Polizisten (wegen »Körperverletzung im Amt«) wurde unterdessen eingestellt, der Anwalt der Vietnamesen hat Beschwerde eingelegt. Aufgrund der Schußverletzung wird der linke Arm des Vietnamesen für immer gelähmt bleiben. Wir haben ein Spendenkonto für ihn (und seine Verteidigung) eingerichtet:
Antirassistische Initiative
Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr. 303 96 06
BLZ 100 200 500
Stichwort »Dang«

Der Ausgang der Ermittlungsverfahren überrascht uns nicht. Ohnehin stellt die Zahl der Anzeigen sowieso nur die Spitze eines Eisberges dar, nicht aber die tatsächliche Dimension des polizeilichen Rassismus. Dies alles ist auch den Staatsanwaltschaften wohl bekannt. Die Konsequenz müßte sein, den besonderen Schwierigkeiten bei Ermittlungen gegen PolizistInnen mit besonderer Sorgfalt und entsprechendem personellem Aufwand zu begegnen. Anders können Fälle polizeilicher Mißhandlungen nicht aufgeklärt werden.
Schlimmer wiegt jedoch, daß diese Einstellungen gleichzeitig einen Freibrief und eine Vergewisserung für die einzelnen Polizisten darstellen. Sie können davon ausgehen, daß rassistischen Mißhandlungen auch künftig folgenlos bleiben werden.

Gegenmaßnahmen

Die massenhaften, durch soziale Destabilisierung, Diffamierung und Kriminalisierung vorbereiteten und unterstützten Übergriffe der Polizei lassen sich allein auf der juristischen Ebene weder ahnden noch bekämpfen. Die rassistische Behandlung dieser Menschen hat System und ist daher eine politische Frage, die politisch aufgegriffen und entschieden werden muß.
Kriminalisierung und Illegalisierung haben rechtliche Grundlagen. Die Sondergesetzgebung für MigrantInnen und Flüchtlinge muß abgeschafft werden. Sie müssen die gleichen Bürgerrechte wie allen anderen haben. Alle hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge müssen allgemeine Aufenthalts- und Arbeitsrechte sowie das Recht auf politische Selbstbestimmung erhalten. Das allein schafft polizeilichen Rassismus nicht ab. Die restriktive Ausländerpolitik erteilt aber durch die Sondergesetzgebung zum einen rassistische Aufträge an die Polizei (z.B. Abschiebungen, Grenz»sicherung«), zum anderen schafft sie Situationen, die polizeilichen Rassismus begünstigen (z.B. Überprüfungen des Aufenthaltsstatus, Kontrollen der Arbeitserlaubnis).
Solange der Polizei eine repressive Aufgabe in der staatlichen Migrationspolitik zukommt, kann sich an der gegenwärtigen Situation auch wenig ändern.
Die staatliche rassistische Hetze muß beendet werden.
Sie liefert die öffentliche Legitimation für rassistische Polizeigewalt (Siehe Seite 24 ff).
Rassismus in der Polizei ist kein individuelles Problem einzelner PolizistInnen, sondern vor allem ein strukturelles des Apparates.
Daher sind umfassende Reformen der Polizei notwendig. Hierzu gehören Maßnahmen gegen den polizeilichen Korpsgeist. Einheiten der kasernierten Bereitschaftspolizei und der paramilitärische Bundesgrenzschutz müssen aufgelöst werden.
Sonderermittlungsgruppen, die die Verfolgung von sogenannten ausländerspezifischen Straftaten zum Ziel haben, müssen ebenfalls verschwinden. Sie produzieren und bestätigen allein durch ihre Existenz rassistische Feindbildschemata. Ist eine Ermittlungsgruppe erst einmal eingerichtet, dann besteht auch ein Eigeninteresse der Abteilung, ihre Notwendigkeit durch Bereicherung der Kriminalstatistik zu beweisen. Die Horrorszenarien zur organisierten Kriminalität sind hierfür ein gutes Beispiel. Bevor sich Kriminologen und Polizeistrategen überhaupt darüber einigen konnten, wann von organisierter Kriminalität gesprochen werden soll, gab es schon Ermittlungsgruppen, die die beschworene Gefahr ausländischer Mafiabanden bekämpfen sollten.
Für die genannten Reformnotwendigkeiten gibt es derzeit keine Mehrheiten in der BRD. Sie bleiben also zunächst abstrakte Ziele.
Die ersten Schritte in diese Richtung müssen u.E. sein, mehr Transparenz des Polizeiapparates und seiner Tätigkeit durchzusetzen, um genauer benennen zu können, welche Reformen innerhalb der Polizei erforderlich sind und um eine Öffentlichkeit für weitergehende Forderungen zur gesellschaftlichen Rolle der Polizei zu schaffen.
Die Dokumentation und Veröffentlichung von konkreten Fällen von Mißhandlungen ist eine Möglichkeit, die rassistische Praxis der Polizei transparenter zu machen. Sie hat aber auch klare Schranken. Durch die starke Abschottung der Polizei nach außen ergibt sich durch die Erfahrungen der Opfer immer nur ein ausschnittsweiser

und indirekter Blick auf rassistische Strukturen. Dies macht es bei Veröffentlichung dieser Fälle Polizeisprechern und Innenpolitikern leicht, sie als vereinzelte Verfehlungen einzelner Polizisten abzutun.
Ein wirklicher Einblick läßt sich nur über unabhängige Kontroll- und Untersuchungsausschnsse erreichen.
Wichtig wäre, daß solche Ausschüsse eigenständige Ermittlungsbefugnisse hätten und sich nicht nur auf Ermittlungen und Informationen von Polizei und Innenbehörden stützen müßten. D.h., Ausschußmitglieder erhalten das Recht, bei Razzien beobachtend teilzunehmen, ihnen wird jederzeit Zugang zu Polizeiwachen gewährt, sie können Protokolle und Dienstpläne einsehen. Allein durch diese beobachtende Teilnahme ist ein Kontrolleffekt zu erwarten, durch die viele Übergriffe verhindert werden könnten.
Betroffene könnten sich direkt an die Ausschüsse wenden, die dann den Vorwürfen nachgehen würden. Dies würde es vielen Betroffenen überhaupt erst ermöglichen, über die erlittenen Mißhandlungen zu sprechen. Dadurch könnte der vielfach absurden und aussichtslosen Situation begegnet werden, daß Betroffene entwürdigende Schmähungen und Mißhandlungen durch Polizisten bei ihren Kollegen zur Anzeige bringen müssen. Aus guten Gründen (Gefahr sofortiger Gegenanzeige, oft völliges Unverständnis oder Ignoranz der ermittelnden Beamten, Einschätzung der Sinnlosigkeit von Anzeigen, die sowieso mit Freispruch für die Polizisten enden) sehen viele Betroffene davon ab.
Parteiproporz und Fraktionsdisziplin läßt es nicht als sinnvoll erscheinen, Untersuchungsausschüsse auf parlamentarischer Ebene einzurichten. Sinnvoller wäre beispielsweise die Teilnahme von VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen, Flüchtlingsräten, Menschenrechtsorganisationen und AnwältInnen.
Durch regelmäßige Berichte vor Landes- und Bundesparlamenten ließe sich das Informationsmonopol von Polizei und Innenministerien ein Stück weit auflösen und die Diskussion um innere »Sicherheits«politik, Polizeistrukturen und -praktiken könnte auf einer anderen Grundlage breiter geführt werden.

Andreas Rosen und Dietrich Steinhof/ARI

Rechtsstaat in Aktion

Interview mit den RechtsanwältInnen Petra Schlagenhauf und Martin Rubbert zu den Polizeiübergriffen gegen Vietnamesen

Ihr habt in mehreren Fällen die Ermittlungen begleitet und die Nebenklage von Vietnamesen vertreten, die Opfer polizeilicher Übergriffe wurden. Gibt es Eurer Ansicht nach bestimmte Muster bei diesen Übergriffen?

Petra Schlagenhauf (P.S.): Es gibt verschiedene Situationen von Übergriffen. Da ist zum einen die Mißhandlung in der direkten Festnahmesituation. Hier gibt es verschiedene Abstufungen, wieviel Gewalt die Polizisten anwenden. Dann gibt es die Mißhandlungen nach der eigentlichen Festnahme. Diese Mißhandlungen sind noch schwerer nachzuweisen, denn das Ganze findet meistens in einem geschlossenen Polizeiwagen oder auf Polizeirevieren ohne weitere Zeugen statt. Und dann gibt es noch eine dritte Stufe, wie zum Beispiel in Bernau. Das war eine Mißhandlung in einer Situation, die eigentlich schon wieder abgekühlt war, hier wurde die Grenze zur Folter erreicht. Das war eine zweckgerichtete, den Menschen erniedrigende und herunterstufende Mißhandlung.

Martin Rubbert (M.R.): Weiter strukturieren kann man das ganze hinsichtlich der Opfergruppen. Dies sind durchweg unterpriviligierte Gruppen in unserer Gesellschaft. Dies sind zum einen Ausländer und Illegale, von denen man eben nicht erwartet, daß sie sich wehren, weil sie ja was zu verlieren haben (Aufenthalt etc.). Dann gibt es noch jene Opfergruppen von ImmigrantInnen, die einen legalen Status haben, und wo dem Vorgehen der Polizei schlicht ein rassistisches Element anhaftet. Schließlich existiert auch ein hartes Durchgreifen gegen sonstige Randgruppen, bei denen man annimmt, daß die nicht viel an Lobby hinter sich haben.

Inwieweit denkt Ihr, daß der Polizeiapparat an sich solche Übergriffe und Exzesse gegen marginalisierte Gruppen begünstigt?

P.S.: Nehmen wir zum Beispiel den sog. »Rippenbruch-Fall« (Mißhandlung eines Vietnamesen durch einen Polizisten. Sein Kollege hat zugeschaut). Es ist ein Problem für den Polizisten, weil die rechtliche Reaktion eigentlich sein müßte, daß er seinen mißhandelnden Kollegen anzeigt. Verbal hat der ja noch interveniert und seinen Kollegen gefragt, »Warum schlägst Du den denn?«. Trotzdem erfolgt dann erst mal die normale Schulterschluß-Reaktion. Wenn er tatsächlich eine Anzeige machen würde, flöge der Kollege aus dem Dienst. Und diesen Schritt zu tun, heißt, ziemlich weit zu gehen.
Ich gehe mal davon aus, daß es viele Polizisten gibt, die das eigentlich nicht gut finden, was da passiert, die aber dann den entscheidenden Schritt nach außen nicht vollziehen.
Für den einzelnen Polizisten ist das ja auch ein Problem. Er ist das »Verräterschwein« und kann sich wohl in seiner Dienststelle einsargen lassen. Es hängt also nicht nur von seinen hehren moralischen Ansprüchen ab, sondern ist mit konkreten Schwierigkeiten für ihn verbunden.

M.R.: Hinzu kommt dann vielleicht noch die Wechselwirkung zwischen Außen- und Selbstbild der Polizei. Da tut man jetzt vielleicht dem einzelnen Polizisten Unrecht und pauschalisiert, aber die Polizei hat sich eben ein bestimmtes Bild nach außen geschaffen. Das ist auch der Grund, warum bestimmte Leute da nicht hingehen und andere gerade deswegen da hingehen.
Daneben gibt es noch das Problem – gerade bei Großeinsätzen wie Demonstrationen und Razzien –, daß der einzelne Beamte schwer zu identifizieren ist, weil er anonymisiert und uniformiert ist.

Lassen sich denn bestimmte Strukturen ausmachen, wo eigentlich schon ein bestimmtes rassistisches Vorgehen von oben vorgegeben wird – z.B. die regelmäßig angelegten Razzien in den Wohnheimen der Vietnamesen, wo zum Teil ohne Durchsuchungsbefehl ganze Wohnblocks durchsucht werden?

P.S.: Dazu muß man sagen, daß die Polizisten die Vietnamesen ja nicht als Vietnamesen erleben, sondern nur als potentielle Straftäter und Zigarettenhändler. Die gehen schon mit einer Prädisposition an die Vietnamesen heran. Sie sagen, das sind alles potentielle »Gefahrenherde«. Analog dazu: Das Ausländergesetz z.B. gehört zum Polizeirecht, zur potentiellen Gefahrenabwehr. Nach diesem Verständnis ist der Ausländer juristisch ein Teil einer bestimmten Gefahr, er kann ja immer den inneren Frieden stören. Das ist strukturell in dem Denken der Verantwortlichen und Ausführenden verankert.

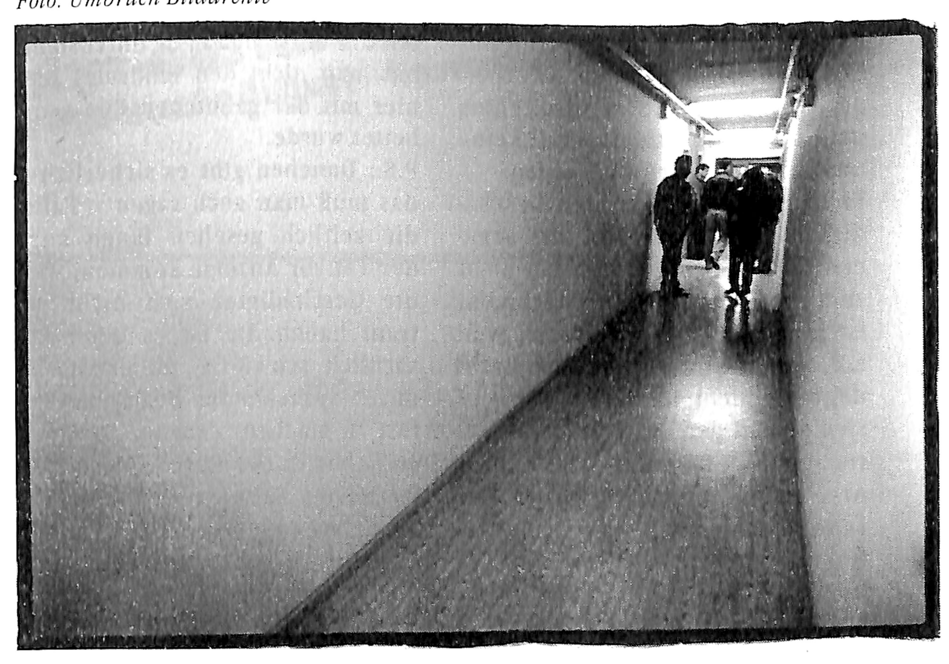
Dieses Denken setzt natürlich auch noch bestimmte Schwellen bei den eingesetzten Beamten runter.

M.R.: Bei den Razzien wird sehr pragmatisch verfahren gemäß der fast sicheren Erwartung »Irgendwo finden wir was«. Und das legitimiert dann auch die »überzogenen« Einsätze. Zusätzlich wird das ganze noch unterstützt durch die extremen Parolen gegen den Zigarettenhandel. Parallel dazu läuft die Entkriminalisierung des deutschen Zigarettenkäufers, der ja nach dem Strafgesetz nur eine Ordnungswidrigkeit begeht. Die Strafverfolgung konzentriert sich ausschließlich auf die Zigarettenhändler. Das alles sind Zeichen einer Politik, die auf eines abzielt: Wie verhalten wir uns gegenüber dem straffälligen Ausländer?

Spielen denn irgendwelche Sondereinheiten im Rahmen der Übergriffe eine besondere Rolle?

P.S.: Nein, nach unseren Erfahrungen nicht. Ich glaube eher, daß es bestimmte Polizeiabschnitte sind. Bestes Beispiel ist der Abschnitt 16/Osloer Straße. Da waren immer dieselben Beamten im Einsatz, da standen auch mehr oder minder immer dieselben Vietnamesen. Das ging dann soweit, daß die sich nachher kannten, sich grüßten und sich bestimmte Dinge einschlichen wie zum Beispiel die »freiwillige Geldübergabe«. Daraus könnte man dann schlußfolgern, daß, wenn die Polizisten öfters mal den Abschnitt wechseln würden, dann könnte das auch bestimmte Übergriffstrukturen behindern.

Foto: Umbruch Bildarchiv



Dies gilt vor allem für die Übergriffe auf der Straße. Was anderes sind die Übergriffe in den Wohnheimen, wo wir auch Mißhandlungsfälle, Übergriffe und Geld-Klauerei haben. Hier wird gesagt, die Vietnamesen sind die bösen Buhmänner, die schädigen den Staat und hier greifen wir hart durch. Das ganze wird dann entsprechend noch in der Öffentlichkeit und den Medien unter Stichworten wie »Zigarettenmafia, Samurai-Schwerter und Tote« aufbereitet. Und solche Stimmungen sind dann wiederum politisch verwertbar.

Dahinter steht dann doch letztlich der Versuch, soviele Vietnamesen wie möglich rauszuwerfen. Anders war das damals mit den »Boat-people«. Da bestand noch die Absicht, diese zu integrieren. Die haben vorbildliche Integrationsprogramme, Deutschkurse etc. bekommen. Aber nach 1990, abgesehen von der Bleiberechtsregelung, die den politisch Verantwortlichen ja abgerungen wurde, gab es diesen Willen gegenüber den Vietnamesen nicht mehr.

Was sind denn Euer Erfahrung nach die Gründe dafür, daß es so selten zur Anklageerhebung gekommen ist? Die meisten Ermittlungsverfahren wurden schon im Vorfeld eingestellt, und die Gerichtsverfahren enden eigentlich unisono mit einem Freispruch für die angeklagten Polizisten.

M.R.: Dies ist in der Regel ein Glaubwürdigkeitsproblem. Und mit diesem Problem geht die Staatsanwaltschaft so um: Sie sagt, es gibt Widersprüche zwischen der Aussage des Vietnamesen und der der Polizisten. Es gibt zwar objektiv den Beweisanhalt aufgrund der Strafanzeige gegen den Polizisten. Das hängt dann von der Glaubwürdigkeit des geschädigten Vietnamesen ab, aber auf der anderen Seite gibt es den Polizisten X und seinen Kollegen Y, die beide übereinstimmend folgendes sagen, und somit ist im Rahmen einer Hauptverhandlung nicht damit zu rechnen, daß sie verurteilt werden.

Im Augenblick habe ich jedoch auch einen Fall, wo der einzige Belastungszeuge sich widersprüchlich geäußert hat und die Strafkammer sich trotzdem auf den Standpunkt stellt, man muß dessen Glaubwürdigkeit - trotz aller Widersprüche - mit Aufwand genau prüfen. So ist es letztlich auch richtig.

Denn, allein die schriftliche Aussage eines Zeugen oder des Geschädigten kann letztlich ausreichen, um eine Verurteilung herbeizuführen, wenn das Gericht aufgrund des persönlichen Eindrucks der Meinung ist, daß sie dieser Aussage mehr Glauben schenkt als den Aussagen zweier Polizisten. Aber soweit kommt es meist nicht,

weil die Staatsanwaltschaft diese Wertung nicht zuläßt. Diese Linie hat sich eingeschliffen.
P.S.: Dazu kommt ein strukturelles Problem. Dieses Delikt, »Körperverletzung oder Strafvereitelung im Amt« hat im Standardfall keine unabhängigen, dritten Zeugen.
Es hängt dann oft an den Geschädigten selbst. Da wird oft argumentiert, die sind ja nachher nicht zum Arzt gegangen. Das Argument ist ja ein bißchen weltfremd, weil z.B. ein Asylbewerber aus Brandenburg nicht in Berlin – wo er sich gemäß der Bestimmungen unrechtmäßig aufhält – zu einem Arzt gehen wird. Das wird den Leuten dann nicht nur vorgeworfen in Verkennung ihrer realen Lebensumstände, sondern als ein Glaubwürdigkeitsproblem gegen sie verwandt. Es gibt zusätzlich noch das strukturelle Problem, daß es fast nie Außen-Zeugen gibt. Es ist dann ein Glücksfall, wenn es unabhängige Zeugen gibt, die die Version des Geschädigten stützen. Strukturell entstehen solche Übergriffssitutionen im Inneren der Staatsgewalt, das heißt im Polizei-Wagen, auf der Wache, bei Razzien in Wohnheimen etc.

Meint Ihr, da fehlt dann einfach nur ein Ermittlungsinstrumentarium oder ist das vielleicht nicht doch ein Kalkül der Staatsanwaltschaft, solche unklaren Ermittlungen dann schnell einzustellen?
P.S.: Ich denke, das liegt dann doch an der Staatsanwaltschaft. Die könnte ja auch sagen, wir klagen an, weil wir einen hinreichenden Tatverdacht annehmen, wenn die Aussagen der Geschädigten in sich schlüssig und detailliert sind. Daß dies oft nicht gemacht wird, ist dann tatsächlich eine politische Sache.
M.R.: Es ist so, daß ein »hinreichender Tatverdacht« die Eröffnungsschwelle für das Hauptverfahren darstellt, und diese Schwelle wird in den Verfahren gegen Polizisten deutlich höher angesetzt als in anderen Verfahren. Diese Vorwürfe und Anschuldigungen, die ja schwerwiegend sind, bedürften dringlich einer Aufklärung. Gerade auch wenn man bedenkt, daß immer noch Verfahren aus dem Jahre 1994 offen sind, wo klar ist, daß Zeugen und Geschädigte sich nunmehr vielleicht illegal aufhalten oder nicht mehr auffindbar sind und dadurch ihr Mitwirken im weiteren Verfahren unwahrscheinlicher wird. Wenn man sich die Akten der einzelnen Fälle durchsieht, hat man nicht den Eindruck, daß hier mit der gebotenen Eile gearbeitet wurde.
P.S.: Daneben gibt es sicherlich – das muß man auch sagen – Fälle, die zeitlich gesehen lange nach der Tat zur Anzeige kommen, weil die Geschädigten sich nicht getraut haben. Da ist es dann tatsächlich schwierig, zu ermitteln, die entsprechenden Beamten dingfest zu machen, Zeugen zu finden etc. Aber in der Regel sind die allermeisten Fälle gut dokumentiert und die entsprechenden Beamten identifiziert – gerade auch durch die Aussagen der Geschädigten und die von Stellen wie der »Reistrommel« geleistete Dokumentationsarbeit.

Bei all Euren bisherigen Erfahrungen, die Ihr im Umgang mit den Fällen bei der Ermittlung und in den Verfahren gemacht habt. Denkt Ihr, daß der juristische Weg für die Geschädigten sinnvoll und empfehlenswert ist?
P.S.: Ich denke, er ist nicht ausreichend, aber er ist notwendig. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Weg hin zur Strafanzeige richtig ist und ich würde auch jedem Mandanten, trotz aller Schwierigkeiten, dazu raten. Die Tatsache, daß die allermeisten Verfahren eingestellt wurden, besagt ja nicht, daß dies alles nicht existiert hat. Vielleicht ist davon auszugehen, daß, wenn die siebte oder achte Anzeige gegen einen Polizeibeamten kommt, sich die Glaubwürdigkeit des achten Geschädigten dann auch bei der Staatsanwaltschaft erhöht. Daneben ist es natürlich wichtig, daß die Geschädigten neben der juristischen Betreuung auch sonst noch unterstützt und begleitet werden, daß jemand zur Polizei mitgeht etc.
M.R.: Ich stimme Dir zu, für mich ist es aber auch die Frage, wie hat es der Einzelne erlebt. Das Problem hat Ähnlichkeiten zu Vergewaltigungsprozessen. Es kommt zu dem Prozeß, und die Leute müssen da nochmal durch. Dann heißt es, es stimmt ja alles gar nicht, warum sollte unsere Polizei so etwas tun, die Betroffenen fühlen sich ohnmächtig. Solange sich der einzelne in so einer Situation nicht als gesellschaftlich und politisch handelndes Individuum begreift, das denkt, »Was mir passiert, kann auch jedem anderen passieren«, enden solche Ermittlungen/Verfahren für den einzelnen oft frustrierend.
Nachdem die Reistrommel die Ermittlungen ins Rollen gebracht hatte gab es ja eine unheimliche Euphorie auch unter den Vietnamesen. Es gab vorher Fälle, wo einzelne ihre Ohnmacht kaum ausgehalten hatten und diese versucht haben, im Suff zu verdrängen. Und dann gab es auf einmal die Chance, sich zu artikulieren. Endlich hört mir mal jemand zu, nimmt meine Demütigung zu Protokoll, auch – oder gerade – wenn es ein Kriminalbeamter war. Wenn dann das Ganze letztlich mit einem Freispruch endet, obwohl die Geschädigten sich so immens eingebracht haben, da ist dann die Frustration unendlich groß.
Also, prinzipiell, ja, der Weg zur Anzeige macht Sinn, aber ich würde jeden Geschädigten künftig an meinen vielfältigen Erfahrungen mit dem Verlauf solcher Anzeigen partizipieren lassen.

Haltet ihr denn den juristischen Weg auch politisch für sinnvoll, um strukturelle Reformen und Veränderungen bezüglich des polizeilichen Rassismus herbeizuführen?
P.S.: Natürlich bleibt unabdingbar, neben der juristischen Aufarbeitung das Ganze auch politisch über Forderungen nach Veränderungen und Öffentlichkeitsarbeit zu thematisieren.
Aber es wäre unsinnig, dieses Feld der rechtlichen Auseinandersetzungen so einfach kampflos zu räumen. Wenn Du das tust, dann stehst du auch auf dem Feld der politischen Auseinandersetzung schwächer da.
M.R.: Es geht ja auch um die Form der Auseinandersetzung nach den einzelnen Strafverfahren. Gerade, wenn ich sage, dies sind keine Einzelfälle, sondern es gibt derer viele, dann muß ich die auch kennen, um sie in der politischen Auseinandersetung anzuführen.

Interview: Andreas Rosen, Dietrich Steinhof / ARI

Ansonsten schmeiß ich euch raus!

Ablauf der Räumung in der Rhinstraße August – November 1995



Foto: FelS

Der Wohnkomplex Rhinstraße 105 in Berlin-Lichtenberg besteht aus drei Blocks. Nach den Räumungen in der Havemannstraße lebten hier bis zu 3000 VietnamesInnen. Bis Ende August erhalten alle MieterInnen von Block C Kündigungen; es folgt Block B bis Ende September und Block D bis Ende Oktkober. Offizieller Kündigungsgrund: »Notwendige Instandsetzungsarbeiten«.

28. August

Die Beratungsstelle »Reistrommel« und das »Aktionsbündnis für Bleiberecht« laden zu einem Informationsabend mit MieterInnen der Rhinstraße ein. Von zwölf Anwesenden entschließen sich sechs, gegen die Kündigung Widerspruch einzulegen.

29./30. August

Heimleiter Kretschmann geht durch Block C und schüchtert BewohnerInnen ein. Er kündigt an, Strom und Wasser abzustellen und die Schlösser auszutauschen.

31. August

Vier MieterInnen legen gegen die Kündigung Widerspruch ein.
Kretschmann geht in Begleitung von zwei Polizisten durch Block C und droht den VietnamesInnen, daß er sie mit Polizeigewalt rausschmeißen würde, wenn sie nicht bis 15.30 Uhr desselben Tages das Gebäude verlassen hätten.

1. September

Die ARWOBAU verschließt die Eingangstüren von Block C. Am Tag darauf beobachten zwei UnterstützerInnen, wie zwei Wachschützer sämtliche Türen im Erdgeschoß aufschließen und die Zimmer durchsuchen.

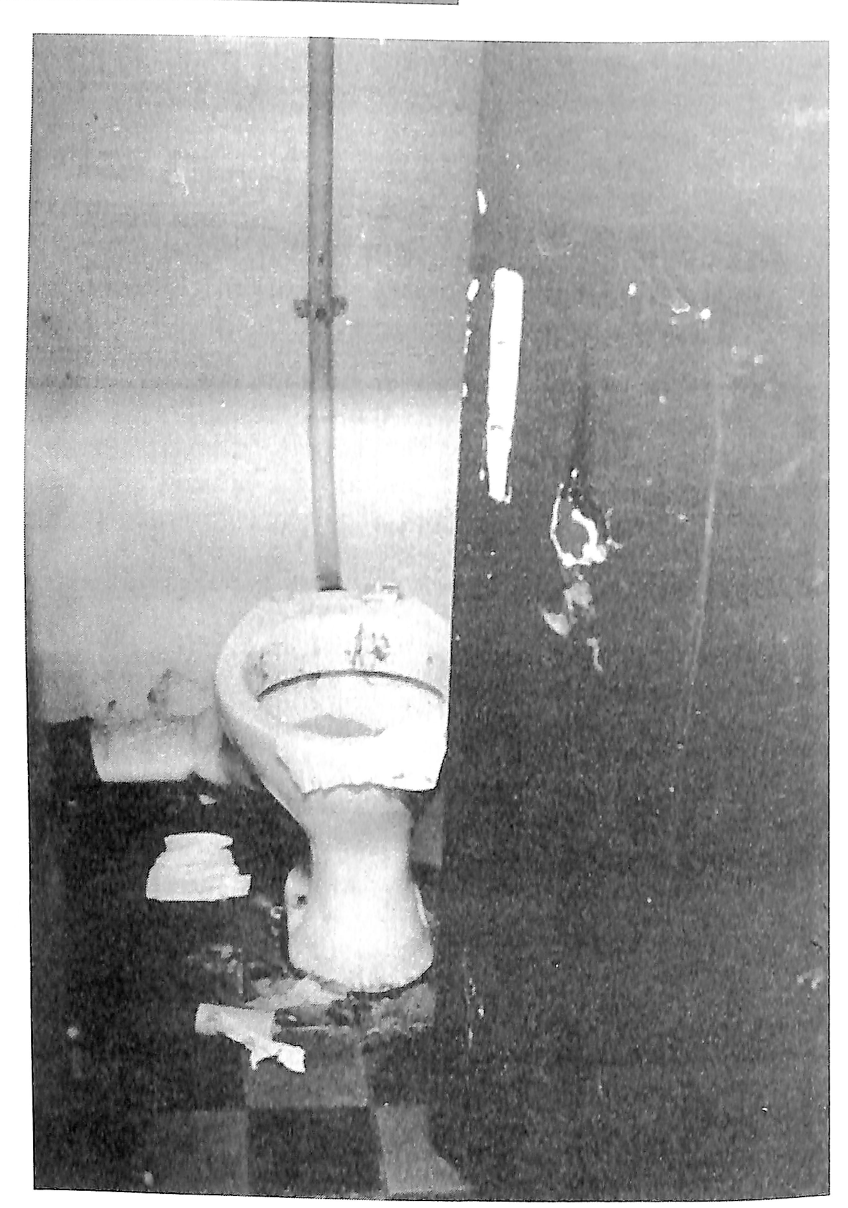
5. September

Das Amtsgericht Lichtenberg erläßt ›einstweilige Anordnungen‹, nach denen vier AntragstellerInnen umgehend von der ARWOBAU Zugang zu ihren Zimmern im Block C zu gewähren ist.
Abends gehen Wachschutz und Polizei gegen UnterstützerInnen vor. Die Polizei nimmt die Personalien einer Unterstützerin auf – anschließend wird diese durch den Wachschutz vom Gelände verwiesen.

6. September

Die Antwort der ARWOBAU auf die gerichtliche ›einstweilige Anordnung‹ vom Vortag: Die Eingangstüren werden mit Gittern zugeschweißt, die Fenster im Erdgeschoß vergittert. Zwei ARWOBAU-Bedienstete beginnen, alle Zimmer leerzuräumen.
Zwei der MieterInnen nehmen im Beisein ihres Anwalts ihre Zimmer in Augenschein. Sie müssen feststellen, daß ihre Zimmer leergeräumt sind und ihr Eigentum verschwunden ist. Sobald der Räumtrupp Feierabend hat, wird Block C wieder verschlossen.
Kretschmann und der »ARWOBAU-Beauftragte für Ausländerangelegenheiten«, Herr Neubert, polemisieren gegen die MieterInnen, denen das Gericht zunächst Recht gab: diese seien »alles Kriminelle«.

Fotos: FelS





16. September
Zweite Informationsveranstaltung mit MieterInnen der Rhinstraße und der Zingster Straße. Die ca. 50 anwesenden MieterInnen diskutieren Maßnahmen gegen die Vertreibungsversuche der ARWOBAU. Es wird beschlossen, einzeln und gemeinsam gegen die Kündigungen (Block B und D und Zingster Strasse) bei der ARWOBAU Widerspruch einzulegen.

29. September
Im Wohnblock B werden einige Türen durch die Heimleitung gewaltsam geöffnet wurden, nachdem niemand von innen öffnete.

1. Oktober
Die Kündigungsfrist für den Wohnblock B läuft ab. Zum Monatswechsel haben dort etwa 30 MieterInnen, im Block D ca. 15 Widerspruch gegen die Kündigungen eingelegt.

2. Oktober
Aufgrund des enormen Drucks und der Befürchtung, durch Heimleitung und Polizei geräumt zu werden, haben viele BewohnerInnen ihre Wohnungen verlassen. Sehr wenigen MieterInnen wurde von der ARWOBAU eine teurere Wohnung in der Gehrenseestraße (Einlaßkontrollen) angeboten. Noch weniger haben das Angebot angenommen.

7. Oktober
Die Bedingungen im Block B haben sich seit dem Monatswechsel dramatisch verschärft. Die kalte Räumung wird forciert: Täglich entstehen neue Rohrbrüche, ganze Wohneinheiten und Flure stehen unter Wasser und liegen ohne Strom im Dunkeln. Die ARWOBAU hat im Block B die Reinigung eingestellt, so daß sich Dreck und Müllberge in den leeren Zimmern und Küchen auftürmen. Der Gestank im Haus wird unerträglich.

9. Oktober
Kretschmann nimmt seine Angriffe gegen die BewohnerInnen wieder auf und versucht, sie durch Terror zu vertreiben. Gemeinsam mit Helfershelfern geht er durch die Gänge und führt eigenmächtige Paßkontrollen durch; er wirft Leute raus, die dort nicht gemeldet sind. Bei einem Großteil der Türen wechselt er die Schlösser aus, so daß viele BewohnerInnen ihre Wohnungen nicht mehr benutzen können, andere Türen hängt er, ungeachtet des darin befindlichen Eigentums, aus. Einige Türen, die auf sein Klopfen nicht geöffnet werden, tritt er kurzerhand ein.
Kretschmann setzt ein generelles Ultimatum: Bis 16 Uhr soll der Block B leer sein – ansonsten »...schmeiß ich Euch raus!«
Das Aktionsbündnis für Bleiberecht informiert die Presse; einige Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin erscheinen vor Ort. Aufgrund des öffentlichen Drucks gelingt es der ARWOBAU an diesem Tag nicht, das Gebäude zu räumen.


Foto: FelS

11. Oktober
Kretschmann setzt seinen Terror gegen die BewohnerInnen unvermindert fort. Deutlich nervöser durch vermehrte Pressepräsenz, geht er jetzt zu tätlichen Angriffen auf UnterstützerInnen über.

13. Oktober
Noch 12 vietnamesische Familien beharren durch Anwesenheit auf ihrem Wohnrecht.

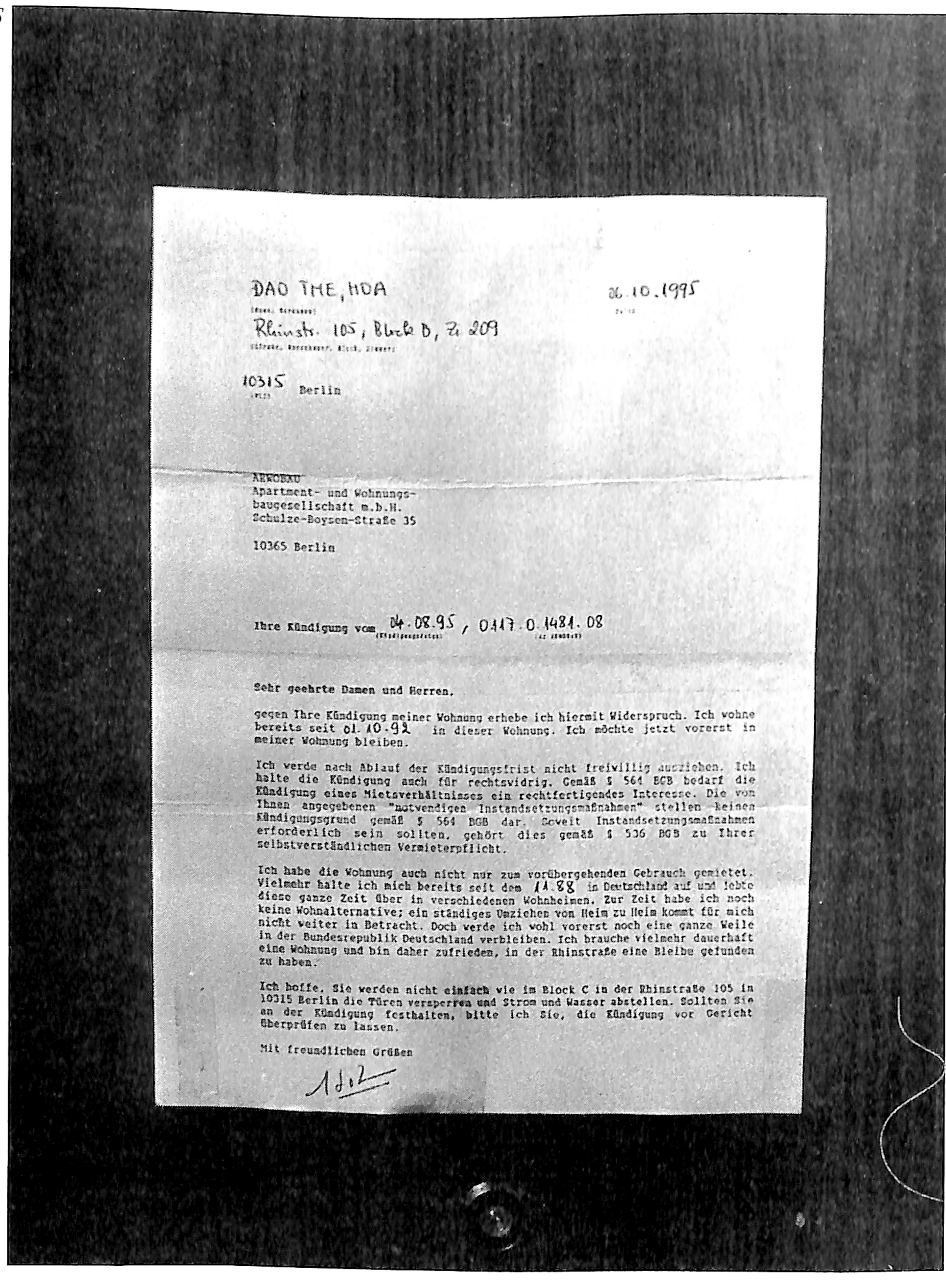
16. Oktober
Kretschmann wird durch Herrn Peikert »ausgetauscht«.
Nachdem die Pläne, den Block B zu schließen, immer undurchsetzbarer erscheinen, kommt es am Nachmittag zum Lokaltermin mit der Berliner Ausländerbeauftragten, Barbara John, BezirkspolitikerInnen, Vertretern der ARWOBAU, Vereinigung der Vietnamesen u.a. Ziel dieses Treffens ist die endgültige Räumung des Blockes. Nicht eingeladen, aber präsent ist die »Reistrommel« und das »Aktionsbündnis für Bleiberecht«.
In diesem Kreise wurde nochmal deutlich formuliert, was in der Woche vorher schon auf Flugblättern im Heim verbreitet wurde:
Die Beratungsstelle Reistrommel und das Aktionsbündnis für Bleiberecht würden die Menschen aufwiegeln, sie würden Unruhe stiften und wären schließlich schuld, »wenn was passiert«.
Mit erstaunlicher Vehemenz versichern alle Verantwortlichen den restlichen MieterInnen aus Block B, daß sie ihnen »unbedingt und sofort« Wohnungen verschaffen wollten.

18. Oktober
Die ARWOBAU verteilt Flugblätter im Block B und D, die die Menschen auffordern, den UnterstützerInnen (genannt ist die »Reistrommel«) nicht zu vertrauen. Wenn Probleme auftreten, sollen sie zum Bezirksamt gehen. Die Kündigungen würden im übrigen weitergelten.

26. Oktober
Gerichtstermin vor dem Amtsgericht Lichtenberg. Resultat: Die ARWOBAU gibt eine Unterlassungserklärung ab, in der sie versichert, daß »Besuche« und Schikanen jeder Art, die gegen die MieterInnen gerichtet sind, unterbleiben.

1. November
Die Kündigungsfrist für Wohnblock D läuft ab:
Der »neue« Heimleiter Peikert öffnet Wohnungen, hängt die Türen aus und vertreibt die BewohnerInnen. Das Mobiliar und das Eigentum der MieterInnen wird aus den Fenstern geworfen und mit LKWs als Sperrmüll entsorgt. In den ersten beiden Tagen des November werden so mindestens 30 Wohnungen brutal geräumt.
Entgegen ihrer Erklärung stellt die ARWOBAU im Block B das Licht auf den Fluren aus. Begründung: für die wenigen noch verbliebenen MieterInnen wäre es zu teuer.
Nur per Anwalt kann erzwungen werden, daß es wieder angestellt wird, freilich erst Tage später.

Foto: FelS



DAO THE, HOA

Rhinstr. 105, Block D, Zi 209

10315 Berlin

26.10.1995

ARWOBAU
Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft m.b.H.
Schulze-Boysen-Straße 35

10365 Berlin

Ihre Kündigung vom 04.08.95, 0117.0.1481.08

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen Ihre Kündigung meiner Wohnung erhebe ich hiermit Widerspruch. Ich wohne bereits seit 01.10.92 in dieser Wohnung. Ich möchte jetzt vorerst in meiner Wohnung bleiben.

Ich werde nach Ablauf der Kündigungsfrist nicht freiwillig ausziehen. Ich halte die Kündigung auch für rechtswidrig. Gemäß § 564 BGB bedarf die Kündigung eines Mietsverhältnisses ein rechtfertigendes Interesse. Die von Ihnen angegebenen "notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen" stellen keinen Kündigungsgrund gemäß § 564 BGB dar. Soweit Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich sein sollten, gehört dies gemäß § 536 BGB zu Ihrer selbstverständlichen Vermieterpflicht.

Ich habe die Wohnung auch nicht nur zum vorübergehenden Gebrauch gemietet. Vielmehr halte ich mich bereits seit dem 11.88 in Deutschland auf und lebte diese ganze Zeit über in verschiedenen Wohnheimen. Zur Zeit habe ich noch keine Wohnalternative; ein ständiges Umziehen von Heim zu Heim kommt für mich nicht weiter in Betracht. Doch werde ich wohl vorerst noch eine ganze Weile in der Bundesrepublik Deutschland verbleiben. Ich brauche vielmehr dauerhaft eine Wohnung und bin daher zufrieden, in der Rhinstraße eine Bleibe gefunden zu haben.

Ich hoffe, Sie werden nicht einfach wie im Block C in der Rhinstraße 105 in 10315 Berlin die Türen versperren und Strom und Wasser abstellen. Sollten Sie an der Kündigung festhalten, bitte ich Sie, die Kündigung vor Gericht überprüfen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

6. November

Abends erscheinen Zivilpolizisten der Direktion 7 (AG Nikotin) im Block D. Sie machen Paßkontrollen, nehmen den Menschen Grenzübertrittsbescheinigungen ab und nötigen sie, einer »freiwilligen« Ausreise durch Unterschrift zuzustimmen.

9. November

Weitere 13 Wohnungsräumungen erhöhen die Gesamtzahl der zwangsgeräumten Wohnungen auf 91. Peikert äußert die Absicht, die Zahl im Block D bis zum Wochenende auf 120 zu erhöhen.

Ein Großteil der BewohnerInnen der jetzt zwangsgeräumten Wohnungen hatte keine Hauptmietverträge, sondern lebte im Heim als UntermieterInnen. Durch die widerrechtliche Räumung sind sie in die Obdachlosigkeit gedrängt. Einige wenige versuchen, in den offenen (Türen ausgehängt und weggetragen) und geleerten Wohnungen weiter zu wohnen.

Für ca. 138 Mietparteien (größtenteils mit Hauptmietverträgen) werden angeblich Wohnungen gesucht.

10. November

Es herrschen Minusgrade. Die letzten zwei Mietparteien im Block B vertreibt die ARWOBAU noch einmal besonders brutal: um 16 Uhr Freitag abends werden Strom und Wasser abgestellt. Die MieterInnen, unter ihnen eine schwangere Frau, sitzen also mindestens das Wochenende über ohne Licht, Wärme und ohne Wasser.

13. November

Es haben keine weiteren Räumungen stattgefunden. Bemerkenswert ist das Verhalten einiger ARWOBAU-Mitarbeiter, die heftig an die Wohnungstüren klopfen und dabei rufen: »Aufmachen, Polizei!«.

Der Block D macht einen noch sehr bewohnten Eindruck. Stellenweise stehen die Flure allerdings durch tropfende Rohrbrüche unter Wasser. Viele Wohnungen sind leer; ihre Türen sind entfernt oder unverschließbar gemacht.

31. Dezember

Zum Jahresende ist der Block D leer. 138 Mietparteien aus dem Block D erhielten über die ARWOBAU eine Ersatzwohnung. Ebenso ein Großteil der MieterInnen aus Block B, die Widerspruch gegen die Kündigungen eingelegt hatten.

Aktionsbündnis für Bleiberecht

»Kaufen Sie bei VietnamesInnen Zigaretten?« »Nee, weil ich mir denke, die schmecken nicht so wie die anderen, und dann ist mir das auch viel zu gefährlich.«
»Ich kaufe auch Zigaretten bei Vietnamesen. Sie sind o.k. Die Preise unterscheiden sich. Das ist wichtig für mich bei dem, was die BRD mir gibt und was sie mir nimmt. Eine Rente geht für die Miete weg, dann haben wir andere Ausgaben, da geht die Hälfte meiner Rente weg, und damit haben wir im Prinzip fast nichts zum Leben.«

»Die Deutschen können nicht mehr die Miete bezahlen, dann setzt das Wohnungsamt Ausländer oder Asylsuchende rein und dann wird alles vom Sozialamt bezahlt. Das schafft eine Atmosphäre, die nicht sehr günstig ist.«

»Rauchen Sie?« »Ja« »Kaufen Sie bei VietnamesInnen Zigaretten?« »Hin und wieder, hin und wieder, aber meine Sorte - ich rauche Rothändle - die gibt es nicht, sonst würde ich ja nur da anstehen. Ich habe aber für meine Schwester schon welche besorgt.«

»Wir studieren hier nur, ich wohne gleich um die Ecke in dem Studentenwohnheim, das soll bis Oktober auch geschlossen werden, weil der bauliche Zustand sehr schlecht ist und weil da nichts mehr investiert werden soll.«

»Sie wollen arbeiten,



das ist das Problem«

»Ich wohne in der Nähe. Hier waren immer sehr viel Ausländer, überwiegend Vietnamesen. Ich wußte nicht, daß die Leute ausziehen mußten. Es werden üble Methoden gegen Ausländer auch von der Polizei angewandt. Ich finde es eine Unverschämtheit, wenn Vietnamesen vergewaltigt oder diskrimiert werden, was man von Polizisten nicht erwartet. Innerhalb der DDR ist es jetzt ja so geworden, daß jeder seine Tür zumacht und sein eigenes Leben lebt und alles andere interessiert dann nicht mehr - außer Konsum.»

»Ich kaufe bei Vietnamesen Zigaretten, weil es billiger ist. Ich finde es sinnvoller, denen das Geld zu geben, bevor der Staat es kriegt. Viele haben keine andere Einnahmemöglichkeit. Ich fände es ideal, wenn die Verkäufer die ganze Kohle kriegen würden, wenn sie nichts an andere abgeben müßten.«
»Ich gebe es in Auftrag, bei Straßenhändlern Zigaretten zu kaufen, ich selbst komme an keiner Stelle vorbei.«

»Wie gefällt Ihnen diese Ecke so?« »Potthäßlich, ich würde hier nicht wohnen wollen.«
»Trostlos, aber ich bin nur zu Besuch hier.« »Kennen Sie VietnamesInnen, die hier im Heim gewohnt haben?« »Diese Bürger hatten keine Arbeit. Wenn sie etwas illegal machen, dann, weil sie von etwas leben wollen. Es ist verboten, und sie zahlen keine Steuer, aber sie wollen auch arbeiten, das ist das Problem.«

»Ich selber habe ja eine AWG-Wohnung, aber wenn ich sehe, wieviel Wohnungen leerstehen, begreife ich überhaupt nicht, daß es soviel Obdachlose gibt. Es ist eine Katastrophe. Die Wohnungen stehen leer und verkommen, denn wen sie nicht geheizt werden, ist klar, fällt alles zusammen. Und hinterher denn heißt es, sie müssen abreißen. Alles wird abgerissen, und immer werden Bürohäuser, Bürohäuser gebaut. Und dann steht dran, daß sie leer sind.«

Umfrage: Irmgard, Heidje

Zwischen Vertragsarbeit und »organisierter Kriminalität«

Wie Berliner Tageszeitungen Abschiebungen diskursiv vorbereiten

»Die Zigarettenmafia hat ein breites Angebot. Kippen, Kokain, Kanonen: alles kompletti!« steht neben der riesigen, in der Mitte zerbrochenen Zigarette auf dem Plakat. Mit markigen Sprüchen wie diesem beschwört das Bundesfinanzministerium seit Ende 1994 die Gefahren des illegalen Zigarettenhandels und wirbt für den legalen Kippenkauf. Daß »organisierte Kriminalität« (OK) in aller Munde ist und sich vietnamesische ZigarettenhändlerInnen als Teil derselben längst in den Alltagsdiskurs eingesponnen haben, geht jedoch nicht nur auf das Konto der Politik. Auch die Medien haben am Bild der brutalen und gefährlichen vietnamesischen Mafiosi kräftig mitgestrickt.

Verschiebung des Mediendiskurses

Doch das war nicht immer so. In den ersten fünf Jahren nach der »Wende« (1990 bis 1994) hat sich die Berichterstattung über VietnamesInnen in Deutschland enorm verschoben, wie eine Analyse vier Berliner Tageszeitungen[1] zeigt. 1990 und auch Anfang 1991 werden VietnamesInnen dort ausgesprochen selten und in ganz verschiedenen Zusammenhängen erwähnt. Oft stehen die aktuelle Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen und ihre Schwierigkeiten infolge der politischen Wende in der DDR im Mittelpunkt. Das ändert sich Mitte 1991, als rassistische Übergriffe gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge ins öffentliche Interesse rücken: Ab Mai nimmt die Berichterstattung über rassistische Gewalt zu, ihr Höhepunkt ist während und nach den tagelangen Übergriffen im sächsischen Hoyerswerda im September und Oktober. Auch danach wird vermehrt über rassistische Gewalt gegen VietnamesInnen berichtet. Gegen Ende des Jahres werden die Artikel über rassistische Gewalt kleiner, verschiedene Ereignisse zunehmend zu Meldungen oder kurzen Artikeln zusammengefaßt.

Der Zigarettenhandel kommt in dieser Zeit nur selten zur Sprache, er wird sachlich und bisweilen sogar verständnisvoll behandelt. Selbst das Springerblatt *Berliner Morgenpost* sucht unter dem Titel »Alltag einer Vietnamesin: arbeitslos und voller Angst« (Mopo 4.6.91) nach sozialen Ursachen für den Zigarettenhandel einer ehemaligen Vertragsarbeiterin: »Ich war eine der ersten, die entlassen wurde.« Und: »Aber von irgendetwas muß ich doch leben.«

Wie Hoyerswerda führt auch das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 zu einem kurzen Anstieg der Berichterstattung über rassistische Gewalt. Zur gleichen Zeit taucht der illegale Zigarettenhandel in den Medien auf, ab November 1992 spitzen sich die Berichte zu. Während am Anfang meist recht sachliche Meldungen zu finden sind, werden die Artikel nun größer und der Ton schärfer. Hier taucht auch zum ersten Mal verstärkt die inzwischen so vertraute »Mafia-Rhetorik« auf. Formulierungen wie »Teil der organisierten Kriminalität« (Mopo 20.11.92), »die zumeist organisierten Schmuggler« (Tsp 19.1.93) und »die vietnamesische Zigarettenmafia (kämpft) gegenwärtig verbissen um Marktanteile« (BerlZ 23.2.93) finden sich in allen Zeitungen. Nicht selten beziehen sich solche Formulierungen auf reine Spekulationen, meist von seiten der Polizei und des Zolls, manchmal sind aber auch die AutorInnen ausgesprochen phantasievoll. Der Tenor: Die Bedrohung wächst.

1992 wird noch hin und wieder die Situation der VietnamesInnen als ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen thematisiert, danach spielt dieser Diskurs keine Rolle mehr. In diesem Jahr nimmt auch die Berichterstattung über Gewaltkriminalität[2] zu, bei der es u.a. um Gewalttaten unter VietnamesInnen geht und die dabei nicht selten einen Zusammenhang zum Zigarettenhandel herstellt.

Bis März 1993 halten sich die Diskurse über rassistische Gewalt und Zigarettenhandel einigermaßen die Waage, danach setzt sich letzterer eindeutig durch. Dieser Trend hält bis Mitte 1994 an, Verlautbarungen der Innenverwaltung und der Polizei haben Hochkonjunktur. Die Erklärung des Berliner Innensenators beispielsweise, in diesem Jahr seien bereits 50 vietnamesische Zigarettenschmuggler aus der Hauptstadt ausgewiesen worden, wird in drei der vier Zeitungen publiziert, eine Gegenposition holt keine von ihnen ein. Heckelmanns Fazit: »Wer sich der Rechtsordnung nicht unterwirft, hat in unserem Land nichts zu suchen.« (BerlZ, Mopo, Tsp 24.4.93)



»›Vietnam-Zigaretten‹: Kleinhändler in Todesangst« (Mopo), »Zigarettenschmuggler werden immer brutaler« (Tsp) und »Riesengewinne hinter einer Mauer des Schweigens« (taz) heißt es am 3.6.93 in den Zeitungen und eines wird klar: VietnamesInnen sind brutal und gefährlich. Diese Gefahr kann jedeN treffen – das schreibt zumindest die Berliner Morgenpost in ihrem Bericht über eine Dokumentation des »organisierten Verbrechens in Berlin«: »Schießereien zwischen kriminellen Banden, Straftäter, die zu immer brutaleren Mitteln greifen – nicht nur für Polizeibeamte, für jeden einzelnen Berliner wächst die alltägliche Gefahr, bei Revierstreitigkeiten oder Konkurrenzkämpfen ungewollt zwischen die Fronten der teilweise kriegserfahrenen Gangster aus Vietnam, dem Libanon oder aus Jugoslawien zu geraten.« (Mopo 18.6.93)

Was OK eigentlich ist, bleibt unklar. Der Tagesspiegel erklärt: »Die organisierten Kriminellen befassen sich mit Rauschgiftschmuggel, Menschenhandel, Erpressung, illegalem Müllexport, Waffenhandel und

Schutzgelderpressung. Von den insgesamt rund 1500 ermittelten Tatverdächtigen sind ein Drittel Ausländer: 25 verschiedene Nationalitäten mischen nach den Ermittlungen der Polizei dabei mit.« (Tsp 18.6.93) Daß demnach zwei Drittel der Tatverdächtigen Deutsche sind, scheint nicht berichtenswert. Hier wird der Eindruck erweckt, OK sei ein ausländisches Phänomen, das von MigrantInnen nach Deutschland gebracht werde und hier zu einer immer größeren Gefahr heranwachse. Wer will schon »zwischen die Fronten kriegerfahrener Gangster« gelangen? Am schlimmsten sind auch hier die VietnamesInnen: »Die Hemmschwelle zum Töten sei häufig sehr gering. Es bestehe die Gefahr, daß die Banden sich in Kürze auch dem Drogenhandel widmen.« (taz 18.6.93)

Nachdem die Berliner Zeitung über Mißhandlungen von VietnamesInnen durch die Polizei berichtete, befaßt sich ab Juni 1994 fast die Hälfte der Artikel mit rassistischer Polizeigewalt. Berichte mit dem Hauptthema illegaler Zigarettenhandel nehmen vorübergehend ab, beim Thema Gewaltkriminalität bleiben sie gleich. Aber in drei Viertel der Artikel über rassistische Polizeigewalt geht es auch um Zigarettenhandel, obwohl dies zur Beschreibung des Sachverhalts meist nicht weiter wichtig ist: »Sie stehen an den U- und S-Bahn-Stationen, immer in Gruppen und immer mit prall gefüllten Plastiktüten: die vietnamesischen Zigarettenhändler in Berlin und Brandenburg. Sie werden vom Zoll gejagt und manchmal von der Polizei geschlagen, aber zu beweisen ist dies schwer. Der Korpsgeist funktioniert, und die Zigarettenhändler - die letzten in einer gut funktionierenden mafiös organisierten Kette - schweigen aus Angst.« (taz 23.6.94)



Der Artikelboom zum Thema rassistische Polizeigewalt ist aber nur ein Intermezzo; längst sind wieder Verbrechen und Brutalität der »vietnamesischen Zigarettenmafia« der bestimmende Kontext, in dem über VietnamesInnen berichtet wird. Hinzu kommt - besonders seit Anfang 1995 Bonn und Hanoi verstärkt über die Abschiebung in Deutschland lebender VietnamesInnen verhandeln - deren Beschreibung als »Illegale« - fast ein Synonym für Kriminelle.

Fazit: VietnamesInnen = Kriminelle

Der Zeitungsdiskurs über VietnamesInnen in Deutschland verschiebt sich also von den ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen über rassistische Gewalt hin zu einem Kriminalitätsdiskurs, der zunächst sachlich bis verständnisvoll verhandelt, später dann zunehmend als brutal und gefährlich beschrieben und im Bereich der »organisierten Kriminalität« verortet wird.

VietnamesInnen werden dabei - sieht man von den ersten Monaten einmal ab - im Bereich der »Inneren Sicherheit« angesiedelt. Hier sind Anlässe und Quellen der Berichte zu finden. Ab Anfang 1992 folgen die meisten Artikel auf Polizei- bzw. Zollaktionen und Prozesse, wichtigste Quelle der Zeitungen ist bereits ab Mitte 1991 die Polizei, gefolgt von Justiz und Politik. VietnamesInnen oder Solidaritätsgruppen kommen so gut wie gar nicht zu Wort.

Die soziale Situation, die einige der in Deutschland lebenden VietnamesInnen zum Zigarettenhandel getrieben hat, wird nur anfangs in der Presse thematisiert. Mit der politischen Wende in der DDR verloren die VietnamesInnen ihren Arbeitsplatz, die materielle Absicherung und das geregelte Bleiberecht. Die Bundesregierung ließ sie rechtlich und materiell im Ungewissen. Viele flohen ins Asylrecht, aber ebenso wie die neu eingereisten VietnamesInnen hatten sie kaum eine Aussicht auf Anerkennung als politisch Verfolgte. Einige versuchten, sich mit Zigarettenhandel über Wasser zu halten, er ist also hausgemachtes Problem. Davon ist in der Presse jedoch kaum die Rede. Allein die Nationalität der VietnamesInnen wird stets und ohne Differenzierungen vermittelt: Ob ehemalige VertragsarbeiterInnen, »Boat-People« oder AsylbewerberInnen illegal mit Zigaretten handeln, bleibt unklar. Nur daß sie es tun, wird klar - und nur noch das: Lange Zeit werden VietnamesInnen nur noch als Straftäter erwähnt. Auch in den Berichten über rassistische Polizeigewalt werden sie, neben der Beschreibung als Opfer prügelnder Polizisten, häufig eben auch als ZigarettenhändlerInnen oder Mafiosi beschrieben.



Einzig mögliche Lösung: Abschiebung

Das hat drei Konsequenzen: Erstens werden die Straftaten auf individuelles Fehlverhalten der VietnamesInnen zurückgeführt, das von einzelnen auf alle übertragen und damit quasi ethnisiert wird. Das Resultat: Die Entpolitisierung der Ursachen des Problems sowie die Kriminalisierung aller VietnamesInnen in der Bundesrepublik.

Zweitens werden die VietnamesInnen durch ihre Festlegung auf Kriminalität moralisch diskreditiert, isoliert und noch weiter ausgegrenzt.

Drittens wird so die alleinige Zuständigkeit der inneren Sicherheitspolitik für die VietnamesInnen festgeschrieben. Zuständige Institution ist damit die Polizei, mögliche Lösungen sind repressiver Art. Politische Handlungsmöglichkeiten und

Lösungen haben keinen Platz mehr. Die Verschiebung des Diskurses über VietnamesInnen bereitet also die inzwischen geplanten Massenabschiebungen nach Vietnam diskursiv vor.

Eine Ursache: Struktur der Tagespresse

Hat man die Funktionsweise der Tagespresse im Kopf, ist diese Diskursverschiebung nicht weiter verwunderlich. Zigarettenhandel und »organisierte Kriminalität« erfüllen als Kriminalitätsdiskurse die Nachrichtenkriterien der Presse (z.B. öffentliches Interesse, Negativität, Kurzfristigkeit, Personalisierbarkeit etc.) optimal. Sie passen bestens in die Erscheinungsfrequenz einer Tageszeitung, die punktuelle Ereignisse oder zumindest Kulminationspunkte braucht. Diese lassen sich bei Kriminalität gut herstellen. Wen interessiert dagegen - insbesondere in historischen Wendezeiten - die Situation der ehemaligen VertragsarbeiterInnen und die der vietnamesischen AsylbewerberInnen? Die Nachrichtenkonkurrenz ist stark und VietnamesInnen haben keine Lobby. Anders die VertreterInnen der Polizei und der Innenpolitik: Sie gelten gemeinhin als wichtige und kompetente NachrichtenlieferantInnen, ihre Aussagen als glaubwürdig und mit Nachrichtenwert. Dieser »journalistische Code« beeinflußt aber nicht nur die Auswahl von Quellen und Themen, sondern auch ihre spezielle Zurichtung. Der komplexe Zusammenhang eines Ereignisses, beispielsweise des internationalen Zigarettenschmuggels, kann auf bestenfalls 120 Zeilen nicht umfassend erläutert werden. TagesjournalistInnen müssen außerdem schnell und aktuell sein. Sie müssen daher komplexe und widersprüchliche Sachverhalte reduzieren und greifen dabei häufig auf dominante Wertungsmuster und Erklärungskonzepte zurück, um die Nachricht verständlich zu machen. Bilder wie das der »vietnamesischen Zigarettenmafia« sind reizvoll und funktional: Sie ermöglichen eine kurze, eingängige (und spektakuläre) Berichterstattung, reproduzieren dabei aber auch ein unbestimmtes, aber bedrohliches OK-Bild sowie die rassistische Gleichsetzung »VietnamesInnen = Kriminelle«.

Die Medienpräsenz eines Themas entwickelt zudem eine Eigendynamik: Sie schafft erhöhte Aufmerksamkeit und verändert Reaktionen. Ist zum Beispiel ein Kriminalitätsphänomen in der Öffentlichkeit präsent, wird die verdächtige Zielgruppe oft verstärkt kontrolliert, die Polizei greift in ihre Zusammenhänge frühzeitig ein, die Anzeigenbereitschaft der Bevölkerung und die Sanktionspraxis der Justiz erhöhen sich. Über all das kann dann wieder berichtet werden.

Rassistischer Verstärkerkreislauf

So wird der Kriminalitätsdiskurs - ganz ohne Verschwörungen - von allen Seiten gepusht, denn er ist für alle funktional: Der Innenpolitik konservativer Coleur gibt er die Möglichkeit, die VietnamesInnen auf die Kriminalität zu reduzieren und repressive Lösungen bis hin zur Abschiebung durchzusetzen. Der Polizei bietet die »vietnamesische Zigarettenmafia«, im OK-Bereich angesiedelt, Teil eines - dringend notwendigen - neuen Feindbildes, das die Aufstockung ihres Personals und eine Ausweitung ihrer Befugnisse legitimieren soll. Für die Presse erfüllt der Kriminalitätsdiskurs optimal die Nachrichtenkriterien und paßt zudem gut in die Struktur der Zeitungsproduktion. Wenn alle drei also nach ihren (durchaus unterschiedlichen und zum Teil sogar widersprechenden) Interessen aktiv werden, arbeiten sie faktisch Hand in Hand an der Verschiebung des Diskurses über VietnamesInnen in Deutschland hin zu einem Kriminalitätsdiskurs. Als Teil dieses politisch-polizeilich-publizistischen Verstärkerkreislaufes (Scheerer/Cremer-Schäfer) reproduzieren die Medien - ohne notwendigerweise eine solche Absicht zu verfolgen - Rassismen (»Alle VietnamesInnen sind kriminell, zum Teil sogar brutal und gefährlich.«) und erneuern die Folgebereitschaft für eine konservative Ausländer- sowie eine höchst repressive Law-and-Order-Politik.

Ähnlichkeiten ...

Von der Grundstruktur trifft dies auf die Kriminalitätsberichterstattung in allen untersuchten Zeitungen zu. Alle vier Blätter überlassen der Polizei die Definition der Situation und zitieren die Betroffenen nur selten. Alle nennen die Nationalität der StraftäterInnen, differenzieren innerhalb dieser ethnischen Minderheit jedoch kaum. Alle verschweigen soziale sowie politische Ursachen der Kriminalität; alle betonen OK und damit einhergehend Gewaltbereitschaft und Brutalität. Alle übernehmen die Mafia-Rhetorik der Sicherheitsstrategen.

... und Unterschiede

Werden jedoch nicht nur die Kriminalitätsberichte, sondern alle Artikel über VietnamesInnen in Deutschland berücksichtigt, zeigen sich in der Auswahl der Themen und ihrer Schwerpunktsetzung große Unterschiede: Die Morgenpost setzt den eindeutigsten Schwerpunkt im Kriminalitätsdiskurs, der Tagesspiegel deckt alle wichtigen Diskurse ab. Berliner Zeitung und taz haben den größten Anteil an der Berichterstattung über rassistische Polizeigewalt, über Zigarettenhandel berichten beide Zeitungen vergleichsweise selten. Nur die taz schreibt relativ häufig über die Situation der ehemaligen VertragsarbeiterInnen, und auch beim Thema rassistische Gewalt liegt sie vorn.

Es gibt also durchaus einen Entscheidungsspielraum in der Themen- und auch in der Quellenauswahl: Für alle Zeitungen ist die Polizei die wichtigste Informationsquelle, aber das Ausmaß variiert stark.

Was tun?

Es gibt zwei Möglichkeiten, Kriminalitätsdiskursen entgegenzutreten: Man kann sie leerlaufen lassen oder sie durch Alternativdiskurse verdrängen. Ersteres können wohl nur VertreterInnen des politischen Systems, die wichtigsten NachrichtenlieferantInnen, und darauf kann leider nicht gehofft werden. Zweiteres aber war vorübergehend erfolgreich: Der Diskurs über rassistische Polizeigewalt hat den Zigarettenhandel überlagert und kurzzeitig eine enorme Medienpräsenz gewonnen. Das ist der »Reistrommel« zu verdanken: Die MitarbeiterInnen fertigten Gedächtnisprotokolle darüber an, was ihnen VietnamesInnen über Mißhandlungen durch deutsche Polizisten berichteten, und traten damit an die Öffentlichkeit. Das Interesse der Medien war zu Beginn groß, die Reistrommel nutzte es aber auch bei späteren Anlässen,

wie den Prozessen gegen Polizeibeamte. Das war möglich, weil das Thema in vielerlei Hinsicht den Nachrichtenkriterien entsprach: Polizeiliches Fehlverhalten ist von öffentlichem Interesse, rassistische Gewalt ihrerseits noch einmal mehr, weil sie in einer dramatischen Nachrichtenkontinuität (Hoyerswerda, Rostock, Solingen ...) stand. Daß es sich nicht um einen Einzelfall handelte, verstärkte den Nachrichtenwert. Ereignisse wie Suspendierungen, Anklageerhebungen, Prozeßbeginne und Urteilsverkündungen boten immer wieder Anlässe zur Berichterstattung. So hat sich dieser Diskurs in Berlin gegen das Interesse von Polizei und Innenverwaltung in den Medien durchgesetzt und diese gezwungen, sich zu äußern.

Die JournalistInnen hatten anhand der bereits übersetzten Gedächtnisprotokolle und bei den Prozessen die Möglichkeit, ohne großen Aufwand die Sicht der Betroffenen zu erfahren. Das schlug sich in den Artikeln nieder. Die Reistrommel-MitarbeiterInnen standen als ExpertInnen zur Verfügung. PolitikerInnen von Bündnisgrünen, PDS und teilweise auch der SPD unterstützen ihre Einschätzungen. Anders als in Berlin scheinen in Bernau auch die zuständige Polizeipräsidentin und die Staatsanwältin ernsthaftes Interesse an der öffentlichen Aufklärung der Fälle gehabt zu haben. Das Resultat: Der Diskurs über rassistische Polizeigewalt war in den Medien präsent. Zwar ging die Definitionsmacht schnell wieder in die Hände der Polizei und Innenbehörden über, die versuchten, ihre prügelnden Polizisten als Einzelfälle darzustellen. Dennoch war die Medienarbeit der Reistrommel erfolgreich.

Eine solche Arbeit beinhaltet natürlich die Gefahr, politisches Handeln auf mediale Verwertbarkeit auszurichten, was auch nicht der alleinige Sinn der Arbeit sein kann. Doch wenn Medienpräsenz politisch wünschenswert erscheint und man sich für eine offensive Medienarbeit entscheidet, erhöht eine Orientierung an den Nachrichtenkriterien und den Arbeitsbedingungen innerhalb der Medien (auch für engagierte JournalistInnen) die Möglichkeit enorm, dort Gegendiskurse unterzubringen: Wir müssen z.B. mit spektakulären Aktionen oder Informationen Berichtsanlässe schaffen. Sinnvoll ist auch, vorgegebene Anlässe wie Prozesse (oder die Nachrichtenkontinuität in öffentlichen Debatten wie z.B. zum Einwanderungsgesetz) zu nutzen, um unsere Sicht der Dinge bei JournalistInnen unterzubringen. Dabei sollten wir uns - soweit möglich - an den Nachrichtenkriterien orientieren und sowohl aktuelle Einschätzungen als auch Hintergrundinformationen so aufbereiten, daß sie journalistisch leicht verwertbar sind. Die Unterstützung von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, Prominenten oder von anderen Leuten, die in der Hierarchie der Glaubwürdigkeit der NachrichtenlieferantInnen möglichst weit oben stehen, ist hilfreich. Wichtig ist ausserdem, Kontakte zu Betroffenen herzustellen, denn meist wird nur dann deren Einschätzung in den Medien berücksichtigt.

Sabine am Orde

1) Im Rahmen meiner Diplomarbeit am Fachbereich Politikwissenschaft der FU Berlin habe ich die Berichterstattung über VietnamesInnen in Deutschland in der Berliner Zeitung, der Berliner Morgenpost, dem Tagesspiegel und der tageszeitung in den Jahren 1990 bis 1994 untersucht.

2) Gewaltkriminalität umfaßt alle massiven Bedrohungen der körperlichen Integrität bis hin zum Mord, rassistische Gewalt wird jedoch gesondert betrachtet.



Kommunistische Partei plus Kapitalismus gleich Sozialismus

Heinz Kotte bereiste im Dezember 1995 und Januar 1996 vier Wochen Vietnam. Er ist Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Köln, zuständig für das Projekt »Media Watch« zur kritischen Beobachtung der Berichterstattung über die »Dritte Welt« bzw. das Nord-Süd-Verhältnis. Von 1968 bis 1974 arbeitete er in Da Nang und Saigon als Sanitäter für verschiedene internationale Hilfsorganisationen und als Journalist.

ZAG: Heinz, warst du seit 1974 häufiger in Vietnam?

Heinz Kotte: Ich wurde 1974 aus Vietnam rausgeworfen, weil ich damals für amnesty international arbeitete, und hatte dann fast 20 Jahre keine Einreisegenehmigung, weil ich mich hier nicht den entsprechenden politischen Parteien angeschlossen habe. Also sprich der DKP und ihrer Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsgesellschaft.

1991 hatte ich auf Einladung eines Wirtschaftsinstituts in Hanoi die Möglichkeit, Vietnam für ein paar Wochen zu bereisen, unter strikter Kontrolle und Aufsicht. Und 1993 war ich nach der Wahlbeobachtung in Kambodscha eine Woche in Saigon.

Mit welchem persönlichen Eindruck von der aktuellen Situation in Vietnam bist du zurückgekehrt?

Ich habe immer versucht, meine früheren Freunde wiederzufinden. Während des Krieges habe ich mich natürlich politisch massiv gegen die amerikanische Kriegsführung ausgesprochen, aber mich nicht unbedingt voll hinter die kommunistische Partei gestellt. Das war das Zwischenfeld der sogenannten »dritten Kraft«. Und in diesem Bereich arbeiteten auch die meisten meiner Freunde: in Gewerkschaften, in Kirchen, in Verbänden und Institutionen. Sehr viele von ihnen sind nach '75 in die politische Umerziehung gesteckt worden. Und ich habe etliche Freunde, die lange in der Umerziehung waren oder wieder neu inhaftiert und verurteilt worden sind. Es war immer mein Bestreben, sie zu treffen, Kontakt mit ihnen aufzunehmen, und das ist bei dieser Reise nur ganz bedingt gelungen, so daß ich nicht sehr enthusiastisch oder froh zurückgekehrt bin.

Wie schätzt du die allgemeine Situation in Vietnam im Moment ein?

Wenn man durch Vietnam reist, durch die Städte, aber auch durch die Landprovinzen, kommt es einem vor, als ob ein Land nach zwanzigjähriger Haft in die Freiheit entlassen worden ist. Die Menschen stürzen sich nach dieser Entlassung auf alles, was es zu kaufen gibt, was es zu tun gibt, was es zu hören und zu lernen gibt, was es an internationalen Verbindungen gibt. Sie kaufen sich gebrauchte Hondas. Es sieht aus, als ob Japan Vietnam benutzt, um gebrauchte Hondas zu entsorgen. Genauso ist es mit elektronischen Geräten. Gott und die Welt will Englisch lernen, um Anschluß zu finden. Der Fleiß und der Eifer der Leute ist wirklich unglaublich stark.

Wenn man die ganze Situation interpretiert, dann ist das natürlich eine absolute Bankrotterklärung der Partei, der Regierung, dieser Planwirtschaft. Man redet jetzt davon, man gehe durch eine neue Phase des Übergangs zum Sozialismus. Der Übergang habe sich anders gestaltet, man müsse den Marktmechanismus einführen, um damit intensiver und eindeutiger den Sozialismus zu erreichen. In Vietnam hat man den Eindruck, kommunistische Partei plus Kapitalismus gleich Sozialismus.

Es ist natürlich keine Übergangssituation. Man hat einfach die Produktion den Menschen, das heißt in Vietnam den Familien, wieder vor die Füße geworfen. Und die Familien regen sich. Aber es ist natürlich eine individualistische Lösung.

Dann bemüht die Partei sich um Auslandsinvestoren. Die kommen aber nur sehr zögerlich. Es sind vor allem Auslandschinesen aus Taiwan, die zurückkehren und diese Gelegenheit nutzen. Sie sind aber nur in den Städten tätig und da fast nur im Servicebereich, im Tourismus, im Transport, in Taxiunternehmen, aber nicht in der Produktion. Und dadurch kommt in den Städten, auch gerade durch den Tourismus, so eine Art »Dollarbelt« zustande, wie es kritische Journalisten und Wissenschaftler in Vietnam nennen. Und jeder, der an diesem Dollarbelt dranhängt, der lebt und agiert auf einer ganz anderen Ebene als 95% der Bevölkerung. So fällt der größte Teil der Bevölkerung weit, weit zurück. Auf dem Land arbeitet und lebt man auf einem Niveau, das nur 10% des städtischen Niveaus ausmacht. Dieser Graben wird immer größer.

Gleichzeitig sind die Auslandsmärkte weg, der ganze RGW. Die ganze Ökonomie ist ja so durchorganisiert gewesen, diese »Preußen Südostasiens« wie man die Vietnamesen auch nennt, haben ja die letzte Suppenküche vergesellschaftet, also unter staatliche Kontrolle gestellt. Und die letzte Binsenmattenflechterei in den Dörfern an den RGW angekoppelt. Die Badematten an der Krim kamen aus Vietnam. Das ist alles ohne Ersatz weggebrochen.

Man hat natürlich auch Erfolge zu verzeichnen. Man kann Reis exportieren, weil die Produktion über den Bedarf hinausgeht. Drei Jahre nach dieser wirtschaftlichen Öffnung ist Vietnam zum drittgrößten Reisexporteur weltweit aufgestiegen – natürlich zu Dumpingpreisen mit all diesen Geschichten, die dazugehören. Und die Partei und die Regierung versuchen alle diese profitablen Bereiche fest in der Hand zu halten, um zu überleben.

Das Schlimme ist, daß man jetzt in diesem »wilden Kapitalismus« keine Korrekturen, keine Regulative zuläßt, keine freien Gewerkschaften, keine NGO's, keine freien Versammlungen, keine Presse. Es gibt keine einzige Zeitung, die nicht von der Regierung kontrolliert würde, Fernsehen und Radio sowieso. Kritiker, auch solche aus der Partei, von denen wir viele sprechen konnten, sagen, das, was das Grundverständnis vom Sozialismus ausmacht, also soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit, Partizipation der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß der Gesellschaft, das alles wird nicht realisiert.

In Deutschland wird es in der Presse in der Regel so dargestellt, daß die Partei und die Regierung

sehr weise handeln, daß sie diesen Übergang sehr überlegt einfädeln. Unseres Erachtens, und das wurde von vietnamesischen Experten auch bestätigt, gibt es kein Wirtschaftskonzept der Partei und der Regierung. Die Devise ist: Rette sich, wer kann. Oben, aber auch unten. Worauf das ganze hinausläuft, ist völlig offen.

Wie gestaltet sich unter diesen Bedingungen das Leben der Rückkehrer?

Die Rückkehrer sind wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit in einer schwierigen Situation. Die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos und die Zahl nimmt ständig zu. Durch die Entlassungen aus Staatsbetrieben und der Administration sind seit '93 wenigstens 2 Millionen arbeitslos geworden. Und da die Rückkehrer seit der wirtschaftlichen Liberalisierung, also ca. seit 1986, nicht im Land waren und sich dadurch nicht in der neuen Situation verankern konnten, stehen sie völlig auf dem Schlauch. Auch auf dem Land. Dort ist das Land inzwischen aus den Zwangskooperativen wieder umverteilt worden an die Familien. Sie waren aber nicht da. Und so sind sie also auch auf dem Land absolutes Proletariat.

Es gibt keine Regelung für sie. Die Partei ist davon ausgegangen, daß es diese 50.000 bis 60.000 Menschen ständig in der DDR geben würde. Was noch hinzukommt, ist, daß sie als Vertragsarbeiter aus der DDR unter einem unglaublichen Druck stehen, schon während des Aufenthaltes hier. Sie sagen, wenn ein Vietnamese in Deutschland ist, dann hat er doch einfach mehr Geld. Und die Familie, der Klan, erwartet, daß er etwas schickt. Und wenn er mit leeren Händen kommt, ist es aus für ihn.

Nach dem Motto »Das Geld in der Ferne verpraßt und nicht an die Familie gedacht«?

Genau. Jetzt gibt es ein Rückkehrerprogramm, finanziert vom BMZ. Es gibt in Hanoi dafür eine eigene Bank, die für die Gründung eines Kleingewerbes oder Unternehmens Kredite zur Verfügung stellen soll. Was wir nur mitbekommen haben, ist, daß die Administration so schwierig ist, daß die einfachen Vietnamesen keinen Zugang haben zu dem Geld, das da angeboten wird. Die Vietnamesen kritisieren daher: »Warum diese Gelder in die zentrale Planwirtschaft geben, da kommen sie nie wieder heraus.« Denn der Devisenmangel ist so stark, daß die Partei natürlich jede D-Mark benutzt, um zu überleben. Das ist nicht mal die Korruption Einzelner, sondern eher eine Staatskorruption, um das System am Leben zu erhalten.

Warum möchte unter diesen Bedingungen die vietnamesische Regierung ein Verbleiben der ehemaligen Vertragsarbeiter in Deutschland?

Sie vertritt das, weil sie keinen zusätzlichen Druck im Land haben möchte durch Arbeitslose oder Leute, die andere Verhältnisse kennengelernt haben. Man müßte dabei genauer verfolgen, wie die kommunistische Partei und die Regierung die eigenen Bürger aussperren. Die Auslandsvietnamesen müssen ein eigenes Visum beantragen, wenn sie zurückkehren möchten. Dieser ganze Zynismus ist noch einmal ein ganz anderes Kapitel.

Aber auch die Vertragsarbeiter und andere vietnamesische Gruppierungen sagen: »Man soll doch die Vietnamesen in Deutschland lassen, das ist die wirkungsvollste Entwicklungshilfe. Die wenigen Gelder, die sie rüberschicken, die kriegen wir auch.« Da das Banksystem mittlerweile weitgehend in ausländischer Hand ist, haben sie die Möglichkeit, das Geld in Dollar ohne große Abzüge zu bekommen. Das war früher nicht so. Zu DDR-Zeiten konnten sie nur Waren nach Hause schicken, die ja nach Auffassung der DDR-Bnrger ihnen selbst vorenthalten wurden. Das hat sehr zu dem Neid den Vietnamesen gegenüber beigetragen.

Es gibt eine These, daß in Vietnam über die Hälfte der Bevölkerung von den wenigen Überweisungen aus dem Ausland lebt.

Hälst du das für wahrscheinlich?

Ja, dort wo wir dem nachgegangen sind, war es immer so, daß jemand ein kleines Friseurgeschäft aufgemacht hatte, einen kleinen Strassenhandel, weil er z. B. ein paar Dollars bekam von den vielen Flüchtlingen in Kalifornien oder in Texas oder eben aus Deutschland.

Was ich immer wieder gehört habe, ist, daß entgegen den Beteuerungen der vietnamesischen Regierung Rückkehrer häufig mit Prozessen wegen Vaterlandverrats überzogen werden. Kannst du das bestätigen?

Wir sind nicht auf solche Dinge gestoßen, muß ich sagen. Wir haben auch nicht davon gehört. Was wir schon mitbekommen haben, ist, daß diese Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik - pro Jahr 100 Millionen DM stehen im Moment zur Debatte - von vietnamesischer Seite teilweise für Aufnahmelager verwendet werden sollen. Lager,

RückkehrerInnen nach Vietnam

Jahr	Hong Kong	Indonesien	Malaysia	Thailand	Andere	Gesamt
1989	874	0	18	9	15	916
1990	5.462	289	299	173	81	6.304
1991	7.666	1.305	355	2.691	15	12.109
1992	12.333	1.002	756	2.719	142	16.952
1993	12.301	1.434	1.425	3.499	572	19.233
1994	5.581	2.009	1.268	2.322	1.371	12.551
1995	1.537	2.034	614	605	497	5.287
Total	**45.754**	**8.037**	**4.735**	**12.018**	**2.772**	**73.352**

Quelle: Far Eastern Economic Review, Jan. 11, 1996

um die Rückkehrer aus dem Kapitalismus in den Sozialismus zu reintegrieren. Das hängt mit dem dortigen Verständnis des Sozialismus zusammen. Und von vietnamesischer Seite wurde ganz klar gesagt: »Wieso nicht, das ist doch auch deutsche Praxis, daß man Abschiebelager hat?«

Ist es denn zu erwarten, daß alle 40.000, die dieses Jahr zurückgeschoben werden sollen, tatsächlich in »Auffanglagern« interniert werden?

Ja, das wird so gehandhabt werden. Denn das kennen wir ja auch von den Zurückgeschickten aus Hong Kong oder aus anderen Ländern Südostasiens. Die sind zunächst alle interniert und nur ganz allmählich in ihre Heimatprovinzen entlassen worden.

Stichwort Hong Kong – konntest du die aktuellen Verhandlungen im Südostasiatischen Raum über die Abschiebung von Flüchtlingen aus Hong Kong und anderen Staaten mitverfolgen?

Kürzlich gab es eine ASEAN-Konferenz, zu der seit dem letztem Jahr auch Vietnam gehört. Auf der hat man sich darauf geeinigt, daß Vietnam alle Flüchtlinge zurücknimmt, die nicht in Drittländer auswandern können. Und die Auswanderung in Drittländer ist praktisch zusammengebrochen.

Nach '75 haben ja sehr viele Staaten in Südostasien mit den Flüchtlingen Geschäfte gemacht. Zum Beispiel Hong Kong oder die Philippinen hatten Internierungslager, um die Flüchtlinge auf die Übernahme in Drittländer, USA, Kanada oder Australien, vorzubereiten. Das machte sich gut, das machte sich auch in der Wirtschaftshilfe bemerkbar, wenn man Flüchtlinge aus dem kommunistischen Vietnam übernahm. Das kennen wir ja auch aus Deutschland, als die ersten »boat people« von Ministerpräsident Albrecht in Hannover unter den Tannenbaum genommen wurden. Damals 1979, als im Konflikt mit China alle Auslandschinesen aus Vietnam herausgeekelt wurden.

Und jetzt, durch diese Normalisierung durch die Integration von Vietnam in ASEAN, sind alle Staaten daran interessiert, die Flüchtlinge los zu werden, über 100.000 Menschen. Die »boat people« werden jetzt über Bord geworfen.

Und man muß sich klar machen, daß diese Leute, die z. B. in Hong Kong hinter Stacheldraht leben, Überlebende sind. Nur jeder Dritte hat diese wahnsinnige Flucht über das südchinesische Meer überlebt. Wir wissen von einer Journalistin, die gerade in Hong Kong war, daß die Regierung jetzt die Nahrungsmittelrationen reduziert, daß sie die Lager noch kleiner macht, um die Flüchtlinge rückkehrwillig zu machen.

Und auf vietnamesischer Seite gibt es überhaupt keine Vorkehrungen. Die vietnamesische Regierung hat die Rücknahmevereinbarung ohne irgendwelche Bedingungen unterschrieben, ohne daß es ein Programm zur finanziellen Unterstützung der Rückkehrer gäbe. Es geht ihr nur um die Devisen und die ökonomischen Vorteile von ASEAN.

Noch einmal zurück nach Deutschland. Vietnam war ja für die deutsche Linke unglaublich wichtig. Wie beurteilst du es, daß jetzt, da das Objekt der Solidarität hier in Deutschland präsent ist, sich so wenig Widerstand gegen die Abschiebungen regt, auch nicht bei den Grünen, die ursprünglich aus der damaligen Bewegung kommen?

Ich stehe diesem Phänomen sehr kritisch gegenüber. Für viele von uns, ich muß sagen, auch für mich, war Vietnam in den 60er Jahren in erster Linie ein Politikum. Kein Land, keine Gesellschaft, keine Menschen. Vietnam stand einfach für brutale amerikanische Kriegsführung. Und Vietnam stand auch für Emanzipation, für antiautoritäre Auseinandersetzung mit dem Regime hier. Aber das ist unfair und einfach inhuman, für den eigenen politischen Prozeß ein Land zu funktionalisieren.

Alles war sehr stark mit einer Antiposition verbunden, gegen den US-Imperialismus. Das entwickelte sich nicht zu einer Solidarität für die Menschen Vietnams. Es wurde dann noch einmal dadurch gefiltert, daß wir uns stark gemacht haben für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Dabei spielten die einzelnen Vietnamesen keine Rolle.

Hinzu kommt, daß die Befreiung Vietnams 1975 bei vielen von uns diese Entspannung hervorgerufen hat: Jetzt wird die Befreiung umgesetzt in ein neues Vietnam. Und all diese Dinge, die schon '75 bekannt geworden sind, die Umerziehung, das Rausekeln »bürgerlicher« Vietnamesen, die sind nicht ernstgenommen worden. Man wollte es nicht wahrhaben. Ich auch nicht, gestehe ich jetzt.

Für mich wäre es ein Ausdruck der Solidarität, der Fairneß und der Humanität, wenn das, was durch Vietnam bei uns an politischem Gewinn geschehen ist, wenigstens minimal überführt würde in die Solidarität mit Vietnamesen. Und in erster Linie mit Vietnamesen, die hier leben.



Von der Trung-Dynastie bis Doi Moi – Geschichte Vietnams

Vietnam - bei diesem Land denken die meisten Menschen nur an den grausamen Krieg der USA und die Protestbewegung in den westlichen Ländern. Über Vietnam selbst, über die Situation nach der Wiedervereinigung und Doi Moi, die vietnamesische Perestroika, ist wenig bekannt.

Vietnam vor den Indochinakriegen

Die Geschichte von Vietnam ist eine Geschichte der Besetzung durch fremde Mächte und den Widerstand dagegen. Bis zur Kolonialisierung durch Frankreich war Vietnam wiederholt durch China besetzt.
Südvietnam wurde erst im 16. Jahrhundert besiedelt. Infolge eines Bürgerkrieges setzte der »Große Marsch nach Süden« ein: Das Mekong-Delta, heute die Reiskammer des Landes, wurde urbar gemacht.
Wirtschaftlich war das vorkoloniale Vietnam durch autarke Dörfer bestimmt, die, bei nur geringer Arbeitsteilung, hauptsächlich für die eigene Versorgung produzierten. Die Märkte waren nur gering entwickelt. Auch gesellschaftlich war die Dorfgemeinschaft das Zentrum der vietnamesischen Gesellschaft.
1615 begann mit der Gründung der katholischen Missionen die Kolonialisierung. Das Verbot der Missionen und die 1825 beginnende Verfolgung der Christen lieferte Frankreich den Vorwand für die Besetzung. 1867 wurde Cochinchina Kolonie und als solche mit Annam, Tongking, Kambodscha und Laos zur Föderation Indochina zusammengelegt. Während des 2. Weltkrieges wurde die französische Kolonialzeit kurz durch die japanische Besetzung unterbrochen.
Die Wirtschaftspolitik Frankreichs hatte einschneidende Auswirkungen auf die spätere Entwicklung Vietnams. Grundsätzlich orientierte sie sich an der für die Periode des Imperialismus üblichen Produktionsweise in den Kolonien: Rohstoffe wurden importiert, Fertigprodukte wurden exportiert. Die Befriedigung des Inlandsbedarfes erfolgte hauptsächlich durch die vorkoloniale Wirtschaftsweise in autarken Dorfgemeinschaften. Dafür waren extensive Produktionsmethoden und eine geringe Arbeitsteilung ohne eine Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen charakteristisch.
Der Süden wurde wesentlich intensiver kolonialisiert als der Norden. Fast der komplette Großgrundbesitz befand sich im Mekong-Delta. Eine Industrialisierung fand nur in geringem Umfang statt. Ein nationaler Markt entwickelte sich nicht. Die Hauptbedeutung Cochinchinas bestand eher in dessen strategischer Lage als Zugang zu Südchina als in seinen wirtschaftlichen Ressourcen. Die vorhandene Industrie und der Großgrundbesitz waren größtenteils in französischer Hand. Erst zu Beginn dieses Jahrhunderts entwickelte sich ein einheimisches Agrarunternehmertum. Auf der politischen Ebene war die Verwaltung vollständig französisch, da die Herrschaft direkt in der Kolonie ausgeübt wurde. Dies führte dazu, daß keine nationale Bourgeoisie entstand, die mit der Tradition des Konfuzianismus, die Gesellschaft gegenüber dem Individuum übermäßig zu betonen, hätte brechen können.

Sozialismus in Vietnam

Marxismus wurde in Vietnam als Mittel zur Beseitigung der kolonialen Ordnung, zur Abwehr eines äußeren Feindes betrachtet.
Vietnamesische Theoretiker haben immer die Nähe der in den Dorfgemeinschaften verwirklichten konfuzianistischen Traditionen zum Marxismus betont. Auf den ersten Blick ist dies einleuchtend: Beide stehen für die Betonung des Gesamtgesellschaftlichen vor dem Individuellen, der geringen juristischen Bindung des Einzelnen an Privateigentum und den Vorrang eines sozialethischen Gemeinwesens vor wirtschaftlicher Effizienz. Gerade dies hat aber zu einer Entwertung des Individuums geführt. Da die nationale Bourgeoisie nicht entwickelt war, fehlten demokratische Traditionen. Es entstand eine autoritäre, technokratische, starre Gesellschaft. Politik wurde nicht als ein Feld für die bewußte Austragung innerer Widersprnche verstanden, sondern als Mittel zur Herstellung einer uniformen, möglichst konfliktfreien Homogenität der Gesellschaft.
Marxismus wurde als ein quasi religiöses Heilsversprechen gesehen, als eine ökonomische Anleitung, welche nur befolgt werden muß, um die Kolonialordnung zu beseitigen und ökonomisch zu prosperieren - nicht aber als ein theoretisches Denkgebäude. Sozialen Fortschritt interpretierte man als direkte Folge der Produktivkraftentwicklung. Die Wege und Methoden zu deren Entfaltung orientierten sich an einem Entwicklungsstand, der real nicht vorhanden war. Eigene Erfahrungen und Bedingungen Vietnams wurden nicht wahrgenommen, sondern ein Entwicklungskonzept verfolgt, das auf der ökonomischen Entwicklung in Westeuropa fußte.
Verbunden war dies mit einem tief verwurzelten Nationalismus, der historisch durch den jahrtausendelangen Kampf um Unabhängigkeit - erst von China und später von Frankreich - bedingt war. Befreiung war immer nur der Kampf gegen einen äußeren Feind, nicht aber Widerstand gegen innere Widersprüche.

Koloniale Unabhängigkeit

Kurz nachdem Vietnam im März '45 nominell unabhängig geworden war, beginnt die Revolution unter Ho Chi Minh, die hauptsächlich vom Norden Vietnams ausgeht. Als Hanoi von den Vietminh besetzt wird, tritt die nichtkommunistische Regierung zurück und Bao Dai, der letzte Erbkaiser, dankt ab. Am 2.10.'45 proklamiert Ho Chi Minh in Hanoi die Unabhängigkeit ganz Vietnams. Nordvietnam agiert nicht aggressiv gegen den nichtkommunistischen Süden, da dies durch den Rücktritt der Regierung und die Abdankung Bao Dais auch gar nicht notwendig ist.
Nach 1945 wird die Agrarfrage nur sehr langsam angegangen, so werden zunächst nur die Pachtzinsen gesenkt und die von den Franzosen eingeführte Kopfsteuer abgeschafft. Lediglich der Grund von Kolonialbesitzern wird enteignet. Bis 1950 ändern sich die Besitzverhältnisse auf dem Lande kaum.

Der 1. Indochinakrieg

Die französische Aggression beginnt schon im September mit dem Angriff auf die Lokalverwaltung Saigons.
Anfang '46 schließen die Franzosen mit Ho Chi Minh ein Abkommen und erkennen darin Vietnam als »Freistaat« in der französischen Union an. Das Abkommen kündigt den vollständigen Abzug Frankreichs aus Vietnam innerhalb von fünf Jahren an und soll gesamtvietnamesische Wahlen ermöglichen.
Mitte '46 erklärt Frankreich, es wolle Cochinchina (also Südvietnam) als separaten Staat unter französischer Kontrolle behalten. Daraus wird klar, daß Frankreich das Abkommen nicht einhalten will.
Obwohl Ende '46 schon seit 15 Monaten ein verdeckter Krieg geführt wird, ist der 19.12.'46 der offizielle Beginn des Krieges zwischen Vietnam und Frankreich. Im Westen wird der Beginn des Krieges als kommunistische Aggression gewertet, und die USA beschließen die Unterstützung Frankreichs. Diese äußert sich während des Krieges hauptsächlich materiell, gegen Ende jedoch auch direkt militärisch. Als Rechtfertigung dafür wird propagiert, die Unterstützung diene dem Aufhalten des fortschreitenden Kommunismus. Übersehen wird dabei, daß Vietnam aufgrund seiner Geschichte kein Interesse an einer Angliederung an die UdSSR und schon gar nicht an China hat.
Obwohl Frankreich seine Truppenstärke bis 1951 auf 391000 Mann erhöht, erleidet es nur Niederlagen. Mit dem Fall von Dien Bien Phu, einer französischen Dschungelfestung, ist der erste Indochinakrieg 1954 beendet.

Waffenstillstand

In der darauffolgenden Genfer Indochinakonferenz wird - obwohl es Kriegsgewinner ist - über Vietnam verhandelt. Der Inhalt des Genfer Abkommens ist der Waffenstillstand zwischen Vietnam und Frankreich und das Festlegen einer provisorischen Demarkationslinie am 17. Breitengrad. Hanoi wird nördliche und Saigon südliche Hauptstadt. Allgemeine Wahlen in ganz Vietnam sollen 1956 durchgeführt werden. Die USA unterzeichnen das Genfer Abkommen nicht.
Im Norden besteht unter Ho Chi Minh eine kommunistische Regierung, im Süden wird Bao Dai wieder eingesetzt und Diem wird Staatsoberhaupt. Schon 1955 wird klar, daß die südvietnamesische Regierung nicht vorhat, sich an das Genfer Abkommen zu halten. Diem beteiligt sich nicht an den Wahlvorbereitungen und erklärt auch offiziell, er sei in keiner Weise an das Genfer Abkommen gebunden. 1956 kommt es nicht zu den zugesicherten Wahlen, da klar ist, daß die Kommunisten als Sieger aus den Wahlen hervorgehen würden.
Die in ganz Vietnam durchgeführte Agrarreform wird in Südvietnam unter der Regierung Diems rückgängig gemacht. Diems Nachfolger Thieu vollzieht in Südvietnam einen tiefgreifenden Wandel der Agrarverhältnisse durch eine auf die Modernisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse ausgerichtete Agrarreform. Nordvietnam wird bis 1960 durch die Gründung von Genossenschaften geprägt, in denen bis 1964 fast 87% aller Bauernhaushalte organisiert sind.
Unter Diem wird in Südvietnam ein autoritäres Regime aufgebaut, so werden z.B. 1959 südvietnamesische Nationalwahlen abgehalten, zu denen Oppositionskandidaten nicht zugelassen werden. In Südvietnam entsteht eine Untergrundbewegung gegen das Regime Diems, die sich 1960 als »Nationale Befreiungsbewegung« (FUL) gegründet hat. Dies geschieht nicht auf Anordnung Hanois, wie von den US-Amerikanern behauptet, sondern es handelt sich um eine südvietnamesische Bewegung. Von den USA wird die FUL später als »Vietcong« bezeichnet.

Der 2. Indochinakrieg

1962 beginnen die US-Amerikaner gegen die südvietnamesische Zivilbevölkerung vorzugehen, um den »Vietcong« zu zerstören. Ein Jahr später kommt es zur ersten »Schlacht« zwischen der FUL und südvietnamesischen Truppen.
Nach der Ermordung Kennedys '63 erklärt der neue Präsident Johnson, den Krieg weiterzuführen. 1964 melden die USA der Weltöffentlichkeit einen Angriff nordviet-



namesischer Truppen auf einen US-Zerstörer. Dieser sogenannte »Zwischenfall von Tonking« lieferte ihnen die Rechtfertigung für massives militärisches Eingreifen. Ein Jahr später beginnen die USA mit regelmäßigen Luftangriffen gegen Nordvietnam, wobei erstmalig Giftgas eingesetzt wird. Die USA erhöhen ihre Truppenstärke stetig von 3500 (1961) auf 400.000 (1967) Mann.
Dennoch sind die US-Soldaten nicht in der Lage, die VietnamesInnen zu besiegen. Das zeigt sich besonders in der Tet-Offensive von 1968, bei der die FNL große Teile des Landes unter ihre Kontrolle bringt. Aufgrund dessen und durch den immer größer werdenden Druck der Weltöffentlichkeit beginnen '68 die ersten Friedensverhandlungen in Paris, ab '69 auch mit Beteiligung der FNL. Als Ergebnis davon müssen die Luftangriffe der USA gegen Nordvietnam eingestellt werden, doch die Luftangriffe und Entwaldungen im Südteil werden fortgesetzt.
Der Krieg wird von den USA 1970 auf Kambodscha ausgeweitet, wo die USA das Hauptkommando des »Vietcong« vermuten. Dies geschieht ohne Zustimmung des Parlaments der USA. Von dem Eindringen der südvietnamesischen Truppen in Kambodscha wissen nur Präsident Nixon, sein Berater und die Militärchefs.
1972 wird von Vietnam eine Großoffensive gegen die südvietnamesischen und US-Truppen geführt, woraufhin die USA ihre Luftangriffe wieder auf Nordvietnam ausweiten. Es wird immer deutlicher, daß ein Sieg für die USA unmöglich wird. Daher werden die Friedensverhandlungen in Paris wieder aufgenommen. 1973 wird dort das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet und Ende April werden die letzten US-Soldaten aus Südvietnam abgezogen.
Die US-Airforce experimentierte in Vietnam fast 10 Jahre mit einer neuen Form der chemischen Kriegsführung. Ganze Landstriche wurden mit hochgiftigen Pflanzenschutzmitteln entwaldet, um den »Vietcong« seiner Verstecke zu berauben.
Das Waffenstillstandsabkommen beinhaltet lediglich einen Frieden zwischen den USA und Vietnam und den Rückzug der US-amerikanischen Truppen. Doch in Vietnam geht der Krieg zwischen Nord- und Südvietnam weiter. Erst 1975 gewinnen die nordvietnamesischen Truppen endgültig den Krieg mit der Einnahme Saigons.

Die Situation nach dem Krieg

In Südvietnam ist die Situation nach dem Krieg besonders schwierig. Dort war der Anteil der auf dem Land arbeitenden Bevölkerung innerhalb von 15 Jahren von 85% auf 35% gesunken. In den völlig überbevölkerten Städten ist fast die Hälfte der Erwachsenen arbeitslos. Die soziale und ökonomische Verschiedenartigkeit der beiden Landesteile ist sehr groß. Dennoch wird hastig eine formale Wiedervereinigung vollzogen. Nach Ende des Krieges werden im Süden Umerziehungslager aufgebaut. Laut der vietnamesischen Führung gab es dort ca. 90.000 Internierte, laut westlichen Quellen waren es über 200.000.
1973 besteht Hoffnung auf Hilfe aus den USA, die 4,7 Mrd.$ Wirtschaftshilfe versprechen. Als sich abzeichnet, daß die USA sich nicht an ihre Zusage halten, orientiert sich Vietnam stärker an der UdSSR.
Innerhalb eines Jahres werden im Süden 70% der Leichtindustrie verstaatlicht. Die Produktion fällt dadurch auf unter 30% des Kriegsniveaus. Obgleich eine Orientierung an der Landwirtschaft geboten wäre, soll die Schwerindustrie mit allen Mitteln gefördert werden. Dadurch und durch die Förderung weniger großer statt vieler kleiner Projekte gerät die Wirtschaft recht schnell in eine desolate Situation. Vorzugsweise Kriegshelden bekommen Spitzenpositionen in der Wirtschaft. Sie sind oft nur schlecht ausgebildet und versagen in den meisten Fällen. Im Zweifelsfall gilt die politische Einstellung mehr als die fachliche Qualifikation.
Im Prinzip über Nacht wird der Handel verstaatlicht. In ganz Vietnam sind davon fast 1.000.000 Kleinhändler betroffen, hauptsächlich Chinesen, die dann als »Boat People« Vietnam verlassen.
Durch die Isolierung seitens des Westens ist Vietnam gezwungen, in den COMECON einzutreten. 1977 wird ein Freundschaftspakt mit der DDR geschlossen, durch den Vietnam Entwicklungs- und Aufbauhilfe erfährt.

Doi Moi – Erneuerung

Seit Anfang der 80er ist die Krise des vietnamesischen Entwicklungsmodells unübersehbar. Das Land ist durch den sich über Jahre hinziehenden Krieg mit Kambodscha international isoliert und wirtschaftlich geschwächt. Die Träume von '75 haben sich zerschlagen. Seit 1980 beginnen Veränderungen des Wirtschaftssystems. Jeder Bauer muß entsprechend der Größe seines gepachteten Landes Bodensteuer an die Gemeinde abführen, kann aber dafür überschüssige Erträge verkaufen. Auf dem VI. Parteitag 1986 wird ein wirtschaftliches Umdenken beschlossen. Praktische Probleme des Landes sollen nun im Vordergrund stehen, nicht mehr die Ideologie.
Das »Dreierprogramm«, das die wirtschaftspolitischen Prioritäten auf die Bereiche Lebensmittel, Konsumgüter und Export festlegt, wird verabschiedet. Mit dem Konzept der mehrsektoralen Wirtschaft, die sich ökonomisch sowohl auf staatliche, als auch auf private sowie genossenschaftliche Betriebe stützt, wird eine wirtschaftliche Liberalisierung in Gang gesetzt. Der Staatsapparat wird verkleinert und effizienter gestaltet. Die politische und ideologische Sphäre wird aber vollständig ausgespart.
Das Aufbrechen dogmatischer Konzepte setzt dennoch eine lebhafte Diskussion über Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft unter den Intellektuellen in Gang, die durch den Zusammenbruch des Ostblocks noch verstärkt wird. Diese Intellektuellen sind alle in einer problematischen Situation: Auf der einen Seite wollen sie eine umfassende Demokratisierung, sehen aber auch, daß eine politische Destabilisierung einen Zusammenbruch wie in Osteuropa und damit den Verlust aller sozialen Errungenschaften des Befreiungskampfes zur Folge haben könnte. 1990 wird der Reformprozeß jäh unterbrochen. Die Repressionen gegen Regierungskritiker setzen erneut ein.
Auf dem folgenden VII. Parteitag '91 werden die Reformen jedoch wieder aufgenommen, jetzt auch unter Einbeziehung der politischen Ebene. Der Staatsapparat wird von der Partei getrennt und mit mehr Macht ausgestattet. Militärs und alte Kader werden durch Fachleute



ausgetauscht. Privateigentum - auch an Produktionsmitteln - und Menschenrechte sind jetzt in der Verfassung garantiert. Die strategischen Wirtschaftsbereiche wie Energie, Bodenschätze und Banken sollen staatlich bleiben, um - so die Begründung der Partei - die »soziale Ausrichtung der Gesellschaft zu garantieren«. Als Parole wird ausgegeben, daß der Kapitalismus »nachgeholt« werden solle. Nur danach könnten demokratische Rechte zugestanden werden, vorher würden diese das Land nur destabilisieren. Bezüge auf den Sozialismus und negative Aussagen über den Kapitalismus werden ebenso wie die Feindschaft zu der VR China und den USA aus der Verfassung gestrichen. Ziel ist die Wiederaufnahme internationaler Wirtschaftshilfe und ausländischer Investitionen.

Die Auswirkungen der vietnamesischen Perestroika

Volkswirtschaftlich ist Doi Moi ein Erfolg. Das Land, schon Anfang der 80er wirtschaftlich ruiniert, hat es geschafft, trotz des Wegfalls der alten Absatzmärkte im Ostblock und von Hilfsleistungen von 1 Mrd.$ pro Jahr, den Außenhandel auf die Schwellenländer Südostasiens umzustellen. Die Inflation konnte unter Kontrolle gebracht werden und seit '92 wird sogar ein Außenhandelsüberschuß erwirtschaftet. '94 wird das Embargo der USA gegen Vietnam aufgehoben. Infolge dessen kommen langsam ausländische Investoren ins Land. Die Staatsbetriebe spielen keine große Rolle mehr. Sie sind eher Bremser der Entwicklung, da sie unrentabel arbeiten. 80% des Bruttoinlandsprodukts werden jetzt von Betrieben in privatem Besitz erwirtschaftet.

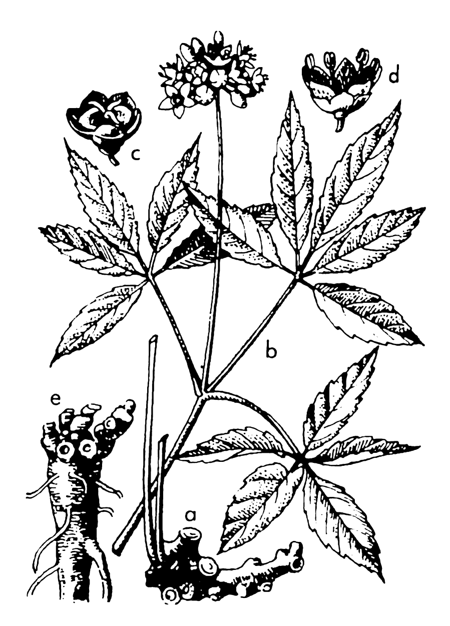
Sozial ist die Wirtschaftsliberalisierung aber verheerend. Die Schaufenster sind zwar voll mit Konsumgütern, aber erschwinglich sind sie nur für eine kleine Minderheit, die durch die Reformen reich geworden ist. '91 waren über 20%, '95 wegen des weiteren Wegbrechen des staatlichen Sektors sogar 50% der Bevölkerung arbeitslos. Viele, die noch einen Job haben, können nur noch knapp ihre Existenz sichern. Besonders Staatsangestellte, auch LehrerInnen und ÄrztInnen, SoldatInnen, Parteikader und ArbeiterInnen in den Staatsbetrieben, können nur überleben, wenn sie entweder korrupt sind oder nebenbei Kleinhandel betreiben. JedeR ist auf sich selber angewiesen, muß alles verkaufen, was er/sie besorgen kann. Kleine Marktstände, Suppenküchen, Werkstätten bestimmen das Straßenbild. Dies gilt besonders für die Städte im Süden, wo die Entwicklung wegen der kapitalistischen Prägung vor '75 ungeheuer rasant ist. Sozialleistungen werden gekürzt, Schulausbildung und Krankenversorgung sind für die »normale« Bevölkerung unerschwinglich.

Insgesamt macht Vietnam eine ähnliche Entwicklung durch wie die anderen Länder Südostasiens. Billige Löhne und eine autoritäre Staatsstruktur, die politische Stabilität garantiert, ziehen ausländische Investoren an. Vietnam hat es geschafft, rechtzeitig umzudenken. Das Schicksal der anderen ehemals realsozialistischen Staaten, der totale soziale, ökonomische und gesellschaftliche Kollaps, ist dem Land erspart geblieben. Wohin der Weg geht, ist aber noch offen. Entweder wird die soziale Kluft immer größer und das Bekenntnis zum Sozialismus dient nur noch als Mittel zur Aufrechterhaltung der Stabilität des Landes durch einen autoritären Staat, oder die wirtschaftlichen Erfolge und die durch Doi Moi unter den Intellektuellen angeregten Diskussionen um eine demokratische Erneuerung des Sozialismus führen zu einer Verteidigung der Errungenschaften des Befreiungskampfes.





Was man sich in Vietnam erzählt



Ginseng: a *Wurzel,* b *blühender Stengel von Panax quinquefolius,* c *weibl.,* d *männl. Blüte;* e *Wurzelstock von Panax ginseng (*a, b *und* e *etwa* $^1/_3$ *nat. Gr.)*

Die chinesische Ginsengwurzel

Es war einst Mitternacht, es war stockdunkel. Im Garten der Villa des Präsidenten der sozialistischen Republik, Le Duan, hörten die Wächter ein Geräusch. Sofort vermuteten sie, daß jemand versuchen könnte, etwa eine Bombe zu verstecken. Stattdessen fanden sie aber nur eine riesige Ginsengwurzel. Sie lag neben einem Baum. Sofort wurde die Wurzel in ein Labor gebracht. Drei Tage später, zur gleichen Zeit, fanden die Wächter eine noch größere Ginsengwurzel. Diesmal machten sie jedoch einen noch größeren Fang. Neben dem Gartenzaun konnten sie einen chinesischen Spion festnehmen, der dort noch herumschlich. Sie nahmen ihn fest und brachten die Ginsengwurzel wiederum ins Labor.
Nach einer Woche stand das Ergebnis der Untersuchungen fest: der Leiter des Labors erklärte, die Ginsengwurzeln seien äußerst wertvoll, da sie von ungewöhnlich guter Qualität seien. Die Polizei war überrascht und ratlos.
Sie folterten den Spion. Er gestand seine Schuld ein. Er gab zu, daß er im Auftrag der chinesischen Regierung handelte. Er sollte die Ginsengwurzeln dem Präsidenten als Geschenk überreichen. Da er jedoch keinen günstigen Anlaß fand, warf er sie einfach in den Garten. Es sei die Absicht der chinesischen Regierung, Vietnam zurück in die Steinzeit zu bringen. Bereits zweimal in der jüngsten Vergangenheit hatte China Vietnam mit seiner mächtigen Armee angegriffen. Ohne Erfolg. Deshalb mußte die Taktik geändert werden. So ersann die Regierung die List mit den Ginsengwurzeln. Sie züchteten Wurzeln von äußerst guter Qulität. Sie sollten dem Präsidenten Le Duan dazu verhelfen, steinalt zu werden. Mit ihm als Präsidenten würde Vietnam schneller zurück in die Steinzeit versetzt als durch einem Krieg mit Waffen.



Die neun goldenen Wörter

Es gibt in Vietnam den Brauch, daß die Familienangehörigen am Todestag im dritten Jahr nach dem Tod eines Angehörigen zu dessen Andenken feiern.
Nachdem der große Vorsitzende Ho Chi Minh drei Jahre tot war, gab es deshalb überall im Land Feiern zu seinem Gedenken. Im Hof des Ho Chi Minh Mausoleums standen viele Delegationen, die mit Blumensträußen gekommen waren. Die Leute unterhielten sich den ganzen Tag über Ho Chi Minh und dessen Leben und Verdienste. Zufällig schaute einer nach oben auf das Eingangstor des Mausoleums. Dort standen als Zitat die neun goldenen Wörter aus dem Vermächtnis Ho Chi Minhs. Er sagte zu den anderen: »Ist es das wirklich, was wir unter dem neuen Parteivorsitzenden Le Duan erreicht haben?«
Sein Nachbar überlegte. Nach einer Weile antwortete er traurig: »Ja, die ersten drei Wörter haben wir bereits erreicht.«
Die neun goldenen Wörter lauten: »Es gibt nichts Kostbareres als Unabhängigkeit und Freiheit.«

Notiert von Quan



Köpenick, März 92. Foto: Umbruch Bildarchiv



Schwarze Löcher – Weiße Flecken

oder: was passiert, wenn doch was ist, was nicht sein darf?

Spiegelbildlich zum gesellschaftlichen Mainstream, der mit einer pauschalen Täter-Zuschreibung arbeitet, werden im antirassistischen Diskurs die VietnamesInnen als Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen. So zutreffend diese Sicht auch ist, an einem bestimmten Punkt sind ihr Grenzen gesetzt: Dann, wenn die Opfer nicht Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse sind, sondern die Täter aus dem Kreis der Opfer kommen.

Wenn VietnamesInnen Opfer von Schutzgelderpressungen, Zwangsprostitution oder Mord durch Landsleute werden, ist außer der sicherlich richtigen Feststellung, daß dies kaum passieren würde, wenn alle einen gesicherten Aufenthaltsstatus und eine Arbeitserlaubnis erhalten würden, von antirassistischer Seite nichts zu hören. Es entsteht eine Sprachlosigkeit, die in der Öffentlichkeit oftmals den Eindruck von Unglaubwürdigkeit erweckt. Durch die Nichtbehandlung bestimmter Themenbereiche verlieren auch richtige Analysen an Überzeugungskraft, da bestimmte Auslassungen oft als erstes auffallen. Dadurch katapultieren sich antirassistische Gruppen aus bestimmten Diskussionen selbst hinaus und verkleinert die ohnehin geringen Einflußmöglichkeiten. Solche analytischen Ausklammerungen bergen stets die Gefahr, in der praktischen Arbeit rat- und hilflos zu werden und im schlimmsten Falle falsche, bzw. sehr zwiespältige Forderungen aufzustellen.

Um dies zu vermeiden, ist es unerläßlich, sich mit bestimmten blinden Flecken zu beschäftigen, die bisher höchstens stiefmütterlich und hinter vorgehaltener Hand behandelt worden sind.

Im Gegensatz zu rassistischen Polizeiübergriffen, bei denen es neben Mißhandlungen auch des öfteren zu Diebstahl und Unterschlagung von beschlagnahmten Zigaretten kam, wurden Übergriffe und Standgebührenerpressungen von VietnamesInnen nie in die Richtung thematisiert, was dies für die EndverkäuferInnen bedeutet. Zwar wurde dem dubiosen Mafiakonstrukt immer entgegengehalten, daß der Verkauf unverzollter Zigaretten ein Bagatelldelikt ist und nichts mit organisierter Kriminalität zu

tun hat, da den VerkäuferInnen keine andere Möglichkeit zu Lebensunterhalt bleibt und sie Opfer einer rassistischen Ausgrenzungspolitik sind. Daß die VerkäuferInnen in Folge dessen aber auch Opfer einer extremen Ausbeutung durch Zwischenhändler und »Beschützer« werden, die auch vor körperlicher Gewalt nicht halt macht, wird gerne hinten angestellt oder verdrängt. Sobald die Ebene der Maximalforderung »Bleiberecht für Alle« verlassen wird, entsteht ein Dilemma. Die sicherlich gutgemeinte Plakatserie, die dazu auffordert, unverzollte Zigaretten bei VietnamesInnen zu kaufen, zeigt dies deutlich. Was als Gegenbild zu den rassistischen Plakaten des Finanzministeriums und als Aufforderung zur direkten Unterstützung der VerkäuferInnen konzipiert war, ist, zu Ende gedacht, etwas ganz anderes. Moralische Apelle greifen in dem komplexen Bereich der Ökonomie meist zu kurz. Wer unverzollte Zigaretten kauft, unterstützt zwar auch die VerkäuferInnen bei ihrer einzigen Möglichkeit zum Erwerb ihres Lebensunterhalts, vielmehr profitieren jedoch »Beschützer«, Zwischenhändler, Großhändler und last but not least die deutsche Tabakindustrie.

Noch größer wird dieses Dilemma im Fall des Wohnheimes in der Rhinstraße. So richtig es auch war, die illegalen Entmietungsversuche der ARWOBAU zu bekämpfen und durch Anwesenheit vor Ort und juristische Hilfe einzugreifen, so zwiespältig ist die Forderung nach dem Erhalt des Heimes.

Richtig ist, daß das Heim eine der letzten Wohnmöglichkeiten für Hunderte von VietnamesInnen ohne Aufenthaltsstatus war. Richtig ist auch, daß der Grad der Kontrolle durch den Vermieter nicht so hoch war, wie in den anderen Heimen. Ebenfalls unbestreitbar, daß die Schattenwirtschaft in der Rhinstraße für viele BewohnerInnen die einzige Einkommensmöglichkeit war. Daher scheint die Forderung, daß alle BewohnerInnen die dort wohnen wollen, dies auch weiterhin tun können, schlüssig, zumal sich diese Forderung mit den Interessen vieler BewohnerInnen deckte. Wohnraumerhaltung und Einkommenssicherung für VietnamesInnen ohne Aufenthaltsstatus. Aber zu welchen Bedingungen? Daß die ARWOBAU Wuchermieten bis zu 30,-DM/qm verlangt hat, ist stets zurecht angeprangert worden. Daß ein nicht gerade geringer Teil legaler Mieter von ihren illegalen Untermietern weitaus höhere Preise verlangt hat, war nirgendwo zu hören. Die ghetto-ähnliche Struktur begünstigt eben nicht nur kleine Gemüsestände und Lebensmittelgeschäfte, sondern auch Zwangsprostitution, Erpressungen und Mord.

Bleibt angesichts der Tatsache, daß in der Rhinstraße überwiegend VietnamesInnen ohne Aufenthaltstitel lebten, nichts anderes übrig als zu fordern – und dies ja auch nicht offiziell, sondern nur indirekt – daß sie dort weiter bleiben können? Besser ein Dach über dem Kopf zu diesen Bedingungen als gar keines?

Wie ernsthaft wirken für betroffene VietnamesInnen, die unter diesen Bedingungen leiden, wohl Solidaritätsbezeugungen, die sich genau mit diesen Bedingungen nicht auseinandersetzen?

Hauptursache dieses vertrackten Problems ist, daß mit der Illegalisierung nicht offensiv umgegangen wurde. Durch die Forderung nach dem Erhalt des Heimes, die die weitere stillschweigende Duldung der illegalen Mieter beinhaltete, war es nicht möglich, deren konkrete Lebensumstände zu beschreiben, anzuklagen und öffentlichkeitswirksam Verbesserungen einzufordern. Spätestens ab dem Zeitpunkt, als die Polizeiführung den Erhalt des Heimes forderte, um einen direkteren Zugriff auf die VietnamesInnen zu haben, wäre es an der Zeit gewesen, die eigenen Forderungen noch einmal zu hinterfragen.

Und nicht zuletzt steht die Forderung nach dem Erhalt eines ghettoähnlichen Komplexes in klarem Widerspruch zu der jahrealten Grundforderung nach der Abschaffung von Lagerunterbringung, die seit Lübeck wieder aktueller den je ist. Bedeutet das Aufgeben dieser Forderung in bezug auf Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus letztlich nicht ein (sicherlich unbewußtes) Nachziehen der staatlich rassistischen Hierarchisierung von MigrantInnen?

Das Ausklammern von Phänomenen, die nicht in das eigene Bild passen, oder auch die Angst, offensiv und öffentlich damit umzugehen, birgt die Gefahr, an vielen Punkten in eine Sackgasse zu geraten. Deshalb ist eine Diskussion um die angeführten Problemfelder mehr als überfällig.

Ein interessanter Ansatzpunkt für eine solche Diskussion könnte die Arbeit von Frauengruppen zu thailändischen Prostituierten in den 80er Jahren sein. Dabei wurden sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse und Ausbeutungsstrategien hier und in Thailand aufgezeigt, als auch konkret versucht, Frauen beim Ausstieg zu unterstützen, ihnen Wohnraum, Aufenthaltstitel und Arbeit zu vermitteln. Es gelang damals, die »Illegalität« der betroffenen Frauen in den Hintergrund zu stellen und mit ihrer tatsächlichen Lebenssituation an die Öffentlichkeit zu treten und konkrete Verbesserungen einzufordern. Auch wenn die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich mittlerweile nicht gerade nach links verschoben haben, bietet die Art der Öffentlichkeitsarbeit sicher noch interessante Denkanstöße.

Ein anderer Ansatz ist z.B der Aufbau einer medizinischen Versorgung für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus, mit der, ähnlich wie in Großbritannien oder Italien (siehe ZAG 16) an die Öffentlichkeit gegangen wird. Mittels des öffentlichen Einklagens fundamentaler Menschenrechte könnte auch im Bereich illegalisierter Flüchtlinge BündnispartnerInnen gefunden und eine offensivere Thematisierung der Illegalisierung möglich werden. Das Übersehen oder Verschweigen verschiedener Lebensbedingungen, die ihren Ursprung in der Illegalisierung haben, führt mit Sicherheit nicht dazu, die Situation dieser MigrantInnen zu verbessern.

Jürgen Temming
ZAG-Redaktion

Was tun, wenn es (nicht) brennt?

Antifaschismus und Antirassismus: Was geht da praktisch zusammen?



Foto: FelS

In der gemeinsamen Nummer von ZAG und off limits »Deutscher Antirassismus« im Mai 1995 erschien der Artikel »Antifaschismus und Antirassismus – was geht da zusammen?«. Als Antifa-Arbeitsgruppe innerhalb der Gruppe F.e.l.S. (Für eine linke Strömung, Berlin), die über klassische Antifa-Politik hinaus auch antirassistische Arbeit, aktuell beispielsweise für VietnamesInnen in Berlin, zu einem Bestandteil ihrer Arbeit gemacht hat, wollen wir unsere Antwort auf diese Frage zur Diskussion stellen.

Um die Frage nach den Möglichkeiten einer Verbindung von antifaschistischer und antirassistischer politischer Ausrichtung zu beantworten, erscheint es uns sinnvoll, zunächst in diesem Zusammenhang relevante Teile unserer Praxis zu beschreiben. Es folgen eine Einschätzung der für diese Frage wichtigen politischen Prozesse seit der durch Kohl propagierten »geistig-moralischen Wende« 1982, und Ansätze einer Kritik der Faschisierungsthese, die dann in (vorläufigen) Ansätzen für einen gemeinsamen antifaschistischen und antirassistischen Widerstand münden. Damit versucht der folgende Artikel nicht eine erschöpfende Analyse sämtlicher relevanten Fragen und gesellschaftlichen Prozesse. Vielmehr ist es unser Anliegen, thesenhaft aufzuzeigen, warum eine gemeinsame antifaschistische und antirassistische Praxis unseres Erachtens nach auch zukünftig dringend notwendig wird.

Eigene Erfahrungen: Vertriebene und Flüchtlingspolitik

Im Sommer 1995 bildeten Berliner Antifagruppen das »Bündnis gegen den Tag der Heimat«. Anlaß war das jährliche Vertriebenentreffen Anfang September 1995. Wir trugen dieses Bündnis mit, da diese Initiative über reinen Anti-Nazi-Kampf hinauswies. Neben den Verbindungen der Neonazis zu konservativen PolitikerInnen ließ sich u.a. auch das hegemoniale Osteuropakonzept der Regierung thematisieren, das sich an historische Vorläufer der BRD und Konzepte der Geopolitik anlehnt. Eine Hegemonie soll zwar so weit wie möglich mit wirtschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden, doch wird parallel dazu das eventuell notwendige militärische Instrumentarium (Krisenreaktionskräfte) geschaffen. Auf dem diplomatischen Parkett spielen deutsche Politiker ein Muskelspiel, in dem sie austesten, wie weit sie gegenüber ihren westlichen Bündnispartnern gehen können: Schäuble warnte, daß Deutschland notfalls »auch mit traditionellen Methoden« seine Interessen durchsetzen werde. Kinkel stufte das Potsdamer Abkommen im Zusammenhang mit dem geplanten deutsch-tschechischen Abkommen über die »Sudetenfrage« zu »einer politischen Willensäußerung« herab. Flankiert werden diese Maßnahmen durch eine gezielte Minderheitenpolitik in einzelnen osteuropäischen Regionen. »Deutschstämmige« Minderheiten sollen dazu beitragen, eine Ausweitung des deutschen Einflusses in diesen Regionen zu erleichtern. Damit streben Nationalismus und Liberalismus eine Neuauflage ihres aus dem Kaiserreich sattsam bekannten Bündnisses an.

»Vertriebenentreffen« werden von Exponenten beider Strömungen als gemeinsame Plattform genutzt. Auch zum Thema Rassismus und Flüchtlingspolitik bot der »Tag der Heimat« einen inhaltlichen Bezug. In Schlesien gaben die Konsulate

der BRD 80000 Reisepässe an sog. »Deutschstämmige« aus. Mit der Vergabe der doppelten Staatsbürgerschaft, die MigrantInnen in der BRD konsequent verweigert wird, hatten die Herrschenden keine Probleme. Sogenannte »SpätaussiedlerInnen« sind gegenüber anderen MigrantInnen in der BRD deutlich privilegiert. Militärisch abgeschottete Ostgrenzen, de facto keine legalen Einreisemöglichkeiten, Nahrung gegen Gutscheine, Lager und Abschiebeknäste bleiben »volksdeutschen« MigrantInnen erspart. Damit hätten auch AntirassistInnen Grund zur Beteiligung gehabt: Wenn »das Recht auf Heimat« eingeklagt wird, ist das womöglich ein Angriff auf das für MigrantInnen existentielle Menschenrecht auf Freizügigkeit und Flucht. Leider haben wir während der Kundgebung kaum Leute aus dem antirassistischen Spektrum gesehen. Dear Antiracists, hope to see you at the next Vertriebenen event ...

VietnamesInnen in Berlin: Institutioneller Rassismus und antifaschistische Praxis?

Im Mai '95 gaben zwei Ereignisse den Ausschlag unsere Praxis um antirassistische Arbeit zu erweitern. Bei einer Razzia wurde Dang, der sein Geld mit Zigarettenverkauf verdient, von zwei Bullen lebensgefährlich angeschossen, als er weglief. (Siehe Kasten S. 15) Ermittlungen wegen eines rassistischen Mordversuchs kamen nicht in Gang. In der Nacht zuvor hatten die vietnamesischen BewohnerInnen des Heimes in der Rhinstraße (Berlin-Lichtenberg) eine Großrazzia der Bullen militant verhindert.

In dieser Zeit waren die Ostberliner VietnamesInnen akut räumungsbedroht, im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen und der Mafia-Diffamierungskampagne mußten umgehende Abschiebungen befürchtet werden. Durch Veranstaltungen, Kundgebungen, eine Demo unter Beteiligung von VietnamesInnen und Antifas, Öffentlichkeitsarbeit und finanzielle, rechtliche und praktische Unterstützung in den Heimen gelang es, Öffentlichkeit zu schaffen und die Räumung für drei Monate zu behindern. Als die taz und der ORB über Zusammenstöße von »Jugendlichen aus Kreuzberg« und vietnamesischen BewohnerInnen mit dem Heimleiter Kretschmann, dem rüdesten Räumungsbüttel der ARWOBAU, berichteten, sah sich die Firma gezwungen, diesen Bediensteten abzuberufen.

»Legale« und »Illegale«: Grenzen unserer Arbeit

Als sich die Zusammenarbeit zwischen UnterstützerInnen und VietnamesInnen auch öffentlich abzeichnete, bildeten Senat, Bezirksamt Lichtenberg, ARWOBAU und die »Vereinigung der Vietnamesen in Berlin-Brandenburg« einen Krisenstab, dessen Ziel es war, den Widerstand zu brechen, indem den verbliebenen »legalen« HauptmieterInnen Ersatzwohnungen beschafft wurden. Die Reistrommel e.V., ein Beratungsprojekt für ausländische Mitbürger, die es sich ebenfalls zum Ziel gesetzt hatte, die »Legalen« zu verteidigen, wurde in diesem Gremium nur geduldet. Die übrigen UnterstützerInnen wurden zu den Treffen des »Krisenstabs« überhaupt nicht erst eingeladen. Die Umsetzung des Krisenstabsbeschlusses bedeutete für vier Fünftel der BewohnerInnen dennoch die Vertreibung in die Obdachlosigkeit, da sie keine Hauptmietverträge besaßen und die Räumung mithilfe ziviler Ausländerbullen durchgeführt wurde. Wir wissen, daß diese Menschen »auch schon mal eine Nacht unter Brücken übernachtet haben«. Zu dieser Zeit waren in Berlin Temperaturen von zehn Grad unter Null keine Seltenheit.

Der Spaltung in »Legale« und »Illegale« und dem Angebot von Wohnraum hatten wir nur wenig entgegenzusetzen. Zwar versuchten auch wir, beispielsweise bei der Zimmersuche behilflich zu sein, doch verloren wir dabei unser Ziel, staatlichen Rassismus aufzuzeigen, mehr und mehr aus den Augen. Eine wirkliche Verbindung unserer antifaschistischen Arbeit mit der Unterstützung der VietnamesInnen herzustellen, war uns praktisch nur sehr eingeschränkt gelungen. Eine Ursache dafür sehen wir in einem Mangel an kontinuierlicher Diskussion über Perspektiven eines gemeinsamen Widerstands von AntifaschistInnen und AntirassistInnen.

Antifaschismus – Antirassismus: Diskussionsansätze

Einen Ansatz für eine gemeinsame Diskussion sehen wir in dem eingangs genannten Artikel aus der ZAG-Redaktion. Obwohl der Artikel dem antifaschistischen Spektrum die »fehlende theoretische Klärung« des Begriffs Rassismus vorwirft und nur allgemein eine »klassische kommunistische Analyse« unterstellt, halten wir die im Artikel formulierten Ansätze einer gemeinsamen Praxis für richtig. Eine »Schnittmenge« von antifaschistischer und antirassistischer Politik sehen wir insbesondere in der für beide Spektren relevanten Auseinandersetzung mit staatlichem und institutionellem Rassismus und einem auf kulturelle Leistungen bezugnehmenden Rassismus. Die Diskussion über die Neue Rechte muß unserer Meinung nach eine Analyse über deren Verbindungen zur bürgerlichen Rechten und den Parallelen zu der neoliberalen Wirtschaftspolitik einschließen. Denn mit einer genauen Untersuchung der möglichen Parallelen und Unterschiede der Interessen von Neoliberalismus, Sozialpolitik, Neuer Rechter und Neofaschisten ließen sich gemeinsame antifaschistische und antirassistische Handlungsperspektiven ableiten. Allerdings bleibt auch die schärfste Analyse stumpf, wenn sich ihre Konsequenzen nicht mit den praktischen Möglichkeiten treffen. Am Beispiel der oben genannten Aktionen zum Vertriebenentreffen zeigt sich, daß zwar ein gemeinsamer Widerstand naheliegend ist, dieser jedoch oft praktisch daran scheitert, daß gemeinsame Strukturen fehlen. Ein Polarisieren zwischen AntifaschistInnen und AntirassistInnen, das sich auch in dem ZAG/Off Limits Artikel zeigt, steht allerdings im Widerspruch zu einer tragfähigen kommunikativen Ebene, aus der gemeinsame Diskussionen und Strukturen hervorgehen können.

»Faschisierung«?

Ein zentraler (Streit-)punkt zwischen antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen – auch in der Diskussion zur aktuellen Situation – dreht sich um Erklärungsmuster, denen Konzepte wie »Faschisierung« oder »faschistische Methoden oder Tendenzen« zugrundeliegen. Unserer Meinung nach werden (gerade in Antifazusammenhängen) in dieser Debatte oft Thesen vertreten, die auf unzureichende Faschismusanalysen verweisen und die aktuelle politische Situation

fehlinterpretieren. Nicht selten werden mit Begriffen wie »faschistisch« Grenzen konstruiert, wo de facto keine sind. Der Faschismusvorwurf war und ist oft die letzte »moralische Keule« einer ratlosen Linken und muß zur Legitimierung der eigenen Aktionen herhalten. Semantisch betrachtet, verweist der Begriff »Faschisierung« auf eine Entwicklung - als Adjektiv - hin zum Faschismus. Als analytischer Begriff jedoch verhindert er eher eine genauere Auseinandersetzung mit aktuellen Prozessen und Mechanismen innerhalb des bürgerlichen Staates. Denn nur wer glaubt, der bürgerliche Staat würde auf seine verfassungsmäßigen Ideale wie Gleichheit, Freiheit etc. tatsächlich etwas geben, kann erbost autoritäre, repressive Entwicklungen als »faschistisch« diffamieren und somit außerhalb der Herrschaftsform des bürgerlichen Staates verorten. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir behaupten nicht, daß es jemals einen »Bruch« gegeben hätte zwischen dem faschistischen Deutschland und dem Nachkriegsstaat. Weder die Strukturen noch die Machteliten des faschistischen Deutschlands wurden nach '45 zerschlagen bzw. entfernt. Im Gegenteil.

Deutsche unter Deutschen

Eingliederung der deutschen Aussiedler ist menschliche Verpflichtung und Akt der Solidarität

In ihrem Paß steht: Staatsangehörigkeit UdSSR – Nationalität deutsch. Die Rede ist von Rußlanddeutschen. Rund 45 000 werden am Ende dieses Jahres ihre Heimatdörfer und -städte in der Sowjetunion verlassen haben, in denen sie aufgewachsen sind und wo sie viele Jahre lang gelebt und gearbeitet haben. Sie kommen in die [illegible]

es, die Aussiedler spüren zu lassen, daß sie bei uns willkommen sind.

Dafür gibt es ermutigende Beispiele in der Bevölkerung. In Osnabrück z. B., wo unlängst eine weitere Aufnahmestelle für Aussiedler eingerichtet wurde, haben Bürger eine Aktion „Kinderland" ins Leben gerufen, die sich besonders der Aussiedlerkinder [illegible]

einer etwaigen Zuzugsbegrenzung fü[illegible] diese Deutschen. Eine solche wär[illegible] nicht nur verfassungswidrig, da nac[illegible] dem Grundgesetz Aussiedler Deut[illegible]sche sind und deshalb Anspruch au[illegible] Aufnahme haben, sondern auch zu tiefst unmenschlich.

In diesem Zusammenhang wie[illegible] Waffenschmidt auch auf das schwer[illegible] [illegible]

aus der Zeitschrift »Innenpolitik«

Völkische Kontinuität

Auch in einem weiteren Punkt läßt sich die Kontinuität nicht leugnen - allerdings eine Kontinuität, die weit vor die Zeit des Faschismus zurückgeht und aus der der Faschismus wie auch der bürgerliche Staat seine Identität und seinen agressiven Nationalismus speis(t)en. Es ist die Rede von der ungebrochenen Tradition des Völkischen. Die Konstruktion der »völkischen Identität« hat in Deutschland eine ihrer Wurzeln im Germanenkult und wurde zu Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts, insbesondere während der Deutschen Nationalstaatsbildung, verstärkt propagiert. Einen symbolischen Ausdruck findet die Tradition des Völkischen in den massenhaft und eindringlich während des Kaiserreichs aus dem Boden gesprossenen Bismarcktürmen und dem Herrmannsdenkmal im Teutonenwald. Durch die Mystifizierung des »heldenhaften Germanentums« war die daraus modellierte »arische Rasse« eine »Herrscherrasse«, also zivilisatorisch und biologisch »höherwertig«.

Dies erklärt zum Teil auch die Tatsache, daß der Faschismus nicht nur vom Kapital unterstützt, sondern auch von über 14 Millionen WählerInnen an die Macht gebracht wurde: Denn der faschistische Staat hatte es geschafft, die völkische Ideologie in eine Massenbewegung zu formieren, die als »arische Einheit« jede und jeden einzelne/n (der »arischen« Deutschen) an dem Gefühl der Herrschaft und Macht teilhaben ließ, während die Teilhabe an materiellen Ressourcen eingeschränkt wurde. Juden wurden zu Untermenschen, der Antisemitismus schuf zur Abgrenzung ein »Anti-Volk« und vernichtete es in Europa.
Entgegen derer, die suggerieren, die schlimme Geschichte Deutschlands würde '33 anfangen und alles Böse ließe sich mit einem Verweis auf den Faschismus erklären, würden wir also behaupten, daß der Faschismus in ökonomischer und politischer Hinsicht damals ein für die Kapitalisten und Herrschenden notwendiges »Krisenmanagement« war, ein Teil der Ideologie aus der er sich speiste, jedoch als völkische älter war. Die völkische Ideologie bezieht sich nicht auf den Faschismus, sondern umgekehrt. Diese »Tradition« spielt bis heute eine große Rolle in der nationalistischen Debatte, in der Konstruktion der »Volksgemeinschaft« (Schäuble) und für das Versprechen einer Teilhabe an einem ökonomischen und zivilisatorischen Projekt der priviligierten Deutschen, in dem andere keinen Platz haben und als Projektionsfläche zur Abgrenzung dienen sollen.
Wenn wir also versuchen, repressive und autoritäre Mechanismen zu benennen und zu bekämpfen, so tun wir das mit dem Bewußtsein, den bürgerlichen Staat als solchen zu entlarven und anzugreifen und nicht mit dem Verweis auf den Faschismus oder eine Faschisierung. Basis, um die derzeitige Entwicklung (Groß-)Deutschlands in seiner Innen- und Außenpolitik zu kommentieren, kann nicht die vergleichende Bezugnahme auf das faschistische Deutschland sein.

Die »Wende« und der neoliberale Angriff

Was Kohl 1982 mit der »geistig-moralischen Wende« angekündigt hatte, war der Anfang einer neoliberalen Marktstrategie, welche die Intention hatte, auf der Basis eines verstärkt propagierten Nationalismus neue Verwertungsstrategien und Spaltungsmechanismen zu finden. Diese Tendenz fand 1989 mit der Öffnung des Marktes nach Osten ihren Durchbruch. Was in anderen westeuropäischen Ökonomien längst vollzogen war, trat in Deutschland mit zeitlicher Verzögerung ein, nicht aber ohne gleichzeitig den ökonomisch legitimierten Führungsanspruch in Europa unmißverständlich deutlich zu machen. Die nationalistische Mobilisierung ging einher mit verstärkter rassistischer Ausgrenzung.

Neue Verwertungsstrategien werden häufig zuerst an Flüchtlingen oder MigrantInnen praktiziert, um eine breitere Durchsetzung zu überprüfen. Ein Beispiel ist die Abschaffung der bisher staatlich garantierten Existenzsicherung in Form der Sozialhilfe: Als erstes wurden AsylbewerberInnen von der Sozialhilfe ausgeschlossen (Asylbewerberleistungsgesetz), nun wird die Streichung der Sozialhilfe im allgemeinen (z.B. bei Ablehnung von Zwangsarbeit) als konkrete Möglichkeit diskutiert. Die Angriffe der Arbeitgeberverbände auf staatlich garantierte Sozialleistungen und Tarifregelungen etc. überschlagen sich zur Zeit förmlich. Alles, was später durchgesetzt wird, ist für die Normalverbraucherin immer noch das »kleinere Übel«.

Die Ausgrenzung und Illegalisierung von Flüchtlingen ist ein notwendiger Bestandteil der Segmentierung des Arbeitsmarktes. So gibt es im Baugewerbe z. B. mittlerweile acht Tarifgruppen, wobei die achte ausschließlich für AusländerInnen eingerichtet wurde. Die sogenannten »WanderarbeiterInnen« sind »selbständige ArbeiterInnen«, »hochflexible« Tagelöhner des 20. Jahrhunderts, die in sozial nicht abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen je nach Bedarf eingesetzt oder rausgeschmissen werden können (hire and fire). In der Unterlaufung von Tarifstrukturen und sozialer Grundsicherung für alle wird also ein Klima der Angst erzeugt, in dem MigrantInnen und Flüchtlinge als schwächstes Glied der Ausgebeuteten zur Durchsetzung der Profitinteressen dienen und als »Untermenschen« eine Projektionsfläche für den kulturalistischen Diskurs der Volksgemeinschaft bieten. Hier besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Rassismus und neoliberaler Neustrukturierung: »Diese bewußt herbeigeführte Verelendung von Flüchtlingen ist staatlich abgesegneter Rassismus.« (Heiko Kauffmann, Sprecher von Pro Asyl)

Neue Rechte

Kohls anfangs erwähnte »geistig-moralische Wende« beschreibt jedoch noch mehr, nämlich einen konservativen Rollback in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft. Reden wir von der kulturellen Hegemonie der »Neuen Rechten«, so ist das heute nichts Neues. Daß die rechten Ideologen in den letzten zehn Jahren einen Erfolg zu verzeichnen haben, läßt sich schon daran sehen, wie wenig sich eine liberale Öffentlichkeit heute noch zu Wort meldet.

Interessant und somit gefährlich in dieser Beziehung sind nicht (mehr) die faschistischen »Sekten« oder die völkischen »Republikaner«, sondern die neuen smarten Nadelstreifenführer der nationalliberalen Strömungen und Parteien – Vertreter eines staatlich unreglementierten kapitalistischen Wirtschaftssystems und extrem rechte Ideologen mit zum Teil guten Verbindungen zum neofaschistischen Lager. Wir meinen Leute wie Haider von den »Freiheitlichen« aus Österreich, Blocher von der »Schweizerischen Volkspartei«, Berlusconi, »Forza Italia« oder Stahl, »FDP«. Diese Strömungen sind überall in Europa im Kommen, programmatische Gemeinsamkeiten besitzen sie in der Mobilisierung von Leistungspotential auf rassistischer und nationalistischer Basis und beim Abbau erkämpfter sozialer Rechte. Wir sind uns nicht sicher, wie diese neurechten Ideologen einzuordnen sind: Sind es nun Faschisten oder sind es Neoliberale? Die sich abzeichnende Entwicklung ist unserer Meinung nach weniger eine hin zum Faschismus denn eine hin zu einem nationalliberal-autoritären Staat, der seine Aufgabe allein darin sieht, die Interessen des Marktes durchzusetzen und dabei auf eine völkische Mobilisierung setzt.

Militarisierung nach Innen

Flankiert wird diese Entwicklung von einer Militarisierung nicht nur der Außen-, sondern auch der Innenpolitik: Um die wahrscheinlich werdenden Kämpfe um Existenzsicherung mit »kriminellen Mitteln« zu kontrollieren, werden schon jetzt verstärkt private Sicherheitsdienste und Hilfspolizei eingesetzt, die, weil sie nicht der staatlichen Exekutive angehören, nicht an staatliche Kontrollmechanismen gebunden sind und damit »dereguliert« einsetzbar sind. Die Abgabe des staatlichen Gewaltmonopols an systemtreue Kräfte und Institutionen ist gewollt. Die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Bundesgrenzschutzes und dessen Umbau zu einer einsatzbereiten Bundespolizei im Innern, die Aufrüstung von Abhör- und Überwachungseinrichtungen ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen. Auch die Legalisierung der Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten sowie die Ernennung von Militärs zu politischen Entscheidungsträgern wie Schönbohm als Innensenator in Berlin zeigen, daß Vorbereitungen getroffen werden, um mit aus Armut geborener »Kriminalität« umzugehen. Die Aufrüstung der Polizeien richtet sich-

aus der Zeitschrift »Innenpolitik«

Aufruf zur Solidarität mit den Deutschen in der Sowjetunion

Lebensverhältnisse vor Ort verbessern

Zur Solidarität mit den rund zwei Millionen Deutschen in der Sowjetunion hat Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble aufgerufen. Auf dem 22. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland am 24. Juni 1990 in Wiesbaden sagte der Minister, Solidarität mit den Deutschen in der Sowjetunion heiße vor allem, ihre Lebensverhältnisse dort zu verbessern, damit sie nicht den einzigen Weg in der Aussiedlung sähen. Schäuble versicherte zugleich, die Bundesrepublik Deutschland werde denjenigen, die sich zur Ausreise entschlossen hätten, „die Tür nicht zuschlagen und keine neuen Mauern aus Paragraphen bauen, nachdem die Mauern aus Beton gefallen sind".

Die meisten der 720000 Aus- und Übersiedler, die im vergangenen Jahr



Kam in Wiesbaden zu ihrem 22. Bundestreffen zusammen: die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. Foto: Eckhardt

Europa seien darüber hinaus der Stabilität des Kontinents nicht förderlich.

schnelle Hilfe. „Wir müssen das Unsere tun, damit unsere deutschen Landsleute in der Sowjetunion ihre Identität



aus der Zeitschrift »Innenpolitik«

Deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen Hannover

nicht, wie mit dem Begriff der Präventiven Konterrevolution suggeriert, in erster Linie gegen politisch Mißliebige, als vielmehr gegen jene, die in einer entfesselten Marktwirtschaft auf der Strecke bleiben.

Was tun – wenn es (nicht) brennt?

Antifaschismus als bloße Feuerwehrpolitik bleibt hinter den reellen gesellschaftlichen Entwicklungen zurück. Um eine wirksame Arbeit gegen die oben beschriebenen sozialen und ökonomischen Entwicklungen zu leisten, müssen auch Strukturen aufgebaut werden, die die Angriffe des Neoliberalismus auf das Soziale verhindern. Das heißt, daß einer Umstrukturierung, die die Menschen graduell nach nationalen und kulturalistischen »Merkmalen« hierarchisiert und separiert, eigene Strukturen gegenübergestellt werden müssen. Das bedeutet antifaschistischen Selbstschutz und antifaschistische Aktion, aber auch antirassistische Solidarität. Die Schnittmenge antifaschistischer und antirassistischer Politik weist darauf hin, daß gerade das neoliberale Umstrukturierungsprogramm angegriffen werden muß und die in einer gemeinsamen Diskussion erarbeiteten Positionen in soziale Kämpfe eingebracht werden müssen. Es ist darüber hinaus zentral, gerade durch Basisarbeit in Vierteln ein Klima zu schaffen, das Faschos den Boden entzieht und dem neoliberalen Angriff das Soziale entgegensetzt. Aus der obigen Analyse der möglichen Entwicklung dieser Gesellschaft in Richtung des Wolfsgesetzes (»Der Mensch ist des Menschen Wolf«) folgte für uns, daß die Unterstützung eigener Strukturen beispielsweise der »Illegalen« VietnamesInnen berechtigt war und wir nicht in den sozialdemokratischen Reigen miteinstimmten, daß diese so schnell wie möglich in Einzelwohnungen umziehen, sofern sie das nicht selbst wollten. Es gilt also, eigene Organisationsformen und Zusammenhänge - das Soziale - vor dem neoliberalen Angriff zu verteidigen und aufzubauen.

Also:

– eine gemeinsame antifaschistische/antirassistische Politik macht Sinn, wenn sie eine Analyse des nationalliberal-autoritären Staates zugrundelegt und daraus ihre Handlungsperspektiven ableitet.

– eine gemeinsame antifaschistische/-antirassistische Politik kommt um »Feuerwehrpolitik« nicht herum, sollte sich aber bisweilen an eigenen (revolutionären?) Zielen und Analysen orientieren und diese auch vermitteln.

– eine gemeinsame antifaschistische/-antirassistische Politik sollte klar benennen, daß Rassismus Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft ist und sich zum Teil aus der ungebrochenen völkischen Kontinuität speist. Eine »Faschisierung« zu beschreiben, wäre »Etikettenschwindel« und suggeriert die Gefahr einer Neuauflage des Faschismus, was die bürgerliche Gesellschaft als harmlos erscheinen läßt.

– eine gemeinsame antifaschistische/-antirassistische Politik sollte darauf abzielen, auch mittels einer Vermittlung von Politik und Kultur wahrnehmbar zu werden und Solidarität erfahrbar zu machen.

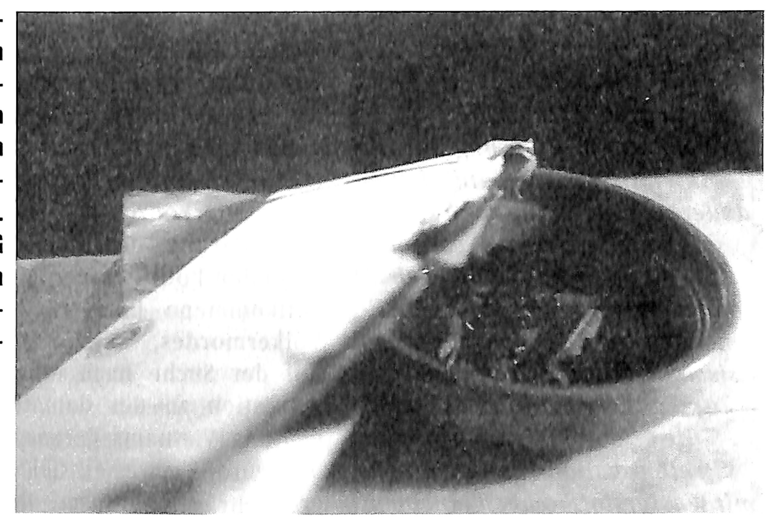
– antirassistische/-antifaschistische Arbeit macht Sinn im Zusammenhang mit Basisarbeit in Stadtteilen zur Schaffung eines Klimas, das die Segmentierung und Trennung nach nationaler Zugehörigkeit erschwert, wenn nicht verhindert, und den Faschos jeder Couleur damit den Boden entzieht.

F.e.l.S.-Antifa AG
im Februar 1996



Heimleiter – ein gefährlicher Beruf!

Die »Räumung« der ARWOBAU-Häuser in der Berliner Rhinstraße hatte Heimleiter K. mit persönlichem Einsatz unterstützt. Parallel zum offiziellen Vorgehen der Wohnungsbaugesellschaft randalierte K. in den Wohnungen und bedrohte die BewohnerInnen (siehe auch Chronik S. 13 u. 19). Wegen Morddrohungen – so die Begründung der ARWOBAU – wurde K. schließlich in den Innendienst versetzt. Der ZAG sind (aus wie üblich gut informierten Kreisen) davon abweichende Informationen über den wahren Werdegang von K.zugespielt worden, die wir im Folgenden dokumentieren.



K., der »Heimleiter aus Passion«, hat trotz Morddrohungen nach seiner Tätigkeit in B. nicht das Metier gewechselt. Zunächst war er in einem Tierheim in Oschatz (Sachsen) angestellt. Dort wurde er von einem Ozelot verletzt, nachdem er die Gitter der Raubtierkäfige eingetreten hatte. Den zerfleischten Fuß ließ er sich im St. Gertraudenkrankenhaus in Riesa zusammenflicken. Der Pfleger Frank Westphal beschreibt K. als »unglücklichen, schwierigen Menschen«, der stets sein Bett verließ, um die Nachttische anderer Patienten zu durchwühlen. Im privaten Altenpflegeheim Chranz bei Bozen (Italien) wurden die Reifen von K.s BMW aufgeschlitzt. K. hatte die Senioren in cholerischer Weise aufgefordert, ihre Zimmer zu verlassen, woraufhin sich einige verkühlten. Als Reifenaufschlitzer kommen laut Ignazio Cucchi von der örtlichen Polizeidienststelle vor allem erboste Angehörige in Betracht. Im Aschenbecher seines Arbeitszimmers hinterließ K. einen Strafzettel aus Stockach am Bodensee, wo er im Kinderheim des Diakonischen Werkes bereits am ersten Arbeitstag sämtliche Schlösser auswechseln ließ. In Gijon (Spanien) zerschlug K. die Telefonanlage des Hauptpostamtes und wurde vorübergehend festgenommen. In Safi (Marokko) öffnete er alle Wasserhähne einer Billigpension und geriet unter die Fäuste der anderen Gäste. Danach wurde er nur noch in Recife (Brasilien) gesehen, wo er sich als Reiseleiter für Amazonas-Tracks versuchte.







Bernam – Vietlin

»Es gibt nur eine Lösung für uns in Vietnam:«, sagt ein GI zum anderen. »Zuerst die zehn schönsten, intelligentesten, gesündesten vietnamesischen Mädchen und die zehn kräftigsten, intelligentesten, gesündesten vietnamesischen jungen Männer nehmen und auf ein Schiff tun und auf die offene See hinausfahren, weit weg. Dann ganz Vietnam mit Wasserstoffbomben einebnen und dann das Schiff versenken.«

Für Erich Fried war dieser »Witz zweier US-amerikanischer Soldaten in Saigon«, den er auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß in Berlin 1968 zitierte, die konzentrierteste Bankrotterklärung der damals herrschenden Politik und zugleich das vollkommene Eingeständnis des Völkermordes.

Auf der Suche nach einer Dokumentation zu der damaligen Bedeutung Vietnams gerade auch in Westeuropa erweisen sich die Kongreßbeiträge, herausgegeben vom SDS Berlin und jetzt vom VLA als Reprint editiert, als weit mehr als ein Steinbruch der Geschichte, eine Sammlung von Anekdoten oder heute schwer nachvollziehbaren Diskussionen. Spannend sind nicht nur die damaligen Einschätzungen der internationalen Referenten wie Ernest Mandel, Gaston Salvatore oder Tariy Ali. Auch die Überlegungen dazu in und um den SDS von Rudi Dutschke, Peter Weiss oder Günther Amendt, die heute, knapp 30 Jahre später, als Vorausahnung und Voraussetzung der Weiterentwicklung der Linken gelesen werden können: Unterschiedliche Optionen wie Betriebsarbeit, der »Gang durch die Institutionen«, aber auch Gedanken, auf militärische Art zu intervenieren, standen damals für lange Zeit zum letzten Mal zusammen zur Disposition und Diskussion. Die strategische Ausdifferenzierung und das spätere Sektierertum sind in diesen Beiträgen schon deutlich angelegt.

Auch das Überbetonen der Rolle der Intelligenz sowie die »Überdehnung« der Focustheorie von Debray werden deutlich, wobei dies aber auch schon in Ansätzen selbst erkannt wurde. Gerade nach dem Tod von Che Guevara 1967 wurde sein Vermächtnis, »zwei, drei, viele Vietnams« zu schaffen, um ausgehend von kleinen Herden (focos) die Ausdehnung einer revolutionären Bewegung zu erwarten, ein zentraler Orientierungspunkt in der Handlungsoption der undogmatischen Linken weltweit.

Doch auch das, was »unsichtbar« in dem Buch steht, erhält Bedeutung. So referiert Jeanette Habel auf dem Kongreß als einzige Frau – das Rot der Tomaten, die wenig später auf die Politmänner fliegen werden, schimmert schon durch die Zeilen...

Im Nachwort des Verlages von 1987 wird aus der Sicht von 1968 der Kongreß beurteilt und sehr gelungen versucht, das damalige Zeitgefühl im politischen wie persönlichen Kontext zu vermitteln. Dies mit der Hoffnung » zu lernen, um aus alten Träumen und Utopien neue Kräfte zu schöpfen.«.

»Der Kampf im Herzen der Bestie ist nach wie vor aktuell.«, endete damals die Einschätzung.

Wer heute etwas anderes behauptet, sollte dieses Buch lesen. Es geht weit über moralische Imperative hinaus.

»Internationaler Vietnam-Kongreß« Februar 1968, West-Berlin
Das Reprint vom Verlag Libertäre Assoziation gibt's für 16,80 DM in guten Buchläden oder direkt beim Verlag.

Nummer 0

ORGANISATION

Geschichte der BRD-Linken • Thesen zur Neukonstituierung der Linken • Notizen zu Kultur/Kulturbegriff • Reportage über Medellin

Nummer 1

LERNPROZESSE

Schulen Ost/West • Physiologie des Lernens • Über Seminare und Selbstschulung • HipHop aus Italien • Ein Versuch über Drogen • Nummer 2

Nummer 1

MEDIEN

TAZ/Radio 100/ ND - Interviews • Öffentliche Radios in den USA • Beethoven • W. S. Burroughs • Kuba/Reportage • Renato Curcio/Interview • Spezial: Bad Kleinen

Nummer 3

LINKE UND MILITANZ

K.-H. Dellwo zur Geschichte der RAF • Gesellschaft oder Ghetto/Lutz Taufer • Im Schlagschatten des Mondes/Michael Wildenhain • Huidobro/Interview

Nummer 4

RESUMEE – BIS HIERHER UND WEITER

Changing Times – Brüche in der deutschen Linken • Einschätzung eines Organisationsansatzes • Fragen zum Organisationsprozeß • Antifasist Genclik/Interview • Menace II Society/Filmbesprechung • Literatur aus dem Untergrund • Türkische Frauen in Berlin

Nummer 5

KNIVES & ROSES

Die Fehler der Linken - Martha Harnecker • Dino strikes back - Klaus Viehmann • Die Verse des Eunuchen - Gedichte von Luisa Castro • Strategie der Spannung

Nummer 6

REALSOZIALISMUS I

Mach's noch einmal, Vladimir (1.Teil) • Über die Erfahrung in Kollektivbetrieben • Interview mit zwei Sprüherinnen aus Berlin

Nummer 7

REALSOZIALISMUS II

Vladimir 2. Teil • Wer geht verrät - ein Gespräch über die DDR-Ausreise • Srop Razzismo - ein Interview

Nummer 8
erscheint Mitte März
Schwerpunkt: SEXUALITÄT

Die Linke und die sexuelle Revolution • Sexuelle Phantasien, Pornographie & Zensur • Eine Antwort darauf • Wemean - ein Interview • über pc. leidenschaft und revolution • Sofortige Freilassung von Benjamin Ramos Vega........

linke zeitschrift ARRANCA!



Ich abonniere vier Hefte der ARRANCA! (24 DM) ab Nr. ____

Ich möchte ein Förderabo (auch vier Hefte, aber wesentlich mehr als 24 DM - logisch!) ab Nr. ____

Ich bestelle ein Knastabo für ____

Ich bestelle ____ Hefte der ARRANCA! Nr. ____ zum Wiederverkauf (4,20 DM/Heft)

Redaktion, Abos und Vertrieb: ARRANCA! c/O LAZ • Crellestr. 22 • 10827 Berlin • KtNr. 184087900 • BLZ 100 200 00 (Berliner Bank) • Empfängerin: LAZ (Name der/des Einzahlerin und Rechnungsnummer angeben)

Name

Vornome

Anschrift

ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren.
Unten auf dieser Seite findet Ihr unsere Bestellpostkarte.
Wir schicken Abos - soweit nicht anders vereinbart - nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen.
Bitte füllt sowohl die Bestellung als auch den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen.
Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet im Inland 20.-DM, im Ausland 30.-DM (inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden.
Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.

Wer ZAG jetzt abonniert

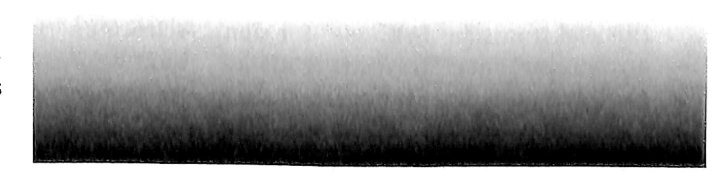
bekommt von uns - auf Wunsch und solange der Vorrat reicht - als erstes den Jahrgang '94 (Einen sehr guten Jahrgang ...) als kleine Beigabe gratis zugesandt.

ZAG – Themenschwerpunkte

ZAG Nr. 1 erschien im November 1991. Seit Herbst 1992 erscheint ZAG vierteljährlich mit Schwerpunktheften zu praktischen und theoretischen Themen antirassistischer Politik. Dies waren bisher:

Nr. 5	(Nov. 92)	Roma / Rostock *vergriffen*
Nr. 6	(Feb. 93)	Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne
Nr. 7	(Mai 93)	Rassismus und Medien *vergriffen*
Nr. 8	(Sep. 93)	Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen*
Nr. 9	(Nov. 93)	Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr.10	(Feb. 94)	Rassismus und Bildung
Nr.11	(Juni 94)	Innere Sicherheit
Nr.12	(Sep. 94)	Rassismus und soziale Frage
Nr.13	(Dez. 94)	Polizei und Justiz
Nr.14	(März 95)	Deutscher Antirassismus? *gemeinsame Ausgabe mit OFF LIMITS*
Nr.15	(Juni 95)	Illegalisierung
Nr.16	(Sep. 95)	Europa
Nr.17	(Dez. 95)	Alltag - Kultur - Rassismus

Die Ausgaben 1-4 erschienen noch ohne Themenschwerpunkt.



ZAG – Archiv

Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen. Die Ausgaben Nr. 1 bis 3 sind noch alle verfügbar und kosten nur je 1.-DM. Die Hefte Nr. 4 bis 9 sind praktisch vergriffen, können aber als Fotokopie, gelegentlich aber auch ›antiquarisch‹ zugesandt werden. Bis aufs allerletzte Exemplar vergeben sind im Moment die Ausgaben 5 und 7. Bevor sie im Altpapier landen: laßt sie uns doch wieder zukommen! Es soll euer Schade nicht sein, wir schicken euch wahlweise die neuesten ZAG's oder erstatten euch Porto und Kaufpreis.
Alle neueren Ausgaben (Nr. 10-15) sind noch verfügbar. Ein komplettes Archiv (17 Ausgaben incl. des allerletzten Exemplars der Nr. 5 und 7!) ist derzeit auf Lager und kostet 70.-DM. Hinzu kommen noch die Portokosten.

Wir wollen unsere gute alte Stasi wiederhaben!

Beat Leuthardt: »Leben online«

Das rasant wachsende globale Informationsnetz und die zunehmende Einbindung von ›Realitäts-Schnittstellen‹ wie Chipkarten, Scannern, Kameras, Ortungssystemen, ›intelligenten‹ Schlössern und anderen Geräten in dieses Netz ermöglicht technisch ein umfassendes ›Monitoring‹ des gesellschaftlichen Alltags, der Bewegungen, der Gesundheit, der finanziellen Situation jedes und jeder einzelnen, gegen welches sich die Visionen George Orwells ausnehmen wie eine Gutenacht-Geschichte für unsere lieben Kleinen. In dieser potentiellen ›Welt am Draht‹ - die allerdings auch ein wenig an die untergegangene DDR erinnert - würde noch dem obrigkeitshörigsten Bürger das Blut in den Adern gefrieren ob der völligen Transparenz seiner Privatsphäre - auch er hat sein kleines Geheimnis. Eine umweltfreundlichere Strategie, jedes gesellschaftliche Leben zum Erliegen zu bringen, läßt sich schwerlich ersinnen. Dahingestellt bleibt, ob sich diese Bemühungen in Einklang bringen lassen mit anderweitigen Anstrengungen, sich die Ressource ›menschliche Subjektivität‹ im Arbeitsprozeß zunutze zu machen.

Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz

Das Netz bekommt Augen und Ohren: Beat Leuthardt beschreibt auf über 200 Seiten die vielfältigen Instrumente, die schon bereit liegen: Die elektronische Fußfessel für den kostensparenden Strafvollzug niederer Intensität, den Stubenarrest. Das haushaltsbezogene Abwiegen der Müllfraktionen in Bremen zwecks exakter, gewichtsbezogener Abrechnung dürfte die Menge des umherliegenden Unrats auf den Straßen der Hansestadt und damit die Überlebenschancen der obdachlosen Müllsammler sicherlich erheblich steigern. »Maschinenlesbare Hunde und Katzen« (S.173) in der Schweiz, deren implantierter Mikrochip es dem Versuchstierfang-Roboter von Ciba-Geigy vielleicht eines fernen Tages ermöglichen wird, zwischen wilden (›illegalen‹?) und registrierten Tieren zu unterscheiden. Oder M.O.P.S., das ›Mobile Polizeibüro System‹, Pen-PC's für den sächsischen Polizisten im Außendienst. Online und offline »kann das System Büroautomation und Fahndung spielend kombinieren«, heißt es in enger Anlehnung an die Computerwerbung für den Consumer-Markt, wo auch immer alles spielend auf Mausklick hin funktioniert.

Das Informationssystem EUROPOL zur »Bekämpfung gewisser Formen der Kriminalität in Europa«, in welches auch Personen aufgenommen werden, »bei denen (sic!) bestimmte schwerwiegende Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Straftaten begehen werden«, gehört da sicher zu den ernster zu nehmenden Projekten, und davon gibt es nicht wenige. Leider unterschlägt Leuthardt die kleine Anekdote, daß sich kürzlich die Deutschen darüber beschwerten, daß sie fast die einzigen sind, die Daten eingeben. Die Spanier, besonders empörend, hatten erst siebzehn Datensätze geliefert.

MigrantInnen unter ständigem Verdacht

Datensammelei hat ihre Tücken und Grenzen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die weit fortgeschrittene (und absolut nicht adäquat bekämpfte) Überwachung etwa im Rahmen der EU, dem Abkommen von Schengen, der Verknüpfung von Datenbeständen von Verwaltung und Polizei eine massive und reale Gefahr darstellt. Und eine solche ist sie vor allem für MigrantInnen. So wie Migration und Drogenkriminalität in der Law-and-Order-Propaganda ständig in einem Atemzug genannt werden, so werden sie auch gemeinsam polizeitechnisch behan-





delt. ›Offene Binnengrenzen‹ sind für sie längst zum Synonym für Gesichtskontrolle nach den rassistischen Kriterien der Grenzbeamten geworden. Und an den Außengrenzen macht die Verdatung es möglich, nicht mehr die ›Personas non gratas‹ zu definieren, sondern die der ›Einreiseberechtigten‹. Aus genereller Einreiseerlaubnis mit Zurückweisungsvorbehalt wird Abschottung mit Dispens.

Eine politische Analyse dieser Tendenzen jedoch liefert Leuthardt nicht - er reproduziert nur das kulturpessimistische Pendant zur nicht minder falschen Technik-Euphorie der Datenautobahn-Werbespots der Telekom. Zwar spricht er gelegentlich von der »Ambivalenz der neuen Informationstechnologien«, aber er beschränkt sich auf »die Gefahren, die sie in sich bergen«. Tatsächlich: Manche Technologien - die Atomtechnologie etwa - würden auch in allen zukünftig denkbaren Gesellschaften nur Unheil anrichten. Radioaktive Strahlung wirkt auf lebende Zellen nunmal prinzipiell feindlich, und die darauf basierende Technik gehört deshalb in den Giftschrank menschlicher Entdeckungen. Das Elend der heutigen alternativen Technologie-Kritik besteht darin, daß sie diese zentrale Erkenntnis der Anti-AKW-Bewegung dahingehend pervertiert hat, die Betrachtung der Eigenschaften der Informationstechnologie derart mit ihrer gesellschaftlichen Anwendung zu verrühren, daß beides umgangen wird: Eine klare Beurteilung der Technologie einerseits und eine klare Beurteilung politischer Bestrebungen wie der von Leuthardt Geschilderten andererseits.

Die Entwicklung der Metallurgie ermöglichte es, den Hammer herzustellen, und damit läßt sich wahlweise ein Bild an die Wand nageln oder ein menschlicher Schädel einschlagen. Zu klären ist analog dazu die einfache Frage, ob die elektronische Symbolverarbeitung und -übertragung in gleicher Weise ambivalent (also letztlich gesellschaftlich beherrschbar) ist oder nicht. Nun würde ein kurzer Blick auf die eigene Nutzung der Informationstechnik ausreichen, um festzustellen, daß binäre Symbolverarbeitung sich gegenüber den Intentionen der Benutzerin und der Art ihrer Daten schlicht neutral verhält, die Ambivalenz also eine gesellschaftliche ist und keine technologische. Mit dieser Einsicht entfiele jedoch auch die imaginierte Unausweichlichkeit der im Buch geschilderten Tendenzen und damit die Entschuldigung dafür, sich dem staatlichen Mißbrauch der enormen Möglichkeiten der Informationstechnik konsequent zu widersetzen und radikale Forderungen zu erheben.

Reißt dem Netz die Augen und Ohren aus!

Allein die Tatsache, daß eine Löschung von Daten in Netzen und relationalen Datenbanken praktisch eine Illusion ist, klassischer Datenschutz also ins Leere läuft, läßt als einzige Konsequenz nur eine generelle Bekämpfung des Speicherns von Daten über andere zu. Bevor nicht der letzte Obdachlose jederzeit freien Zugang zum Netz hat, darf keine soziale Leistung, kein Geldtransfer, Zugang zu Bildung und politischer Partizipation ausschließlich auf Informationstechnik basiert werden - und ihn damit ausschließen. Und: Das Netz darf nur Informationen entgegennehmen, die Menschen willentlich und aktiv eingeben. Alle Einrichtungen und Geräte, die unbemerkt Daten, Bilder und Vorgänge der realen Welt digitalisieren und auswerten, müssen zerstört und gesellschaftlich geächtet werden. Realisten, die das nicht für durchsetzbar halten, seien beruhigt: Das Leben bleibt auch so offline.

Micha Wilde

Beat Leuthardt: » Leben online - Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht. « rororo aktuell 13765, 224 Seiten, DM 14.90. Das Buch kann auch beim Autor direkt bezogen werden: Büro leu, Postfach 2260, D-79557 Weil am Rhein, E-Mail: leu@lakelink.cl.sub.de (Bitte beachten, daß eine Bestellung ohne PGP-Umschlag einer Postkarte gleichzusetzen ist!)

FrauenLesbenbündnis zur Unterstützung illegalisierter FrauenLesben

Grenzen auf für alle

Wir sind ein Zusammenschluß mehrerer FrauenLesbengruppen, die illegal in Berlin lebende Frauen materiell unterstützen. In Berlin ist das Bündnis vielen vielleicht eher bekannt durch das dazugehörende Spendenkonto (mit dem eher unpassenden Namen) »Sorglos«.

Hervorgegangen ist die Zusammenarbeit aus einer Arbeitsgruppe zur »Aktion Fluchtburg« auf einem gemischten Kongreß vor ca. zwei Jahren. Seitdem bemühen wir uns durch das zur Verfügungstellen von Wohnungen, Kontakten zu AnwältInnen und ÄrztInnen und teilweise durch Hilfe bei der Jobsuche den Frauen ihren Alltag in der Illegalität zu erleichtern.

Die illegalisierten MigranntInnen leben hier ausgeschlossen vom sozialen Netz und medizinischer Versorgung, sind rechtlosen und oft ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ausgeliefert und immer mit der Angst konfrontiert, von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben zu werden.

Als Teil eines Kampfes gegen die weltweiten Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sehen wir vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit antirassistischer Arbeit auch in Form konkreter Alltagssolidarität. Das bedeutet, die Illegalisierten in so elementaren Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Wohnen und Arbeit zu unterstützen.

Unsere Priorität liegt auf der Unterstützung von FrauenLesben, da ein Ansatzpunkt unserer Organisierung immer auch der Kampf gegen sexistische Ausbeutung und Unterdrückung ist. Daher ist für uns der Sexismus, der illegalisierten Frauen neben rassistischer Unterdrückung entgegenschlägt, ein wesentlicher Grund, ausschließlich Frauen zu unterstützen.

Frauen kommen sowohl über »allgemeine« Fluchtwege, als auch über Frauenhandel, Heiratsvermittlung oder organisierte Zwangsprostitution in die BRD. Für sie alle bedeutet das Leben und Arbeiten hier - neben der Unsicherheit schlecht oder häufig gar nicht bezahlt zu werden, rausgeschmissen, verpfiffen und angezeigt zu werden - eine besondere Abhängigkeit und Ausbeutung als Frau.

Ein Hauptarbeitsbereich von illegalisierten Frauen sind die der staatlichen Kontrolle weitgehend entzogenen Privathaushalte. Wir denken, daß gerade bei dieser isolierten Arbeit Frauen verstärkt dem Zugriff eines individuellen Arbeitgebers ausgeliefert sind. Viele Arbeitgeber wissen (oder ahnen) von dem illegalen Status der Frauen und daß diese daher keine rechtlichen Möglichkeiten haben, sich gegen Übergrifffe zu wehren. Entsprechend sicher sind sie sich, daß die von ihnen ausgeübte Gewalt für sie selbst keine Konsequenzen haben wird.

Ob auf der Straße, bei der Arbeit, bei der Unterkunftsoder Arbeitssuche - illegalisierte Frauen müssen bei der Konfrontation mit sexueller Gewalt, die ihnen in diesen Situationen begegnet, ständig darauf achten, daß ihr Sich-zur-Wehr-setzen keine staatlichen Stellen auf sie aufmerksam macht, denn das hieße Kontrolle der Personalien und damit Abschiebung.

Für viele Frauen kommt hinzu, daß sie ein Überleben nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kinder organisieren müssen. Der entsprechend höhere Bedarf an Geld für Unterhalt und Kleidung und der Ausschluß der Kinder von Kitas und Schulen bedeutet eine zusätzliche Belastung.

Unsere Arbeit hat neben einer Menge neuer Kontakte, Freundschaften und Erfahrungen auch Probleme und Grenzen mit sich gebracht.

Unsere Mittel und Möglichkeiten sind begrenzt, so daß wir nur sehr wenige Frauen erreichen und konkret unterstützen können. Leider bleibt uns neben der praktischen Arbeit oft kaum Zeit und Energie für eine kontinuierliche Zusammenarbeit über unsere konkrete Initiative hinaus. Wir halten aber den Ausbau eines größeren Unterstützungsnetzes und die Zusammenarbeit mit anderen antirassistischen Gruppen für dringend notwendig, da eine solche Arbeit perspektivisch nur etwas bewirken kann, wenn sie sich als Teil eines umfassenden Kampfes gegen Rassismus versteht.

Wir hoffen, daß die Idee solche Strukturen aufzubauen, Gruppen inspiriert und Unterstützung findet.



Spendenkonto:
S. Bartholmes
Stichwort Sorglos
Kto.-Nr. 1500151498
Berliner Sparkasse Blz. 100 500 00

Kontaktadresse:
»Sorglos«
c/o Antirassistische Initiative e.V.
Yorkstr. 59
10965 Berlin

Vorsicht Menschenjäger!

Im Rahmen der Aktion »Der BGS - Voll im Bild« hat das Flüchtlingsplenum Aachen Mitschnitte vom Funkverkehr des BGS an der Westgrenze im Raum Aachen veröffentlicht und ruft dazu auf, auch andernorts mehr Transparenz in das Tun des BGS zu bringen. Die komplette Niederschrift könnt ihr in unserem Archiv einsehen oder direkt beziehen beim:

Flüchtlingsplenum Aachen,
Goethestr.3, 52064 Aachen

Chronik der AusländerInnenpolitik

Die Antirassistische Initiative hat eine detaillierte Chronologie der bundesdeutschen AusländerInnenpolitik seit 1948 erstellt. Sie enthält in Form kurzer Exkurse auch Daten und Fakten zur DDR sowie genaue Quellennachweise.
Die Broschüre kann - auch in größeren Stückzahlen - kostenlos oder gegen eine kleine Spende bei uns abgeholt oder gegen Zusendung von ausreichend Porto zugesandt werden.

Antirassistische Initiative: Chronik der AusländerInnenpolitik. Berlin 1995; 20 S.; Preis: Spende

KÖXÜZ MigrantInnenzeitschrift

In Bremen hat sich im Januar 1995 ein Plenum von MigrantInnen-Gruppen gebildet, die seit dem Sommer auch eine grafisch zwar anspruchslose, inhaltlich dafür um so interessantere, zweimonatlich erscheinende Zeitschrift herausgeben. Die Zeitschrift mit dem zungenbrecherischen Namen ›KÖXÜZ‹ ist in thematischer, formaler und sprachlicher Hinsicht (hauptsächlich englisch und türkisch) derzeit zweifellos die vielfältigste linke Zeitschrift in unserem Archiv. Das Spektrum reicht von einer spannenden Auseinandersetzung mit dem »one million man march« und seinen Hintergründen über einen Artikel zur Atomenergie bis zu Gedichten in deutscher und türkischer Sprache.

KÖXÜZ - mindestens zwei-, höchstens X-sprachige Zeitschrift von/an MigrantInnen. Erscheint zweimonatlich, kostet 3.-DM und ist über das Anti-Rassismusbüro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen zu beziehen.

Adreßdatenbank »Von ARiC bis Zebra«

Aus Anlaß des Internationalen Antirassismustages veranstaltet ARiC Berlin am 21. März von 10.00 bis 18.00 Uhr in der Schumannstraße 5, Berlin-Mitte, einen Tag der offenen Tür.
ARiC startet an diesem Tag die Herausgabe des ARiCbase-Informationssystems. Vorgestellt wird zunächst die Adreßdatenbank Berlin-Brandenburger Institutionen, Organisationen und Projekte im Bereich Migranten-, Flüchtlings- und Antidiskriminierungsarbeit (ca. 1.300 Adressen).
Mit ausgewählten bundesweiten und europäischen Adressen sowie einer Materialdatenbank (Bücher, Broschüren, Projektmaterial, Videos, Zeitschriften- und Zeitungsartikel / Bestand der Mediathek der RAA Berlin) wird das Projekt noch in diesem Jahr fortgesetzt.
ARiCbase ist eine niederländische Entwicklung des staatlich geförderten Modellprojekts ARiC Rotterdam. Nach mehrjähriger Zusammenarbeit zwischen Rotterdam und Berlin ist die deutsche Fassung der niederländischen Version nunmehr öffentlich nutzbar.
ARiCbase (Programm, Anleitung und Datenbank) wird bei einjähriger Laufzeit zum Preis von 49,00 DM plus Versandkosten auf Diskette geliefert.
Die Datenbank wird auch online über Info Pool Network abfragbar sein.

Nachfragen/Bestellungen:
ARiC Berlin, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: ARIC-BERLIN IPN-B.comlink.apc.org
Tel.: 030-280 7590, Fax: 280 7591

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die Zeitschrift Antirassistischer Gruppen ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

- ❐ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
- ❐ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
- ❐ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1994 (Ausgaben 10-13)

Das Geld überweise ich auf das Konto der

Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

- ❐ ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:

Name:

Straße:

Ort:

Datum: Unterschrift:

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin